

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ » Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Skandale. Einer jagt den anderen ... [Sie] entspringen aus dem Privateigentum, von dem sie unzertrennlich sind und unzertrennlich bleiben werden. Solange diese Erkenntnis noch nicht durchgedrungen war, solange man hoffte, durch Reformen auf dem Boden des Privateigentums einen Zustand allgemeiner Glückseligkeit herzustellen, solange man die Skandale nicht als Produkte des Privateigentums an sich, sondern nur einer besonderen Form des Privateigentums betrachtete, solange übten sie auf die beherrschten Klassen einen aufrüttelnden und auf die herrschenden Klassen einen entnervenden Einfluß aus. ... Diese Zusammenhänge aufzuklären und eingehend aufzuzeigen, wie die besitzenden Klassen, die sich ein Herrschaftsrecht über die arbeitenden Klassen anmaßen, innerlich verfaulen, das ist eine unerläßliche Aufgabe der Arbeiterpresse ...«

*Franz Mehring, 22. Januar 1914
(Gesammelte Schriften, Bd. 15, S. 608 ff)*

■ Wem nützt der Spenden-Skandal der CDU? ■ Die wundersame Rettung der Holzmann AG ■ Tariffrente contra Rentenversicherung? ■ Streik bei der Sächsischen Zeitung: Teilerfolg im Arbeitskampf ■ Seattle: Proteste gegen den WTO-Gipfel ■ »Organize the South« – Konferenz der Black Workers for Justice in Atlanta ■ *Rechtsextremismus*: ■ Gewerkschaften und Ausländerfeindlichkeit ■ Stockholm: die Nazis morden – was können die Gewerkschaften tun? ■ Biedermann und Brandstifter: Neonazi-Aufmärsche in Hamburg ■ Luxemburg-Liebkecht-Demo verboten – PDS ist angekommen ■ Konflikt um Sozialämter ■ Naturfreundejugend in Auschwitz ■ Bücher zum Jugoslawien-Konflikt ■ Dokument: Stellungnahme zu einem Aufruf der Bergarbeiter von Trepca/Kosovo

Wem nützt der Spenden-Skandal der CDU?

Seit Monaten beherrscht die Spendenaffäre der CDU die innenpolitischen Schlagzeilen der Medien. Täglich werden neue Details enthüllt – der Kreis der betroffenen Politiker und Parteigliederungen erweitert sich. Die Liste der veröffentlichten Fakten hier noch einmal nachzuzeichnen, ist überflüssig – sie sind der Tagespresse in ausreichendem Maße zu entnehmen. Der ständigen Aktualisierung nachzujagen ändert am Wesen der Sache nichts.

Für eine gewisse Zeitspanne wird der Enthüllungsjournalismus mit diesem Thema die Bühne besetzen, bis andere »Affären« die Titelseiten füllen. Es gilt hinter den Kulissen die langfristigen Entwicklungen der deutschen Innenpolitik zu erkennen, herauszufinden, ob sich eine neue Qualität abzeichnet. Dazu einige Bemerkungen.

Die CDU wird durch diesen Skandal in eine Zerreißprobe getrieben. Mit der öffentlichen Demonstration von Geschlossenheit und »Aufklärungswillen« kann die Parteiführung das personelle Gerangel und den Machtkampf hinter den Kulissen nicht mehr verbergen. Wie tiefgreifend die Krise ist – im Gegensatz zu vergangenen Spendenaffären – das wird deutlich durch die besorgten Kommentare: Sie warnen vor einem Auseinanderfallen der CDU; selbst Vergleiche mit dem Schicksal der italienischen Christdemokraten wurden herangezogen. Bundeskanzler Schröder selbst sah sich genötigt, den Befürchtungen, die mit dem Spendenskandal verbundenen sind, entgegenzutreten: Die Regierung, die staatlichen und parlamentarischen Institutionen arbeiteten normal, es handele sich lediglich um die Krise einer Partei, die das demokratische System nicht beeinträchtige.

Nicht die illegalen Spenden und schwarzen Konten allein, die Umstände, unter denen die Affäre jetzt ans Licht kommt, machen deren Brisanz aus.

Das »System Kohl« fliegt auf ...

Als die CDU bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 überraschend klar abgewählt wurde, waren sich alle Beobachter einig. Die Union brauche Jahre, um sich in der Opposition zu regenerieren. Vorher hätte sie keine Chance auf eine erneute Regierungsübernahme. Die Partei sei in den 16 Jahren der Regierungsverantwortung immer stärker auf die Person Kohl zugeschnitten worden, ihr fehlten nicht nur politische sondern auch personelle Alternativen.

Gescheitert war die CDU an der Aufgabe eines grundlegenden Abbaus der Staatsverschuldung und einer tiefgreifenden Steuer- und Rentenreform. Der vom Unternehmerlager geforderte »Umbau des Sozialstaates« war auf zunehmenden Widerstand gestoßen, z.B. bei der Abschaffung der Lohnfortzahlung oder der Abbau der Kohle-Subventionen. Die Wähler waren nicht mehr bereit weitere soziale Kürzungen hinzunehmen, weil der seit Jahren versprochene Erfolg, der Abbau der Arbeitslosigkeit, ausgeblieben war. Die Volkspartei CDU hatte sich in den 16 Jahren ihrer Regierungstätigkeit für die Interessen des deutschen Kapitals politisch verbraucht und zerschossen.

Die Hauptaufgabe der Regierung Kohl ab Ende 1989 war es, die DDR zu übernehmen. Soziale Demontage und Umbau des Sozialstaates verschwanden als Programmpunkte von der Tagesordnung. Es galt, mit Geld und mehr noch mit Versprechungen die Bevölkerung der DDR zu kaufen. So war nicht mehr vom schlanken Staat und der Verbilligung der Arbeitskraft die Rede, sondern die alten Tarife und Strukturen wurden im Kern exportiert. Als das Unternehmerlager 9 Jahre später die Rücknahme sozialer Versprechen von derselben CDU forderte, mußte die Partei an dieser Aufgabe unweigerlich scheitern.

Die neue rot-grüne Regierung, vom Unternehmerlager zunächst mit Skepsis betrachtet, mußte fortsetzen, woran die alte Koalition gescheitert war.

INHALT

Wem nützt der Spenden-Skandal der CDU?2
 Die wundersame Rettung der Holzmann AG7
 Tarifrente contra Rentenversicherung?13
 Streik bei der Sächsischen Zeitung, Dresden:
 Teilerfolg im Arbeitskampf18
 Seattle: Proteste gegen den WTO-Gipfel23
 Atlanta: Konferenz der Black Workers for Justice27
Rechtsextremismus:
 Gewerkschaften und Ausländerfeindlichkeit29
 Stockholm: Die Nazis morden –
 was können die Gewerkschaften tun?32
 Biedermann und Brandstifter:
 Naziaufmärsche in Hamburg35
 Berlin: Luxemburg-Liebknecht-Demo verboten –
 die PDS ist angekommen38
 Hanau: Konflikt um Sozialämter39
 Reisebericht: Naturfreundejugend in Auschwitz42
 Bücher zum Jugoslawienkrieg45
 Dokument: Stellungnahme zu einem Aufruf
 der Bergarbeiter von Trepca/Kosovo46

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

Parteienfinanzierung im politischen System der BRD

Parteien entstanden historisch in Klassenkämpfen des Bürgertums gegen den Feudaladel, dann der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Insbesondere im 19. Jahrhundert, der Zeit der bürgerlichen Revolutionen auf dem europäischen Kontinent, bildeten sich Klassenparteien heraus. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik hatten auf bürgerlicher Seite verschiedene Kapitalfraktionen ihre parlamentarische Vertretung, daneben gab es andere, die die Interessen des bedrohten Kleinbürgertums wahrzunehmen vorgaben. In der Arbeiterklasse drückten sich unterschiedliche Auffassungen zum Übergang in den Sozialismus in den Parteien SPD und KPD aus. Aber auch klassenübergreifende Orientierung (vom Arbeiterreformismus einmal abgesehen) gab es bereits, etwa in der konfessionell ausgerichteten bürgerlichen Zentrumsparteien mit ihrem Arbeitnehmerflügel und den Christlichen Gewerkschaften.

Der Faschismus im Nazi-Reich setzte dem ein Ende. Um aus den Kapitalverwertungsschwierigkeiten, zugespitzt durch die Weltwirtschaftskrise und dem international vorherrschenden Protektionismus, herauszukommen, mußten zwei Probleme beseitigt werden:

1. die politische und gewerkschaftliche Organisationsmacht der Arbeiterklasse;

2. die Blockade in der herrschenden Klasse durch verschiedene, teils gegensätzliche Kapitalfraktionen. An die Stelle der Vertretung von Klasseninteressen durch parlamentarische Parteien setzte der Faschismus die NSDAP als Einheitspartei der braunen »Volksgemeinschaft«. Die beiden Ziele: Die Unterwerfung vor allem der Arbeiterklasse unter die Kapitalinteressen und die Vorbereitung auf den Krieg.

Nach der Niederlage und Zerschlagung des Nazi-Regimes rettete der mit Hilfe der Besatzungsmächte im Westen Deutschlands restaurierte Kapitalismus die Ideologie der »Volksgemeinschaft«, demokratisch angepaßt, in die neugegründete BRD. Die heutigen Parteien SPD, CDU/CSU und – wenn auch nicht so breit – Grüne sind Volksparteien, deren Aufgabe darin besteht, alle Klassen und Schichten dieser Gesellschaft unter der Vorherrschaft des Kapitals zu versammeln (einzig die FDP hat sich aufgrund ihres schmalen Vertretungsspektrums einen klaren bürgerlichen Klassencharakter auch in ihrer Rhetorik bewahrt).

Die Vertretung sozialer Interessen – im Rahmen der »sozialen Marktwirtschaft« – wurde in die Parteien selbst verlagert. Besonders bei den großen Parteien hat jede ihren Wirtschafts-, Arbeitnehmer-, Mittelstandsflügel etc. Dieser Zustand verfestigte sich im Verlaufe der BRD-Geschichte und verwischte tendenziell die Unterschiede zwischen den Parteien.

Der bewußte Zweck besteht in der »Verstaatlichung« der Parteien und ihrer Entkopplung von sozialen Prozessen und Klassenkämpfen, die somit »entpolitisiert« und leichter kontrollierbar erscheinen und bisher auch waren. Notwendig ist dann aber auch eine stärkere Stützung der Parteien durch den Staat. Im Grundgesetz der BRD wurde die Rolle der Parteien »*bei der politischen Willensbildung des Volkes*« erstmals in der deutschen Geschichte festgeschrieben.

Ein System der Parteienfinanzierung, wie es dann entwickelt wurde, liegt in dieser Konsequenz. Es muß sicherstellen, daß die Parteien die ihnen zugewiesene Aufgabe erfüllen können, und es muß festen Regeln unterworfen werden, die zu seiner Legitimation beitragen. Verstöße gegen diese Regeln gefährden tendenziell seinen Zweck. ■

Nach anfänglich vorsichtigen Korrekturen der Kohlschen Sozialpolitik (u.a. der Wiedereinführung der Lohnfortzahlung) schwenkte sie, unter dem massiven Druck der Unternehmerverbände, rasch auf den geforderten Kurs ein. Das sicherte der Regierung Schröder die Rückendeckung durch die deutsche Industrie. Hilmar Kopper von der Deutschen Bank lobte die Koalition mit folgenden Worten: »*Wenn Sie mich vor anderthalb Jahren gefragt hätten, ob ich mir eine aktive Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg auf den Balkan unter einer rot-grünen Regierung vorstellen könnte, dann hätte ich Sie für nicht ganz gescheit gehalten. Genauso aber kam es. Und es konnte nur von einer rot-grünen Regierung kommen. Sonst hätten wir in diesem Land eine Revolution gehabt. Ähnliches gilt wohl auch für die Veränderung des Sozialstaates. Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren.*« (Hamburger Abendblatt, 4.11.1999)

Besser als der CDU gelingt es den Sozialdemokraten inzwischen, die Gewerkschaften in die Regierungspolitik einzubinden und den Widerstand gegen einen weiteren Sozialabbau zunächst zu verhindern. Aber auch die SPD muß dafür einen Preis zahlen. Die Verunsicherung in ihrer Mitgliedschaft, die Enttäuschung unter ihren Anhängern und Wählern wurde bei den Landtags- und Kommunalwahlen

des vergangenen Jahres deutlich – die SPD mußte ihre schmerzlichsten Wahlniederlagen in der Geschichte der BRD verkraften. Die Sozialdemokratie hätte unter dem Kanzler Schröder ihre soziale Kompetenz eingebüßt, kommentierten selbst konservative Zeitungen. Und das »Handelsblatt« warnte die SPD, »*sie solle nicht versuchen in der Steuer- und Sozialpolitik die CDU rechts zu überholen*«. Schneller als erwartet geriet die rot-grüne Regierung ins Wanken bei der Bewältigung der Aufgaben, die das Unternehmerlager von ihr erwartet und an denen die CDU/FDP-Koalition vor gerade einem Jahr gescheitert war.

... warum gerade jetzt?

Die Krise der Sozialdemokratie, wie sie bei mehreren Landtagswahlen 1999 offenbar wurde, hat die Defizite der CDU nur überdeckt. Bei der Aufarbeitung der verlorenen Bundestagswahl ist die CDU weder inhaltlich vorangekommen, noch kann sie zum Gespann Schröder/Fischer eine personelle Alternative bieten. Die Parolen, mit denen die Unionsparteien die Wahlkämpfe des letzten Jahres geführt hatten, stießen auch bei den Vertretern der Wirtschaft auf Unbehagen: Die CDU hätte die Regierung bei der Umsetzung der Renten- und Steuerreform zu unterstützen, statt durch populistische Parolen (z.B. bei Riesters Rentenplänen) die sozialen und politischen Gegensätze anzuheizen, so ihr Vorwurf.

Schaut man sich die Wahlergebnisse etwas genauer an, so bleibt auch für die Union die ernüchternde Feststellung: Sie konnte keine zusätzlichen Wähler mobilisieren, ihre Wahlsiege hat sie in erster Linie dem Fernbleiben des sozialdemokratischen Anhangs von den Wahlurnen zu verdanken. Die Wahlbeteiligung war auf ein bisher nicht gekanntes Tief gesunken.

Ob nun der Zufall Auslöser der Spendenaffäre war oder nicht, das Puzzle passt. Seit Jahren wird von der Politik die Lösung der sozialen Aufgaben eingefordert, die sozialen und

finanziellen Strukturen der Gesellschaft den veränderten Bedürfnissen der kapitalistischen Wirtschaft anzupassen. Konkret:

■ Der Regierung Kohl gelang es nicht, die Staatsverschuldung und den mit Kredit finanzierten Haushalt zurückzuführen, wie es von den Unternehmern gefordert wurde. Die große ›Steuerreform aus einem Guss‹ misslang. Sie scheiterte nicht nur an der SPD im Bundesrat, sondern vorrangig an den gegensätzlichen Interessen der sozialen Schichten, wie sie die CDU als Volkspartei verkörpert und in sich trägt.

»...dann hätte die ganze Situation noch explodieren können«

In einem Interview mit der »Welt« vom 31. Januar 2000 äußerte sich der ehemalige italienische Außenminister, der Sozialist Gianni de Michelis, zur Spendenaffäre in Deutschland. Er war Außenminister zwischen 1989 und 1992. In 25 Fällen wurde er der Korruption beschuldigt, in 15 davon in letzter Instanz freigesprochen.

Die Welt: Sie haben vor sieben Jahren vorausgesagt, dass Deutschland eines Tages einen Spendenskandal erleben wird. Ließ sich der Fall Kohl vorhersehen?

de Michelis: *Aber selbstverständlich. Wir wussten das. Ich kannte Otto Graf Lambsdorff gut, wir kannten die Flick-Affäre. Ich kannte Kohl sehr gut, wir wussten, was da läuft. Wir wussten schon damals, als die Elf-Aquitaine-Geschichte begann, Bescheid. Die Anlage in der DDR war doch nur ein Haufen Schrott, sinnlos, dafür auch noch Schwarzgeld zu zahlen. Wir wussten, dass Elf mit dem Geld Kohls Politik finanzieren sollte.*

Die Welt: Um was zu erreichen?

de Michelis: *Was wäre passiert, wenn 1991, als der Staatsstreich in Russland stattfand, Deutschland hatte noch die Sowjetarmee mit den Atombomben im eigenen Land, wenn Kohl dann nicht die Wiedervereinigung durchgedrückt hätte? Wenn unsicher geblieben wäre, wann und ob die Wiedervereinigung kommt, dann hätte die ganze Situation noch explodieren können. Es ist einfach wahr, dass Gregor Gysi damals noch auf das Geld der SED setzen konnte. Die haben sich organisiert und finanziert – entweder Kohl tat das auch oder er hätte verloren.*

Die Welt: Sehen Sie keinen Unterschied zwischen dem enorm korrupten System in Italien und Deutschland?

de Michelis: *Italien ist nie das gewesen, was die Zeitungen schilderten: das Herz der illegalen Parteienfinanzierung. Das ist und war überall in Europa so, auch und vor allem in Deutschland. Kohl und Craxi handelten aus dem gleichen Grund.*

Die Welt: Der wäre?

de Michelis: *Das Problem der Parteienfinanzierung ist in Europa untrennbar mit dem Konflikt zwischen Ost und West verbunden. Seit 1945 haben Ost und West an einem Tisch gepokert. Manchmal wurde mit offenen, öfter mit gezinkten Karten gespielt. Der Osten hat dem Westen das aufgezwungen. Die wollten mit gezinkten Karten spielen. Die haben Desinformation im großen Stil in unseren Ländern betrieben. Wenn ich jetzt immer lese, die Demokratie hat friedlich und ehrlich über den Kommunismus gewonnen, schüttele ich mich vor Lachen.*

Die Welt: Wieso?

de Michelis: *Das war ein harter politischer Kampf, und wir waren gezwungen, alle Mittel einzusetzen, legal und illegale. Wenn wir davor zurückgeschreckt hätten, dann hätten wir den Kampf verloren; wir mussten jeden Schlag parieren mit den Methoden, die der Gegner uns aufzwang. Die haben ganze Parteien fertig gemacht. Meine Partei hat sich drei Mal gespalten. Kohl spielte eine harte Partie gegen die Kommunisten in der DDR.*

Die Welt: In dem Parteispendensystem sollen sich auch Beteiligte bereichern haben ...

de Michelis: *Wie immer, wenn man gegen die Regeln mit gezinkten Karten spielt, gibt es Leute, die das für sich ausnutzen wollen.*

Die Welt: Aber nach dem Zusammenbruch der DDR gab es keinen Grund mehr, die Kommunisten zu fürchten oder mit gezinkten Karten zu spielen.

de Michelis: *Ich will Ihnen eine Anekdote erzählen, die ich noch nie erzählt habe. Im Frühjahr 1990, als Kohl und Genscher die Wiedervereinigung beschlossen hatten, traf ich mich mit Genscher und sagte zu ihm: Du wirst ja mit den ganzen Profidiplomaten der DDR, deren ganzen Spezialisten dein Auswärtiges Amt toll ausbauen können. Er sagte zu mir: Bist du irre? Wir werden nicht einen einzigen von denen übernehmen, nicht einen Diplomaten, nicht einen Soldaten, nicht einen Polizisten, nicht einen Richter, denn wenn wir das täten, dann würden sie die Bundesrepublik Deutschland zerstören. Das hat mich damals sehr berührt, weil das in Italien passiert ist, uns haben die Kommunisten fertig gemacht.*

Die Welt: Sie finden die Kritik an Kohl überzogen?

de Michelis: *Ich sehe in der CDU den gleichen Mechanismus, der unsere sozialistische Partei zerstört hat. Wenn ich diesen Christian Wulff reden höre, dann denke ich an unseren Claudio Martelli und an Craxi. Wulff ist auch so doof zu glauben, dass er Karriere machen kann, wenn er sich von Kohl absetzt. Das geht schief, das wissen wir aus bester Erfahrung, die CDU geht dabei kaputt, auch Wulff wird das nicht überstehen.*

Die Welt: Illegale Parteispenden waren also unvermeidlich?

de Michelis: *Aus einem einfachen Grund: Politik kostet viel Geld. In Europa gibt es Regeln zur Parteienfinanzierung, die gebrochen werden. In den USA werden die Regeln nicht gebrochen, weil es so gut wie keine gibt. Dort kostet der Wahlkampf, wie die Zeitungen dort berichten, drei Milliarden Dollar, die ohne Umschweife von den großen Firmen des Landes aufgebracht werden.* ■

■ Vor der Wahl zum Bundestag schwankte die Bundesführung der SPD, wem sie die Kanzlerkandidatur antragen sollte: Schröder oder Lafontaine. Als Maßstab der Entscheidung wurde Schröders Abschneiden bei der Niedersachsenwahl zu Grunde gelegt. In dieser Situation stärkte Schröder sein Renommee bei den Arbeitern in Niedersachsen, indem er den Verkauf des Stahlwerkes der Preussag an die österreichische Voest Alpine Stahl AG verhinderte. Das Stahlwerk wurde vom Land Niedersachsen selbst gekauft. Schröder wurde zum Ministerpräsidenten gewählt und war damit zugleich der Kanzlerkandidat der SPD. »Schröder muss Kanzler werden«, mit diesem Slogan wurden in der niedersächsischen Presse während des Bundestagswahlkampfes Anzeigen gesponsert. In der Bundestagsdebatte schätzte Schäuble die Kosten dafür auf annähernd 800.000 DM und merkte an, dass kein Spender ausgewiesen wurde.

■ Die rot/grüne Regierung trat an mit einem Programm, das einige sozialgesetzliche Maßnahmen der Regierung Kohl mit Einschränkungen rückgängig machte. Der arbeitenden Bevölkerung sollte signalisiert werden, dass es fortan in der Gesellschaft gerechter zugehen werde. Doch das bürgerliche Lager und die Unternehmer boten all ihre Kapazitäten aus den Wissenschaftsinstituten, den Wirtschaftsverbänden, dazu die politischen und publizistischen Vertreter auf, um von der Regierung »Nachbesserungen« in ihrem Sinne abzuverlangen.

■ Die Regierung wich zurück und besserte ihre Gesetzentwürfe im Sinne der Unternehmerinteressen nach. Lafontaine als Traditionalist strandete an dieser Phalanx. Einige von ihnen feierten seinen Rücktritt als Sieg.

■ Die Befürwortung und aktive Teilnahme am Krieg gegen Jugoslawien unter Missachtung des Völkerrechts, des UNO-Statuts und des Grundgesetzes wird unter Rot-Grün vollzogen.

■ Schröder und Blair veröffentlichten ihr Papier. Das erregte die Linken in der Partei und den Gewerkschaften, die Henkel und Co. begrüßten das Papier und forderten, den Worten Taten folgen zu lassen.

■ Bei den Renten wurde zurückgerudert, die Nettolohnanpassung wurde ausgesetzt. Eichel setzte seinen Sparhaushalt durch. Schröder stellte auf dem Parteitag die Linke ruhig.

■ Eichel stellte den Entwurf zur Steuerreform vor: Er hat u.a. zum Ziel, dass die Unternehmer Gewinne, die sie aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen erzielen, nicht versteuern müssen. Banken, Versicherungen und Konzerne sind hoch erfreut.

■ Schröder erhielt von den Gläubiger-Banken des Holzmann-Konzerns – nachdem sie Koch von der CDU haben

»MIT SOZIALPOLITIK IST KEIN KRIEG zu gewinnen, die Zeit der Sozialpolitik ist vorbei ...« Sie sei weder zu verantworten noch zu bezahlen. »Was nach dem grandiosen Wahlsieg (der SPD, d. Red.) kam, ist mit 'chaotisch' milde umschrieben.« Allerdings habe Bundeskanzler Gerhard Schröder ohne Lafontaine jetzt die Chance, »die SPD von der 100jährigen Last der Sozialpolitik zu befreien«.

Friedhelm Farthmann, SPD, ehem. Sozialminister in NRW, während eines Festkommers der Burschenschaft Gothia, nach Göttinger Tageblatt, 17. Mai 1999 ■

abblitzen lassen – die Möglichkeit, sich als Krisen-Manager und »Arbeitsplatz-Retter« beim Holzmann-Konzern öffentlich feiern zu lassen.

■ Parallel zu diesen Vorgängen gewinnt allerdings die CDU bei den Landtagswahlen und verändert zu ihren Gunsten das Mehrheitsverhältnis im Bundesrat. Beim Werben um die Wählerstimmen gibt sie sich sozial. Das bringt ihr von Seiten der Unternehmer den Tadel ein: Sie spiele sich als »Betriebsrat der Nation« auf.

Zur Zeit sieht das Unternehmerlager in der CDU keine Alternative zum rot-grünen Regierungsbündnis.

Die materiellen Verhältnisse zwingen die Parteien, wollen sie Regierungsverantwortung in der bürgerlichen Gesellschaft ausüben, die außen- und innenpolitischen Interessen des Kapitals durchzusetzen – auch gegen die Erwartungen und Wünsche der eigenen Wählerschaft. Der Anspruch als Volkspartei, zugleich auch Anwalt des »kleinen Mannes« zu sein, gerät zunehmend in Widerspruch zum Handeln in der Regierungsverantwortung. Das mußte die CDU bei ihrer Abwahl 1998 schmerzlich erfahren. Die Spendenaffäre ist nicht Ursache, sondern Ausdruck der Krise der Union, die in den 16 Jahren ihrer Regierungsverantwortung herangereift ist.

Nicht nur eine Krise der Union...

Auch wenn die aktuellen Enthüllungen und Schlagzeilen der Bundesregierung vorübergehend etwas Luft verschaffen – die SPD bleibt vom Zersetzungsprozeß der Volksparteien nicht verschont. Schon der Beginn ihrer Regierungszeit wird begleitet von Erscheinungen, wie sie schon die Union in der 16-jährigen Amtszeit Kohls charakterisierten:

■ Die Unterordnung und Ausrichtung der Partei auf die Person des Kanzlers, dem »System Kohl« folgt nun das »System Schröder«.

■ Die Meinungsbildung in der Partei von unten nach oben wird tendenziell umgekehrt. Fraktion und Regierungsmit-

Überschrift aus der Welt:
Wirtschaft reagiert euphorisch auf Steuerpläne

180 mm x 52,5 mm

glieder tragen ihre politischen Differenzen mehr in den Medien als in den Parteigremien aus.

■ Die Parteiführung bemühte sich, die unteren Gliederungen zum alleinigen Erfüllungsgehilfen der Regierung zu degradieren und sie möglichst von der Stimmung in der Bevölkerung fernzuhalten. Ihre Funktion besteht zunehmend darin, die abnehmende Zahl aktiver Parteimitglieder mit Posten, Parlamentssitzen und Ministersesseln zu belohnen, sie finanziell zu versorgen.

Schon nach einem halben Jahr wurde der SPD-Vorsitzende und Finanzminister Lafontaine aus Regierung und Partei gedrängt – ohne politische Reaktionen und Auseinandersetzungen über den weiteren Regierungskurs in seiner Partei hervorzurufen. Nach einer kurzen Zeit der Sprachlosigkeit und Verunsicherung gingen die Mitglieder zur Tagesordnung über.

Noch vor einem halben Jahr von den Wählern gnadenlos abgestraft, sonnt sich die Partei jetzt im Aufwind von Sympathie- und Wahlumfragen, hervorgerufen nicht durch ihre Sozialpolitik, sondern durch die Spendenaffäre der CDU. Die politische Stimmung, die Gunst der Wähler wechseln rasch – dies zeigt, auf welch dünnen Eis sich die parlamentarischen Parteien und die Regierung bewegen. Unter solchen Bedingungen kann die SPD die Regierungsstellung halten, solange es für das Unternehmerlager keine Alternative gibt.

Der Umbau aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals wird die bisherige Form des sozialen und politischen Ausgleichs vermittels der bundesdeutschen Volksparteien immer weniger möglich machen. Die weitere Entwicklung

»ES KÖNNTE JA SEIN, dass doch der eine oder andere erfahren will, wie das aussieht, wenn entschlossene, intelligente, fleissige und nachtragende Leute Macht aufbauen, Macht institutionalisieren und dauerhaft sichern; wie sie die öffentlichen Interessen mit den eigenen verwechseln...; wie sie uns zeigen, dass man mit Gesetzen und Verfassung wie mit den Geschäftsanteilen einer GmbH umgehen, wie man Menschen von sich abhängig machen, kontrollieren, belohnen oder vernichten kann; wie man mißtrauisch gegen Freund und Feind sein muss, um etwas zu werden und etwas zu bleiben.«

Heinrich Senfft, »Die Skandale der Republik«, Büchergilde Gutenberg, 1989 ■

der BRD wird bestimmt durch wachsende soziale Gegensätze, durch die Rücksichtslosigkeit und Konsequenz, mit der die herrschende Klasse ihre materiellen Interessen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der sozial Schwachen durchsetzt. Spendenaffären und schwarze Konten, der Filz in den kommunalen Verwaltungen, Flugaffären und Bestechlichkeit sind nur die Folgen und Begleiterscheinungen dieses gesellschaftlichen Zerfallsprozesses. Sie zerstören allerdings in zunehmendem Masse in der Bevölkerung die Glaubwürdigkeit nicht nur der Volksparteien, sondern des gesamten parlamentarischen Systems.

Die Gewerkschaften werden gleichzeitig an Glaubwürdigkeit verlieren, solange sie nicht aufhören, sich an den Interessen des Kapitals und der Bundesregierung – verkörpert im »Bündnis für Arbeit« – zu orientieren. 10.2.2000 ■



Zwischen Sozialpartnerschaft und Globalisierung – Die wundersame Rettung der Philipp Holzmann AG

Etwa fünfhundert Arbeiter und Angestellte des Baukonzerns Philipp Holzmann AG empfingen den Bundeskanzler mit »Gerhard-Gerhard«-Rufen, als er am Abend des 24. November, rechtzeitig zur Spätausgabe der Fernsehnachrichten, vor die Demonstranten am Hauptsitz des Konzerns in Frankfurt trat und verkündete: *»Liebe Freunde, wir haben es geschafft!«* Im übrigen betonte er mehrere Male, dass die Beschäftigten nun kräftig arbeiten müssten, um das Unternehmen endgültig zu retten. Wer nun nicht nach Hause müsse, der sollte doch nach Sachsenhausen gehen, um dort weiter zu feiern. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Jürgen Mahneke, war bemüht, die Hochstimmung noch zu steigern: *»Wir feiern heute Weihnachten!«*, rief er ins Mikrofon.

Was war geschehen?

Seit Mitte der neunziger Jahre erscheint Holzmann als krisengeschütteltes Unternehmen. Anfang 1996 wurde für das vorausgegangene Geschäftsjahr ein Fehlbetrag von 360 Mio. Mark entdeckt. Im darauf folgenden Jahr, 1997, musste ein Finanzloch von mehr als drei Mrd. Mark gestopft werden. Die Sanierung sollte ein neuer Vorstandsvorsitzender, Binder, durchsetzen. Unter seiner Verantwortung wurden sämtliche Hauptniederlassungen aufgelöst; an deren Stelle traten fünf Direktionen mit nachgeordneten Niederlassungen. Dabei wurden rund 20.000 Stellen abgebaut und Abfindungen bis zu 200.000 DM pro Person bezahlt. Ende 1999, stellten Sonderprüfer ein neuerliches Finanzloch von etwa 2,4 Mrd. Mark fest. Der Konzernvorstand stellte daraufhin Insolvenzantrag beim Amtsgericht. Soweit in dürren Worten die Fakten. Ein Sturm der Entrüstung setzte daraufhin ein: Wie war es möglich, dass der seit Ende 1997 amtierende neue Vorstand einen Fehlbestand von 2,4 Mrd. Mark erst zwei Jahre später entdecken konnte? Warum hatte der Aufsichtsrat ver-

sagt? Welche Rolle spielten die Geldinstitute, die mehr als zehn Aufsichtsratssitze innehaben, und die – wie etwa die Deutsche Bank – teilweise sowohl Anteilseigner wie auch Kreditgeber waren? Welche Folgen würde das für die weltweit etwa 28.000 Beschäftigten bei Holzmann und die über 20.000 Arbeitnehmer bei Nachunternehmern und Lieferanten haben? Was waren überhaupt die Ursachen der schier unendlichen Krise bei Holzmann?

Überkapazitäten im Baugewerbe¹

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die nachfolgende Mobilisierung öffentlicher Mittel für Infrastruktur- und sonstige Bauprojekte hatten der Bauindustrie und ihren nachgeordneten Wirtschaftszweigen einen ungeheuren Boom beschert. Aber auch im internationalen Geschäft profitierte die deutsche Baubranche durch das Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts in den lateinamerikanischen Schwellenländern und in den asiatischen »Tigerstaaten«.

In dieser Boomphase flammten aber auch heftige Konkurrenzkämpfe auf. Mitte der neunziger Jahre beispielsweise versuchte die Firma Hoch-Tief mit Hilfe ihrer Hausbank, der Commerzbank, Holzmann zu schlucken. Das scheiterte damals am gemeinsamen Widerstand des Holzmann-Vorstandes und dessen Hausbank, der Deutschen Bank. Insbesondere die Philipp Holzmann AG erwarb branchenweit den Ruf, einen scharfen Verdrängungswettbewerb nicht nur innerhalb der eigenen »Gewichtsklasse«, sondern vor allem auch gegen mittelständische Bauunternehmen zu führen und dort für eine Vielzahl von Insolvenzen verantwortlich zu sein. Dabei bediente sich Holzmann insbesondere osteuropäischer Kontraktunternehmer, um mit Dumpingpreisen die Konkurrenz auszumanövrieren.

Das Ende der Goldgräberstimmung in Deutschland und darüber hinaus weltweit hinterließen auch in der deutschen Baubranche erhebliche Überkapazitäten. Heute hat Holzmann bereits 20.000 Stellen weniger als 1996, das bedeutet

1) Nähere Einzelheiten zur Struktur und Arbeitsweise des Baugewerbes in Arpo 4/1996 S. 37 f.

einen Abbau um knapp zwei Fünftel. Der Umsatz blieb indessen gleich; der Konzern setzte stattdessen Nachunternehmer mit billigen Arbeitskräften aus Osteuropa ein. Insgesamt sind in den vergangenen fünf Jahren 250.000 Arbeitsplätze im Baugewerbe abgebaut worden.²

Wie kamen die Fehlbeträge – technisch gesehen – zustande?

Zum einen Verluste im sogenannten operativen Geschäft, das heißt bei der Erstellung der Bauprojekte. Hier wurde entweder bewusst zu niedrig kalkuliert, um Konkurrenten mit Dumpingpreisen auszuschalten, oder es wurde fehlerhaft, versehentlich falsch kalkuliert. Im ersten Falle mag die Überlegung den Ausschlag gegeben haben, nach Ausschaltung der Konkurrenz auf dem lokalen Markt anschließend als Monopolist über Monopolpreise die Verluste kompensieren zu können, was dann evtl. durch rückläufige Konjunktur nicht mehr verwirklicht werden konnte. Es muss hier also durchaus nicht eine Abweichung von den Regeln des kapitalistischen Handelns vorliegen, sondern es kann sehr wohl – risikobehaftete – kapitalistische Normalität sein.

Zum anderen Verluste durch Projektentwicklungen, bei denen mit nicht realisierbaren Erträgen kalkuliert wurde, zum Beispiel Mieterträge in unrealistischer Höhe garantiert wurden, um das Projekt anschließend in einem Immobilienfonds veräußern zu können. In einzelnen Fällen entstanden so jährliche Verluste in Höhe zwischen 20 und 100 Mio. Mark. Auch in solche Fällen handelt es sich sehr wahrscheinlich eher um ganz gewöhnlichen Kapitalismus, als um sogenannte »Managementfehler«. Von der Projektierung von Großprojekten wie Konsumparks, Wohn- und Geschäftszentren in der Dimension von ganzen Stadtteilen bis zur Schlüsselübergabe vergehen mehrere Jahre. Daher wird die Rentabilitätsberechnung zu großen Teilen von Prognosen über schwer vorhersehbare Geschäfts- und Konjunkturverläufe bestimmt. Da man aber das Projekt verwirklichen will – denn sonst tut es womöglich die Konkurrenz – liegt es nahe, von eher günstigen Annahmen auszugehen, die sich dann zum Zeitpunkt der Fertigstellung als falsch herausstellen mögen.

Darüber hinaus sind möglicherweise auch Verluste durch kriminelle Handlungen entstanden, also durch Veruntreuungen u.ä. Nach aktuellem Stand hat es derlei sicherlich gegeben, aber die Krise des Konzerns ist nicht dadurch ausgelöst worden, sondern dadurch, dass der Holzmann-Vorstand über lange Jahre eine riskante Expansionspolitik betrieben hatte und dass er die akkumulierten Risiken beim Abflauen der Konjunktur nicht mehr ausgleichen konnte. Diese strategische Geschäftspolitik war sicherlich nicht ohne Wissen und Billigung der im Aufsichtsrat vertretenen Banken möglich.

Die Rolle der Banken

Im Zusammenhang mit der Holzmann-Pleite spielen die Banken in mehrfacher Hinsicht eine herausgehobene Rolle. Sie standen einerseits im Mittelpunkt der Kritik durch die Arbeitnehmer von Holzmann. Sie wurden aber auch von den Politikern heftig angegangen – nicht zuletzt auch vom hessischen CDU-Ministerpräsidenten Koch nach dessen gescheitertem Vermittlungsversuch vom 23. November. In einem Interview mit der »FAZ« äußerte er auf die Frage, ob er enttäuscht sei: »...Zum anderen ist es nach meiner festen Über-



DAS CITY-CARRÉE IN DRESDEN. WEIL BEI DER PLANUNG UM 1993 MIT WESENTLICH HÖHEREN MIETEN SPEKULIERT WURDE, BRINGT ES NUN PRO JAHR VERLUSTE VON CA. 22 MILL. DM

zeugung ein Fehler, dass die deutschen Banken das Unternehmen fallen lassen. Es wird ihren Ruf schädigen, denn Holzmann ist nicht irgendein Unternehmen. Es wird – auch international – der Eindruck zurückbleiben, dass die Banken hier sehr kühl, sehr betriebswirtschaftlich agiert haben. Das ist amerikanische Unternehmenskultur, keine deutsche.« Und auf die Frage, ob es den Bankenvetretern am Vertrauen in das Holzmann-Management fehlen würde, antwortet Koch: »Ja. Und das ist natürlich wiederum ein Vorwurf an einen Teil der Banken, die dieses Unternehmenskonzept mit ausgearbeitet haben. Die Deutsche Bank kann das Unternehmenskonzept nicht neutral beurteilen, aus ihrer Feder stammt es zum Teil und unter ihrer Verantwortung sind Personal- und Strukturentscheidungen getroffen worden. Insofern ist das nicht eine anonyme Debatte, sondern es ist auch ein Teil der Verantwortung der Banken.« (FAZ, 24.11.99)

Weil die Banken in der Holzmann-Pleite sich untereinander in den Haaren lagen, drangen immer wieder interessante Einzelheiten aus deren Verhandlungen an die Öffentlichkeit. So wurde bekannt, dass die Deutsche Bank ihr Engagement an der Holzmann AG von 1998 an stillschweigend von 25 auf 15 Prozent verringert hatte, und dass sie ihre Kredite von über einer halben Milliarde auf um die 300 Mio. Mark herunter gefahren hatte. Daraufhin warfen ihr die anderen Bankenvetreter vor, Informationsvorsprünge exklusiv genutzt zu haben. Andererseits drängte die Deutsche Bank die anderen, ihr Engagement für die Rettung des Konzerns zu erhöhen. Dies musste naturgemäß vor allem die Commerzbank ärgern, die als Hausbank des Hoch-Tief-Baukonzerns im Mittelpunkt der Kritik und der Demonstrationen der Holzmann-Beschäftigten stand, und die sich doch wegen ihres seinerzeit an der Deutschen Bank gescheiterten Übernahmeversuchs selbst eher als Konkurrentin sehen musste.³

Als dann bekannt wurde, dass zur Vermeidung der Insolvenz »nur« noch ein Betrag zwischen 300 und 700 Mio. zwischen den Banken strittig war⁴, und dass daran die Rettung des Konzerns scheitern sollte, war allen Beobachtern klar, dass die Banken gar nicht an der Erhaltung des Unternehmens interessiert waren, sondern dass es ihnen nur noch darum ging, in der Öffentlichkeit nicht mit dem Schwarzen Peter in der Hand erwischt zu werden. Insoweit hatte der

2) Lt. Helmut Rödl, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Vereine Creditreform (zit. n. FAZ, 3.12.1999)

Headline Aus Abendblatt:
Lob für den Kanzler, aber auch Tadel

87,5 mm x 70 mm

hessische Ministerpräsident den Nagel auf den Kopf getroffen: Betriebswirtschaftlich war die Erhaltung des Unternehmens Philipp Holzmann AG nicht sinnvoll (sprich: amerikanische Unternehmenskultur); aus politischen Gründen jedoch (sprich: deutsche Unternehmenskultur) konnte man es nicht einfach fallen lassen.

Der »Fall Holzmann« ist nun auch der Anlass, die Rolle der Banken innerhalb des Unternehmerlagers kritisch zu diskutieren. Da ist zum einen die Tatsache, dass ein und dieselbe Bank als Anteilseigner, sprich Unternehmer, und als Kreditgeber gleichermaßen auftritt. Hier, so wird kritisiert, können durchaus unterschiedliche und möglicherweise sogar gegensätzliche Interessenlagen bestehen. Die »FAZ« zitiert den Bankenanalysten der *Crédit Lyonnais*, Dieter Hein: *Ihn störe vor allem »die von den Banken übernommene Garantie für die Emission neuer Aktien im Zuge der Kapitalerhöhung. Er kann sich kaum vorstellen, dass sie diese zu einem Kurs von 85 Euro werden platzieren können. »Sie werden die Emission wahrscheinlich voll auf ihre Bücher nehmen und dadurch zu Anteilseignern, die im Notfall wieder werden zuschiessen müssen.... Für die börsennotierten vier Großbanken sei ihr Engagement aber noch aus einem anderen Grund gefährlich... Die angelsächsischen institutionellen Anleger würden, meint Hein, genau beobachten, in welchem Ausmaß sich die Politik in rein privatwirtschaftliche Angelegenheiten in Deutschland einmische. Das gelte auch für die drohende Übernahme von Mannesmann durch Vodafone. Wenn sich der Eindruck verstärke, dass es sich in Deutschland nicht um einen von Eingriffen der Politik freien Kapitalmarkt handele, dann bestehe die Gefahr, dass sich die Investoren zurückzögen...« (FAZ, 3.12.99)*

Zum andern markiert der »Fall Holzmann« eine Tendenz der Geschäftsbanken zum Rückzug aus dem immer risikoreicheren Kreditgeschäft zugunsten des Kapitalmarktgeschäfts, wo die Banken durch Provisionen gut und ohne Risiko verdienen, zum Beispiel bei der Neuemission sowie beim Verkauf von Aktien und Wertpapieren u.a. »*Deutsche und Dresdner Bank haben sogar schon wissen lassen, dass sie die Inanspruchnahme anderer Bankprodukte für die Kreditvergabe zur Bedingung machen wollen. Zweitens werden sie*

über kurz oder lang für die Geldbereitstellung wieder andere Preise verlangen.« (FAZ, 2.12.99) Diese Entwicklung werde besonders die mittelständischen Unternehmen treffen, also jene, die vor allen anderen am stärksten von Insolvenzen betroffen sind. Von den über 27.000 Unternehmensinsolvenzen, die es in diesem Jahr voraussichtlich geben wird, betreffen drei Viertel Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Dieses sind auch die Betriebe, die gegenwärtig schon am schwersten an Kredite gelangen, und denen es künftig noch schwerer gemacht werden wird.

Der große Zampano – Gerhard Schröder kommt

Es steht außer Frage, dass der Bundeskanzler nicht die Macht hatte oder hat, die Banken zur Rettung eines insolventen Unternehmens zu zwingen. Und so stellt sich die Frage, was die Bankenvertreter bewogen haben mag, nach einem zwei-stündigen Auftritt von Gerhard Schröder einem Sanierungskonzept zuzustimmen, welches sie doch auch früher schon hätten akzeptieren können. Sicherlich waren es nicht die Kredit- und die Bürgschaftszusage über insgesamt 250 Mio. Mark, die Schröder – unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Europäische Kommission – ins Spiel brachte. Gleichwohl – die Banken halfen Schröder, ein Image als Kanzler der sozialen Gerechtigkeit rechtzeitig vor dem nahenden SPD-Parteitag medienwirksam aufzubauen und die Wirkungen der Steuer- und Rentendiskussion einigermaßen zu neutralisieren. Und die Bankiers wussten, was sie da taten.

Wenige Tage zuvor hatten dieselben Bankiers den hessischen Ministerpräsidenten Koch und die Frankfurter Oberbürgermeisterin Roth (beide CDU) schmerzhaft brüskiert, indem sie deren Vermittlungsversuche schlicht ignorierten. Das Angebot von Frau Roth, das im Frankfurter Stadtgebiet gelegene Gelände des Battelle-Instituts für 150 Mio. Mark zu übernehmen, kam Koch zufolge in den mehrstündigen Gesprächen gerade einmal eine Minute lang zur Sprache, es war ohne Belang.

Den Vertretern der Banken steht die CDU sicherlich näher als die SPD. Und insoweit ist anzunehmen, dass das Einschwenken auf die Schröder-Linie nicht der SPD zuliebe geschah, sondern dass die Banken der Meinung waren, sich selbst einen Gefallen damit zu tun. Das hängt damit zusammen, dass die Holzmann-Belegschaft ebenso wie große Teile der Öffentlichkeit die Banken als die eigentlichen Schuldigen an der Holzmann-Pleite sahen. Indem nun der Bundeskanzler das Sanierungskonzept der Unternehmensberatungsfirma Berger zum Anlass nahm, öffentlich zu erklären, dass die Holzmann AG gerettet werden könnte, wäre der Schwarze Peter endgültig bei den Banken geblieben – und diese Möglichkeit schreckte sie schließlich. Es war also in erster Linie eine politische und keine betriebswirtschaftliche Entscheidung, die Insolvenz abzuwenden, wenngleich es auch für diese Variante betriebswirtschaftliche Gründe geben mag.

Tatsächlich veränderte sich die Diskussion in den Medien – vor allem in den Wirtschaftspublikationen – vom Zeitpunkt des Eingreifens des Bundeskanzlers an. Die CDU-Opposition im Bundestag musste – ebenso wie die FDP – ihre Kritik an Schröders Eingreifen noch in Watte verpacken, um die öffentliche Stimmung nicht gegen sich zu wenden. Aber sie traf den Kern des Problems doch recht gut, als sie im Bundestag fragte, ob der Kanzler wohl auch den übrigen zirka

3) Nach dem von der Hauptversammlung im Dezember 1999 beschlossenen Kapitalschnitt ist nun die Deutsche Bank zumindest vorübergehend mit etwa 30 Prozent Hauptaktionär, während Gevaert, Belgien, auf zwischen 10 und 15 Prozent abgeschmolzen ist.

4) Die tatsächliche Höhe des Fehlbetrags blieb in der Öffentlichkeit ein Rätsel. Die »Westfälische Rundschau« bezifferte ihn auf zwischen 230 und 250 Mio., die »Westfälische Allgemeine Zeitung« gar nur auf 90 Mio. DM.

28.000 in jedem Jahr von Insolvenz bedrohten Betrieben zur Hilfe kommen wolle. Es ist ja tatsächlich willkürlich und populistisch, dass Gerhard Schröder sich gerade Holzmann herausgriff. Allerdings handeln ja auch die Politiker von CDU/CSU nicht anders, wenn es um ihre Haut geht; und so hielt sich der sonst stets großspurig auftretende CSU-Ministerpräsident Stoiber diesmal fein zurück, denn die bayerische Landesregierung war selbst gerade dabei, das Oberpfälzer Stahlwerk Maxhütte mit einer Bürgschaft vor dem Konkurs zu retten.

Doch der neuerworbene Nimbus des Gerhard Schröder als »Kanzler der sozialen Gerechtigkeit« bröckelt schneller, als es selbst seine schärfsten Gegner vorausgesehen haben mochten. Zum einen mehrten sich die Stimmen, die das sogenannte Sanierungsoffer der Belegschaft kritisch hinterfragen. Wer die Chance hat, zu einer anderen Firma zu wechseln, wo er oder sie ohne Lohn- und Gehaltsabschläge und ohne unbezahlte Mehrarbeit arbeiten kann, wird dies höchstwahrscheinlich tun. Insoweit wird es auch hier individuelle Lösungen geben. Viel gravierender aber ist die Frage nach den Konsequenzen aus dem »Sanierungsoffer« für die Beschäftigten in der Bauwirtschaft insgesamt. Am Tage nach dem großen »Gerhard, Gerhard-Auftritt« in Frankfurt hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Ernst-Ludwig Laux, dessen Bedeutung im Fernsehen noch herunter zu spielen versucht, indem er sinngemäß sagte, die Abweichung vom Tarifvertrag sei gerade noch hinnehmbar, weil sie zeitlich auf anderthalb Jahre befristet sei. Aber wenige Tage später schon erklärten er und der IG-BAU-Vorsitzende Wiesehügel wie mit einer Stimme, die Gewerkschaft sei nicht gefragt worden und sie trage das vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Mahneke angebotene »Sanierungsoffer« in dieser Form nicht mit. Die Gewerkschaft werde weder einen entsprechenden Haustarifvertrag abschließen noch könne sie die beabsichtigte Betriebsvereinbarung mittragen.

Außerdem wird es über den bereits angekündigten Stellenabbau bei der Holzmann AG von 3000 Stellen im Inland hinaus weitere schmerzhaft Einschnitte für die Beschäftigten geben. Der Holzmann-Vorstandsvorsitzende Heinrich Binder kündigte an, dass das Unternehmen sich zukünftig auf Großaufträge von zehn Mio. Mark aufwärts konzentrieren wolle. »Die Sanierung von Holzmann geht mit einer deutlichen Reduzierung der Kapazitäten einher.«⁵

Vor allem aber auf der Seite der Unternehmer ist Schröder in die Kritik geraten: »Die Wut der mittelständischen Betriebe über die Schrödersche Rettungsaktion ist noch immer riesengroß, insbesondere weil Holzmann jahrelang einen Vernichtungsfeldzug gegen mittelständische Unternehmen geführt hat«, wird der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, Karl Robl, zitiert.⁶ Grundsätzlich lehnen alle Unternehmerverbände die Intervention Schröders als willkürlich und marktfeindlich ab.

Im Nachhinein, mit gehörigem Abstand, gesehen, erweist sich das Eingreifen Schröders als geschickter taktischer Schachzug, mit dem er sich Entlastung für den damals bevorstehenden SPD-Bundesparteitag verschafft hatte. Die Uneinigkeit der Banken untereinander schuf ihm die Plattform, sich in der Öffentlichkeit, vor allem vor den Arbeitnehmern und den Kleinunternehmern als erfolgreicher Kritiker der »Raffgier« und des »Egoismus« der Banken aufzuführen.

Schon einmal ließ sich Schröder als »Retter« der Salzgitter Stahl AG feiern

Diente sein Auftreten bei Holzmann mit dem »Sanierungsplan« dazu, die Banken als Verantwortliche für die Krisen in unserer Gesellschaft aus der Schusslinie zu nehmen, war sein Einsatz für die Salzgitter Stahl AG (damals noch Preussag) Anfang des Jahres 1998 ein rein wahltaktisches Manöver.

Der damalige Preussag-Vorstand wollte den Stahlbereich ausgliedern und letztendlich an Voest-Alpine verkaufen. Er benötigte flüssiges Kapital, um die Zinslasten für den Kauf von Hapag-Lloyd und TUI zu bezahlen. Nun standen im März im Land Niedersachsen Wahlen an.

Schröder kam zusammen mit der NordLB dem Verkauf zuvor. Für 1,05 Mrd. DM wurde der Stahlbereich vom Land Niedersachsen übernommen. Voest-Alpine hatte 1,3 Mrd. DM geboten. Das Unternehmerlager kritisierte diesen Schritt, denn erst 1989 wurde der Salzgitterkonzern für 2,44 Mrd. DM (realer Wert sieben Mrd. DM) schon einmal aus Staatsbesitz privatisiert. Für diesen populistischen Schritt bediente sich Schröder besonders des Nationalismus: »Das Land hat sich genötigt gesehen, einzugreifen, weil wir nicht wollten, dass die Entscheidungszentrale über die Stahlaktivitäten aus Niedersachsen in ein anderes Land verlagert werden könnte.« Die Beschäftigten haben es ihm gedankt. Diese »Rettungstat« kam auch bei vielen anderen Beschäftigten in Niedersachsen an. Die Wiederwahl Schröders war gesichert. ■

Gleichzeitig war es die öffentliche Stimmung gegen die Banken, die ihm die Druckmittel in die Hand gab, diese vorerst zur Rücknahme des Insolvenzantrags zu bewegen. Zugleich sind damit die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat und Vorstand aus dem Sperrfeuer der Kritik herausgekommen und können die »Marktanpassung« des Unternehmens, das heißt die Personalschnitte und Rationalisierungsmaßnahmen, relativ unbehelligt planen und durchführen. Gleichwohl bleibt aus kapitalistischer Sicht der Sündenfall, die erforderliche Marktberichtigung behindert bzw. verzögert zu haben. Zudem hat die Europäische Kommission bis heute das Stützungsangebot des Bundes noch nicht genehmigt. Die Aufgabe, bei den Unternehmern wieder Terrain gut zu machen, fällt nun der Steuerpolitik des Bundesfinanzministers Eichel zu, der im neuen Jahr auch schon viel Lob einsammeln konnte, insbesondere durch den Verzicht auf Besteuerung der Veräußerungsgewinne bei Verkäufen von Industriebeteiligungen.

Das Beispiel Holzmann weist auch daraufhin, dass die »Globalisierung«, das heißt vor allem die Anpassung an die Muster US-amerikanischer Unternehmenspolitik, in Deutschland vor allem bei den Arbeitnehmern noch auf Widerstand stößt und dass auch Unternehmervertreter zur Zeit noch davor zurückschrecken, den sozialpartnerschaftlichen Stil der Nachkriegszeit brüsk fallen zu lassen. Das liegt vor allem daran, dass für die Unternehmer gegenwärtig die Vorteile des »alten Stils« noch überwiegen, solange die Vertreter der Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaftsgremien, letztlich die unternehmerischen Maßnahmen mit tragen. Der Preis, den die Kapitaleseite dafür zu bezahlen hat, besteht im Wesentlichen in einer ggf. etwas längeren Zeitdauer bei deren Umsetzung; angesichts günstiger Profiterwartungen lässt sich dies aber verkraften, wenn dafür nachhaltige und auch kostspielige Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten vermieden werden können. Die »deutsche

5) FAZ, 3.12.1999

6) FAZ, 2.12.1999

Hochbau in Norddeutschland: geschlossen

Allein in Hamburg sind davon 180 Beschäftigte betroffen, zusammen mit Kiel und Rostock sind es insgesamt 470. Der Tiefbau (Hafenausbauprojekte) bleibt erst einmal erhalten. Auf der Belegschaftsversammlung hatte daher auch keiner Illusionen. Aber die Angst um die persönliche Zukunft stand im Vordergrund. Denn – Beschäftigungsalternativen gibt es nicht. Hoch-Tief hat den Hochbau hier bereits vor zwei Jahren geschlossen. Bilfinger und Berger befinden sich in der Pleite. Bleibt eigentlich nur der Weg in die von Pegasus betriebene Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Hier wird Kurzarbeitergeld für ein Jahr bezahlt und von Holzmann auf 80 Prozent aufgestockt. Zusätzlich gibt es Abfindungen bis zu zweieinhalb Monats-einkommen. Die Verträge mit dem Verzicht auf alle Leistungen durch Holzmann sind allen Beschäftigten zugegangen. Ab 1.2.2000 sollen alle in diese neue Gesellschaft eintreten.

Aber aus Hamburg wird kaum einer diesen Schritt machen. Denn aus dem »Sanierungsplan« von vor zwei Jahren gibt es noch einen Sozialplan, der bis Juni 2001 Gültigkeit hat. Dieser Sozialplan hat erheblich bessere Bedingungen. Deshalb wollen viele mit der Hilfe der IGBAU auf Gültigkeit des Sozialplan klagen. ■

Unternehmenskultur«, die von CDU- wie SPD-Politikern gleichermaßen beschworen wird, ist für die Unternehmer kein Selbstzweck, sondern ein Hilfsmittel beim Profitemachen. Es wäre gut, wenn auch die Beschäftigten selbst dies so nüchtern sehen könnten.

Die Ohnmacht der Gewerkschaft

Die Mitteilung eines neuerlichen Finanzlochs von 2,4 Mrd. Mark durch den Vorstandsvorsitzenden Binder Mitte November 1999 löste in der Belegschaft erst einmal ungläubiges Staunen aus⁷, welches kurz darauf in maßlose Wut, vor allem auf die Banken, umschlug. Seit 1995 kriselte es bei Holzmann und die Banken verdienten gut daran. 1998 zahlte der Konzern mehr als 100 Mio. Mark Zinsen. Seit 1996 waren etwa 20.000 Stellen abgebaut worden. Und das alles sollte nun für nichts und wieder nichts geschehen sein. Die Aufsichtsräte, der Vorstand, die Banken – alle hatten gut an Holzmann verdient; und nun führen sie gemeinsam das Unternehmen gegen die Wand! Vor allem die Commerzbank, bekanntermaßen die Hausbank des Unternehmenskonkurrenten Hoch-Tief, geriet ins Blickfeld, aber auch die Hypo-Vereinsbank und vor allem die Deutsche Bank. Mit jedem Tag, an dem die Banken ohne Ergebnis verhandelten, an dem sie um Quoten und um den eigenen Vorteil schacherten, wuchs die Erbitterung der meisten Arbeiter und Angestellten aber auch die Ratlosigkeit, wie es weiter gehen sollte. Die IG BAU Frankfurt organisierte die erste Demonstration am 20. November unter dem Motto »Holzmann retten!«. Eine zweite Demonstration mit etwa 400 Teilnehmern, bei der die Frankfurter Friedensbrücke blockiert wurde, fand zwei Tage später statt. Die Forderung der Arbeitnehmer wie auch der Gewerkschaftsspitze lief im Kern darauf hinaus, dass der Vorstand und die Banken eine Lösung finden sollten. Tags darauf, am 23. November stellte der Holzmann-Vorstand beim Amtsgericht den Insolvenzantrag.

Dem Aufsichtsrat gehören acht Arbeitnehmervertreter an, darunter der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Jürgen Mahneke, und der stellvertretende IG-BAU-Bundesvorsitzende, Ernst-Ludwig Laux. Der letztere antwortete einer Reporterin auf die Frage, warum der Aufsichtsrat nichts bemerkt hatte, mit den Worten: »Viele wissen offenbar nicht, dass zwischen dem Aufsichtsrat und dem Vorstand ein Respektsvertrauens-

verhältnis besteht.« Man fange als Aufsichtsratsmitglied nicht einfach an, jeden Ordner in den Vorstandsbüros zu durchwühlen; stattdessen verlasse man sich auf Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.⁸ Hätte Laux diese offenen Worte auch vor den demonstrierenden Holzmann-Beschäftigten gesprochen? Bestimmt nicht! Er hätte sich ausrechnen können, dass er dafür wenigstens ausgepiffen worden wäre. Welchen Nutzen bringen denn die Arbeitnehmer-Aufsichtsräte den Kolleginnen und Kollegen? Ganz offenbar keinen. Sie sind einflusslos und überfordert und wissen nicht, was tun, geschweige, dass sie ändern raten könnten.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Mahneke nahm sich auch nicht die Zeit, mit der Belegschaft zu reden. Selbstherrlich, ohne die Belegschaft einzubeziehen oder sich wenigstens mit dem Betriebsrat oder den Gewerkschaftsgremien abzusprechen, machte er dem Vorstand und den Bankenvertretern das bekannte Angebot: sechs Prozent weniger Lohn und Gehalt sowie vier Wochenstunden Mehrarbeit ohne Vergütung. Dies entspricht einer Einkommensabsenkung von etwa 17 Prozent. Dadurch sollen innerhalb von 18 Monaten 245 Mio. Mark Lohnsumme eingespart werden. Als Bundeskanzler Schröder dies vor den Demonstranten lobte, standen neben und hinter ihm die Spitzen der IG BAU, Wiesehügel und Laux, und schauten optimistisch in die Fernsehkameras. Originalton Wiesehügel: »Der Patient war krank und deshalb mussten wir unter Nichtbeachtung aller Rechtsvorschriften bei Rot über die Ampel fahren!« Erst einige Tage später fiel ihnen ein, dass die IG BAU dieses nicht mit tragen könne.

Diese Selbstherrlichkeit von Mahneke und die Passivität der IG-BAU-Spitze in der entscheidenden Phase der Verhandlungen um die Rücknahme des Insolvenzantrags sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Anders als andere Gewerkschaften verfügt die BAU-Gewerkschaft über keine betrieblichen Strukturen, in denen sich Gewerkschaftsmitglieder organisieren und kollektiv äußern könnten. Der Grund dafür liegt nicht in den zugegebenermaßen schwierigen organisatorischen Bedingungen auf den Baustellen, wo die Mitglieder immer nur begrenzte Zeit und in wechselnder Zusammensetzung beieinander sind. Ursprünglich besaß die IG Bau-Steine-Erden, wie sie früher hieß, durchaus anderen Gewerkschaften vergleichbare betriebliche Mitgliederstrukturen. Die straff sozialdemokratisch geführte Gewerkschaftsspitze selbst schaffte diese Strukturen Anfang der fünfziger Jahre ab, um den gewerkschaftlichen und politischen Einfluss ihrer kommunistischen Mitglieder in den Betrieben wie auch innerhalb der Gewerkschaftsorganisation auszuschalten. Ferner schloss sie viele bekannte kommunistische Gewerkschafter aus. Darüber hinaus sorgte sie in Zusammenarbeit mit den Unternehmern dafür, dass aktive kommunistische Gewerkschafter entlassen wurden.

Um die Kontrolle durch den Gewerkschaftsvorstand in Frankfurt zu perfektionieren, bezog sich der Gewerkschaftsvorstand ausschließlich auf die gewerkschaftlich organisier-

7) Im Oktober 1999 hatte der Vorstand der Philipp Holzmann AG in einem Rundschreiben den »Lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern« für ihr Engagement gedankt: »...Mit Stolz blicken wir in diesen Tagen auf die Leistung der vergangenen Jahre zurück, richten aber auch unseren Blick in die Zukunft mit dem Ziel, unsere Spitzenposition weiter auszubauen. ...Als Zeichen unseres Danken freuen wir uns, Ihnen die Philipp-Holzmann-Jubiläumssuhr überreichen zu können, die uns alle auf dem Weg in eine erfolgreiche Zukunft begleiten soll.«

8) FAZ, 25.11.1999

ten Betriebsratsmitglieder, die ihrerseits in den meisten Betriebsräten eine Minderheit darstellen. Diese »Entmachtung« des einfachen Gewerkschaftsmitglieds stärkt auf der anderen Seite die Position der Bau-Betriebsräte, vor allem, wenn diese zum Beispiel als Betriebsratsvorsitzende mit der Firmenleitung kungeln. Der Gewerkschaftsvorstand ist faktisch von den Betriebsräten abhängig, da er sie nicht kontrollieren kann und es im Betrieb selbst keine gewerkschaftliche Basisstruktur gibt, die gegebenenfalls Einfluss nehmen könnte. Diesen Konflikt drückt der IG-BAU-Vorsitzende, Klaus Wiese, in einem Interview mit der »Frankfurter Rundschau« wie folgt aus: »Wir haben in der Vergangenheit grenzenloses Vertrauen in die Kraft der Betriebsräte gehabt... Andere Gewerkschaften kennen das Instrument von Vertrauensleuten. Wir haben seit einiger Zeit die Satzung auch dahingehend umgestellt. Aber die Notwendigkeit, betriebliche Gewerkschaftsarbeit zu machen und in den Firmen stärker verankert zu sein, hat sich bei uns nicht so sehr durchgesetzt. Holzmann hat uns nun wirklich gelehrt, dass sich das ändern muss. Denn ein Problem bei Holzmann war, dass dort die entscheidenden Zusagen gemacht wurden, ohne dass wir als Gewerkschaft daran beteiligt waren.«⁹

So hat es auf die Alleingänge Mahnekes seitens der gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte gleich bei mehreren Gelegenheiten ablehnende Reaktionen gegeben. Auf der Versammlung IG-BAU-Betriebsräte von Holzmann am 15. Dezember gab es heftige Kritik an Mahneke und ein Antrag auf Amtsenthebung wurde verabschiedet, schmort allerdings seitdem vor sich hin. Am Vortag hatten sich die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte aus anderen Firmen gegen die Holzmann-Lösung ausgesprochen.

Um eines kurzfristigen, sehr unsicheren Erfolgs willen wurde der Manteltarif der IG BAU gefährdet. Der Gewerkschaftsvorstand betreibt nun Schadensbegrenzung. Gemäß dem Tarifvertrag über den Sanierungsbeitrag sollen die Beschäftigten vom 1. Februar 2000 bis zum 31. Juli nächsten Jahres statt bislang 39 künftig 44 Wochenstunden arbeiten. Damit keine Rückstellungen bei Holzmann gebildet werden müssen, sollen sie »bedingt« auf einen Ausgleich verzichten. Wenn das Unternehmen saniert ist und einen Überschuss erwirtschaftet, soll ein Zeitausgleich bis maximal 2007 stattfinden. Die Regelung soll nicht für Holzmann allein gelten, sondern für alle Betriebe, sofern sie Insolvenzantrag gestellt haben und diesen sodann zurückziehen. Es ist allerdings noch ungewiss, ob die beiden Arbeitgeberverbände zustimmen werden und die Europäische Kommission die Finanzhilfen der Bundesregierung genehmigt.

Man kann sicherlich der Spitze des Gesamtbetriebsrats nicht vorwerfen, dass sie dem Unternehmer unter dem Druck des anstehenden Konkurses Zugeständnisse machen wollte. Aber es ist in keinem Falle korrekt, dass die Belegschaft und im übrigen das Gremium Betriebsrat nicht – oder erst im Nachhinein – einbezogen wurden und vor allem, dass ohne Rücksicht auf die Situation der Arbeitnehmer in der Branche und der Gewerkschaft nach dem Motto »Jeder ist sich selbst der Nächste« gehandelt wurde.

Der »Fall Holzmann« schwächt die Position der Gewerkschaft in der Bauindustrie. Selbst, wenn die Arbeitgeber zustimmen sollten, stellt sich die Frage, welche praktische Bedeutung diese rechtliche Regelung für die Arbeitnehmer haben wird, in einer Branche, wo papierene Vereinbarungen

⁹ Frankfurter Rundschau, 21.1.2000

BUCHBESPRECHUNG

Shareholder-Value gegen Belegschaftsinteressen

Die Hoechst AG ist Geschichte. In dem Jahr, in dem der bedeutendste Chemiekonzern der Rhein-Main-Region in einer Fusion mit dem neuen Namen »Aventis« aufgegangen ist, erschien ein Buch, das die Hintergründe und die Bedeutung dieses Vorgangs deutlich zu machen beansprucht. Dieser Versuch ist gelungen. Sein Vorzug liegt darin, die Geschichte des Konzerns in Veränderungen der Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktion einzubetten, die mit dem zum Schlagwort gewordenen Begriff »Shareholder-Value« verbunden sind. An einem konkreten Beispiel erfährt der/die LeserIn also, was es damit auf sich hat.

Die allgemeine Einführung in die Thematik umfaßt knapp 40 Seiten, in der die Autoren von der »Krise des fordistischen Entwicklungsmodells« zur Neuorientierung auf Shareholder-Value, das heißt die Konzentration auf den Börsenwert der Aktien, gelangen. Zwar waren die Interessen von Aktionären im kapitalistischen Unternehmen auch früher schon dominant. Wenn aber Shareholder-Value gegenwärtig zum einzigen Kriterium von Investitionen, zum »Synonym für kapitalmarktorientierte Rationalisierung« geworden ist, so zeigt sich darin nach Ansicht der Autoren ein verändertes Machtverhältnis von Finanz- und Industriekapital. Der Zweck der Produktion, für die Unternehmer bekanntlich der

Profit, entfernt sich noch weiter von seinen stofflichen Voraussetzungen, ohne sich davon lösen zu können. Entscheidungen, die in fernen Konzernzentralen getroffen werden, haben immer weniger mit den konkreten Bedingungen vor Ort zu tun.

Um diese Aktionärsinteressen zu bedienen und auf spezifische Probleme der Hoechst AG zu reagieren, wurde in den neunziger Jahren ein tiefgreifender Konzernumbau vollzogen. Der Hauptteil des Buches beschreibt materialreich die Etappen dieser Umstrukturierung und die Interessen der beteiligten Akteure (Management, Betriebsrat, Belegschaft, Gewerkschaft). Ständig wurden Geschäftsbereiche verändert oder veräußert, Arbeitsplätze abgebaut, das Lohnsystem neu geordnet. Zum Gelingen dieses Prozesses trug die traditionell sozialfriedliche Einstellung in der großen Mehrheit von Belegschaft und Betriebsräten entscheidend bei – obwohl selbst die Identität der Beschäftigten mit der »Hoechst-Familie« zuletzt zerstört wurde. Die schwache Opposition stand meist – nicht in jedem Fall – mit dem Rücken zur Wand. Die Autoren zeigen die Zerschlagung alter, Zusammensetzung neuer Strukturen und diskutieren Folgerungen daraus für die Interessenvertretung und die Perspektiven der Beschäftigten bei dem neuen Konzern Aventis. 20.1.2000 ■

Wolfgang Menz/Steffen Becker/Thomas Sablowski,
Shareholder-Value gegen Belegschaftsinteressen.
Der Weg der Hoechst AG zum »Life-Science«-Konzern,
VSA-Verlag, Hamburg 1999, 219 Seiten, 32,80 DM

so wenig Gewicht haben. Nur dem Anschein nach ist durch den Tarifvertrag das gewerkschaftliche Interesse gewahrt, ein untauglicher Versuch zur Schadensbegrenzung.

Für die Beschäftigten bei Holzmann, genauer: die noch Beschäftigten, mag es eine bessere Lösung sein, weiterhin in einem bedeutenden Konzern zu arbeiten, gemessen an der Alternative, bei einem der vielen kleinen Krauter unterzukommen, deren Aufstieg und Untergang ohne jedes öffentli-

che Interesse vonstatten geht. Aber es ist gewiss nicht richtig, diesem Interesse das gewerkschaftliche Gesamtinteresse unterzuordnen. Aber wer bestimmt heute das gewerkschaftliche Gesamtinteresse – nicht nur in der Bauindustrie? Wenn es nicht auf Dauer ohne oder gar gegen die Gewerkschaftsmitglieder definiert werden soll, so müssen diese sich selbst einschalten und sich auch in ihrer Gewerkschaft Gehör verschaffen.

Stand 23.1.2000 ■

■ ES GEHT AN DIE SUBSTANZ DES SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEMS

Tarifrente contra Rentenversicherung?

Nicht erst seit dem Regierungswechsel im Oktober 1998 ist die gesetzliche Rentenversicherung als mögliches »Auslaufmodell« ins Gerede gebracht worden. Schon seit Jahren gibt es zahlreiche Versuche, der Bevölkerung, vor allem den Lohnabhängigen, einzureden, dass das Sozialversicherungssystem einschließlich Renten in der Zukunft nicht mehr bezahlbar sei. Den Jüngeren wird vorgerechnet, dass sich die gesetzliche Beitragsleistung für sie nicht rechne im Vergleich mit zum Beispiel einer Kapitalrente. Die Beitragsleistung belaste die Unternehmen und gefährde die Wettbewerbsfähigkeit, was zu weiterer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen werde.

Es müsse deshalb die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zum Beispiel für die Altersvorsorge herausgestellt und gefördert werden. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, müssten die sogenannten Lohnnebenkosten gesenkt werden. Das heißt konkret, die Beitragsanteile insbesondere für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmer sollen sinken. Nur so würde Kapital für die Unternehmen frei, um neue Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten. Die gesparten Beiträge würden die Lohnabhängigen in die Lage versetzen, eine private Altersvorsorge zu finanzieren.

Um die praktische Bedeutung dieser Vorschläge erfassen zu können, muss zunächst die Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung und die der vorgeschlagenen Ersatzmodelle betrachtet werden.

Die gesetzliche Rentenversicherung

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben die Arbeitnehmer einen Anspruch auf Altersrente, indem sie während ihres Berufslebens einen Teil ihres Lohnes an den Versicherungsträger abführen. Die Höhe des so erworbenen Anspruches bemisst sich zwar nach Versicherungszeit und letztem Verdienst, ist aber von der insgesamt eingezahlten Summe an Versicherungszahlungen und der Dauer des Rentenbezuges grundsätzlich abgekoppelt. Dadurch entsteht für die Berechtigten eine echte Alterssicherung, die zwar in der Höhe verschieden (und in vielen Fällen, besonders bei Frauen, völlig unzureichend) sein kann, aber im Prinzip unabhängig von äußeren Einflüssen besteht und von der ganzen Gesellschaft garantiert wird. Um die so den Rentnern gewährte Sicherheit gewährleisten zu können, muss die Finanzierung am Bedarf ausgerichtet werden. Grundsätzlich

1) Die sogenannte »dynamische Rentenanpassung« (zeitversetzt Erhöhung der Rente entsprechend der Lohnentwicklung) wurde erst in den fünfziger Jahren durch die damalige Adenauer-Regierung eingeführt, um dem Frontstaat BRD ein soziales Aushängeschild im Vergleich zur DDR zu geben. Gleichzeitig konnte die CDU damit die Bundestagswahl von 1957 für sich entscheiden.

werden die Finanzmittel durch die Beitragszahlungen der aktuell Beschäftigten, ergänzt durch einen Arbeitgeberbeitrag in gleicher Höhe, aufgebracht. Dadurch entsteht eine Art Umlageverfahren, bei dem jeweils die Jüngeren die Altersversorgung der Älteren bezahlen, der sogenannte »Generationenvertrag« oder die solidarische Altersversorgung.

Der Vorteil des Verfahrens ist, dass die Rentner nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden können. Sie riskieren nicht, dass der Gegenwart ihrer eigenen Versicherungsbeiträge durch Börsencrash oder Inflation entwertet wird, weil ihre Beiträge zur Versorgung der vorhergehenden Generation verwandt wurden. Im Gegenzug haben sie einen Anspruch auf Versorgung durch die nachfolgende Generation erworben, der sich nach den nun möglichen Lebensverhältnissen der Lohnabhängigen richtet¹.

Das Verfahren gerät allerdings in Schwierigkeiten, wenn die Zahl der Beitragszahler im Verhältnis zu den Rentenberechtigten schneller abnimmt, als durch ihren Einkommenszuwachs aufgefangen werden kann. Wenn, wie zur Zeit, der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen an der Erwerbstätigkeit sinkt, weil viele Menschen arbeitslos werden oder mehr oder weniger freiwillig in andere Formen der Erwerbstätigkeit (wie Selbstständigkeit, 630-DM-Jobs, Schattenwirtschaft usw.) ausweichen, ist das System immer schwerer zu finanzieren. Hier setzt die Kritik von Unternehmern und ihren Verbands- und politischen Vertretern an. Die oben angeführten (noch?) atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind eine erste praktische Maßnahme von Unternehmen. Denn mit diesen Beschäftigungsverhältnissen umgehen sie nicht nur Tarifbindung, Betriebsverfassung und die Möglichkeit zu solidarischem Verhalten ihrer Beschäftigten, sondern auch die Sozialversicherungspflicht. Wenn das Problem der Finanzierung aber genau von den Unternehmensbossen beklagt wird, die Arbeitslosigkeit und ungesicherte Beschäftigung zu verantworten haben, empfiehlt sich ein genauerer Blick auf deren »Lösungsvorschläge«.

Kapitalgedeckte Rentenversicherung

Als Alternative zum derzeitigen gesetzlichen Rentenversicherungssystem werden in verschiedenen Varianten kapitalgedeckte Rentenversicherungssysteme vorgeschlagen. Diskutiert werden neben völlig freiwilligen Privatversicherungen auch tarifvertragliche Modelle und Pflichtversicherungen nach Art der Kfz-Haftpflicht. Allen Modellen gemeinsam ist die Kapitaldeckung im Gegensatz zum Umlageverfahren bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Das System funktioniert in der Weise, dass die Versicherten ihre Beiträge ein-

Zur geschichtlichen Entwicklung der Sozialversicherungssysteme

Die wichtigsten Gebiete der Sozialversicherung in den achtziger Jahren im 19. Jahrhundert waren die Unfall- (1884), Kranken- (1883), Invaliden- und Altersversicherung (1889). Ergänzungen und Verbesserungen brachte 1911 die Reichsversicherungsordnung und die Angestelltenversicherung. Diese Gesetzgebung wurde in einer Zeit eingeführt, die aus zwei Gründen bemerkenswert ist. Einmal handelt es sich um eine Zeit, in der die Unfälle schnell stiegen und der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung sich schnell verschlechterte und in der sich durch den schnellen Proletarisierungsprozess auch die Lage der älteren Bevölkerungsgruppen besonders ungünstig entwickelte. Und diese Jahre sind politisch durch das rasche Anwachsen der Arbeiterorganisationen (SPD und gewerkschaftliche Fachgewerke) bzw. durch ihre Unterdrückung (Sozialistengesetz 1878 bis 90), das heißt durch eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes gekennzeichnet.

»In der Einführung dieser Sozialversicherungsgesetzgebung ist zu sehen: Einerseits ein Linderungsmittel gegen eine – vor Streiks und Widerstandsaktionen »einigermaßen gesicherte« Profiteinnahme – 'zu schnelle' Verschlechterung der Lage der Arbeiter auf gewissen Einzelgebieten (zum Beispiel Unfälle, Krankheit, Invalidität etc.). Und andererseits einen Versuch der herrschenden Klasse, mit dem Zuckerbrot der Versicherung die Peitsche gegen die Sozialdemokratie so zu versüßen (aus dieser Zeit stammt der Satz: die Politik von Zuckerbrot und Peitsche), dass die Arbeiterklasse wenigstens teilweise und zeitweise dazu neigen sollte, den Klassenkampf aufzugeben und sich in das Verbot ihrer politischen Partei stillschweigend zu fügen.« (Quelle: Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, S. 407)

Nach Bismarcks Gesetzesvorlage sollte die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung wie folgt geregelt werden: Arbeiter und Unternehmer zahlen je die Hälfte der

Beiträge und ein Reichszuschuss von 50 Mark pro Jahr und Rente sollte gewährt werden. Zur Berechnung der Beiträge und Rentenleistungen wurden die Arbeiter in vier Lohnklassen eingeteilt:

1. Lohnklasse bis 350 Mark Jahresverdienst
 2. Lohnklasse 350 - 550 Mark Jahresverdienst
 3. Lohnklasse 550 - 850 Mark Jahresverdienst
 4. Lohnklasse über 850 Mark Jahresverdienst
- Die Sozialdemokraten forderten:

- ◆ eine weitere 5. Lohnklasse für Arbeiter, die mehr als 1000 Mark im Jahr verdienen, in die Renten- und Invalidenversicherung aufzunehmen,
- ◆ den Reichszuschuss von 50 auf 90 Mark pro Jahr und Rente zu erhöhen, und um auch Handwerker, Heimarbeiter und Kleinbauern in die Versicherungspflicht einzubeziehen,
- ◆ die Versicherung auf alle Personen mit einem Jahresverdienst unter 2000 Mark auszudehnen,
- ◆ die vorgesehene Altersgrenze von 70 Jahren auf 60 Jahre herabzusetzen,
- ◆ sowie anstelle von 31 Versicherungsanstalten eine allgemeine Reichsversicherungsanstalt für das Sozialversicherungssystem zu gründen, um somit die Verwaltung zu vereinfachen und deren Kosten niedrig zu halten.

Mit diesen Forderungen konnte sich die Fraktion der Sozialdemokraten im Reichstag nicht durchsetzen. Es waren vier Gründe, die die Sozialdemokratie veranlasste, die zum Abschluss gebrachten Versicherungsgesetze (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung) abzulehnen:

- ◆ die Organisation des Versicherungswesens
- ◆ die viel zu niedrigen Leistungen
- ◆ die Zielsetzung der Regierung in der Sozialpolitik,
- ◆ die Ausklammerung des Arbeiterschutzes

Die sozialdemokratische Fraktion hatte wohl gegen den Gesetzentwurf gestimmt, sie hob aber die Bedeutung des

zahlen, diese aber nicht direkt an andere Berechtigte (die jetzigen Rentner) ausgezahlt werden, sondern von der Versicherung verwaltet und investiert werden. Die Versicherung versucht dann, mit diesem Kapital so viel Gewinne zu machen, dass die später fälligen Renten daraus bezahlt werden können. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird aber kein Versicherungsträger bereit sein, diese Renten nach dem späteren Lohnniveau zu bemessen. Statt dessen wird die später fällige Rentenzahlung der nominalen Höhe nach festgelegt. Dadurch entsteht zwar der Eindruck, die kapitalgedeckten Versicherungen könnten im Verhältnis zu den Beiträgen erheblich höhere Renten ausschütten als das gesetzliche System. Übersehen wird dabei aber leicht, dass wenn heute ein Rentenanspruch in einer bestimmten Höhe erworben wird, dieser zum Fälligkeitszeitpunkt durch Inflation oder gestiegenen Lebensstandard der abhängig Beschäftigten erheblich entwertet sein kann. Darüber hinaus stellt sich noch die Frage, wer eigentlich für die Rentenansprüche garantieren soll, wenn der Versicherungsträger Verluste macht. Ein besonders perfider Nebenaspekt ist noch, dass der Versicherungsträger, um mit dem Geld der Beitragszahler

Gewinne machen zu können, dieses investiert. Er kann dies zum Beispiel in Investmentfonds, Aktien usw. tun. Dadurch wird das Geld der Versicherten dazu benutzt, eben diesen Versicherten die Arbeitsplätze wegzurationalisieren, ihre Arbeitsbedingungen zu verschlechtern usw.

Dadurch, dass das Interesse der Versicherten aufgespalten wird: Einerseits muss die Kapitalrendite steigen, um die Rente sicher zu machen, andererseits will man zu erträglichen Bedingungen arbeiten, gerät der Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer mehr aus dem Blickfeld. Schon heute gibt es kaum noch eine öffentliche Diskussion über die Steigerung der Produktivität. Rationalisierungen, die höhere Produktion mit weniger Arbeitskräften zur Folge haben, bedeuten auf der einen Seite höhere Profite, auf der anderen Seite aber auch steigende und anhaltende Arbeitslosigkeit sowie frühere Erwerbslosigkeit vieler Kollegen durch höhere Arbeitsbelastung und gestiegene Arbeitsanforderungen in den Betrieben. Dass Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Unsicherheit, Lohndruck und Sozialabbau feste Bestandteile der kapitalistischen Wirtschaft sind, um die Kapitalakkumulation gewährleisten zu können, wird heute auch von einer

Prinzips der Beteiligung der Unternehmer an den Beiträgen hervor. Ja, sie forderte darüber hinaus, dass die Unternehmer die Beiträge der Arbeiter der ersten und zweiten Lohnklasse zu zahlen haben. Im Gegensatz dazu tragen in der Gegenwart führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit Finanzierungsvorschlägen wie im Falle der geforderten Tarifrente ab 60 Jahre dazu bei, um das bisherige Finanzierungsprinzip zu beseitigen. Im Falle der Pflegeversicherung ist ohne nennenswerten Widerstand der Gewerkschaften der Einstieg in den Ausstieg aus dem bisherigen Prinzip schon erfolgt.

Ungeachtet der Ablehnung im Reichstag war die Sozialdemokratie der Auffassung:

- ◆ 1. Ein System der Sozialversicherung ist weit besser als kein System. Man muss für seine Einführung kämpfen.
- ◆ 2. Die Sozialversicherung ist nur ein Linderungsmittel, das gewisse soziale Übel vermindert, um seine Verbesserung muss gekämpft werden.
- ◆ 3. Die Sozialversicherung tut nichts, um die Ursachen des Grundübels der sozialen Not zu beseitigen, sie ist nicht gegen das kapitalistische System gerichtet.

Der Kampf der Arbeiterklasse unter der Führung der Sozialdemokratie gegen das soziale Elend hatte die herrschende Klasse gezwungen, die Sozialgesetzgebung einzuleiten und in weiteren jahrzehntelangen Kämpfen Verbesserungen der sozialen Lage durchgesetzt und die von Karl Marx im »Kapital« getroffene Feststellung bestätigt, dass die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter »das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkrieges zwischen der kapitalistischen Klasse und der Arbeiterklasse ist.« (Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 23, S. 316)

Schon damals wehrten sich die Unternehmer gegen die Lasten der Sozialversicherung (was anderes war auch nicht zu erwarten) und versuchten, diese auf verschiedene Weise auf die Arbeiter abzuwälzen und den weiteren Ausbau der Sozialversicherung zu verhindern. Der damalige Oberpräsident von Westfalen berichtet am 27. September 1888 an

den Handelsminister: »Was das Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung anbetrifft, so wird vielfach über sehr starke Belastung der Unternehmer infolge der Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung geklagt, und infolgedessen teilweise sogar ein mehrjähriges Hinausschieben der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung gewünscht.«

Und fünf Jahre später schreibt dieser Kämpfer gegen die Sozialversicherung am 27. September 1893: »Fast von allen Seiten wird in den industriellen Kreisen über die schweren Belastungen durch die sozialpolitische Gesetzgebung geklagt, die den Wettbewerb mit dem Auslande, das solche Lasten überhaupt nicht oder doch nur in viel geringerem Maße kenne, je länger je mehr zu gefährden droht; allseitig wird daher dem lebhaften Wunsche Ausdruck gegeben, dass auf dem beredten Gebiete hinaus ein möglicher Stillstand eintreten möge.« (Quelle: Jürgen Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 409f)

In der Zeit vom 1. Januar 1889 bis Ende April 1890 erreichte eine Streikaktivität mit über 1131 Einzelkämpfen, an denen insgesamt 394.440 Arbeiter beteiligt waren, ihren Höhepunkt im 19. Jahrhundert. (Quelle: Dieter Fricke, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 1108) Bei diesen Streiks ging es den Arbeitern hauptsächlich um ihre politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung und um Arbeiterschutzforderungen. Sie zeigten eindeutig das Scheitern der Bismarckschen Sozialpolitik, der die Arbeiter zu dankbaren Rentenempfängern des Staates machen wollte. Auch die Absicht Bismarcks, die Sozialdemokratie durch seine Sozialpolitik von den Arbeitern zu isolieren, scheiterte.

Die nur acht Monate nach der Verabschiedung der Alters- und Invalidenversicherungsgesetze, als »Krönung der Sozialversicherung« ausgegeben, stattgefundenen Wahlen am 20. Februar 1890 übertrafen die kühnsten Erwartungen der Sozialdemokratie. Sie erhielt 19,7 Prozent aller Stimmen, 1887 waren es noch 10,1 Prozent. (Quelle: Dieter Fricke, a.a.O., Bd. 2, S. 720) ■

gestiegenen Anzahl von Gewerkschaftsfunktionären und Sozialdemokraten geleugnet. Viele glauben nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht mehr daran, die bestehende Gesellschaft grundsätzlich verändern zu können. Sie suchen nach Lösungen der sozialen Probleme, die die Kapitalakkumulation nicht gefährden. Die abhängig Beschäftigten einen winzigen Zipfel an der Akkumulation von Kapital teilhaben zu lassen, wie dies durch kapitalgedeckte Rentenversicherungen geschieht, ist jedoch der Versuch, solchen Scheinlösungen eine soziale Basis zu verschaffen.

Ein Jahrhundert kämpften unter anderem Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten für die Verbesserung und den Ausbau des Sozialversicherungssystems. Nun sind führende Gewerkschafter und Sozialdemokraten dabei, bisherige sozialpolitische Positionen aufzugeben. So folgt Bundeskanzler Schröder mittlerweile der Forderung nach Begrenzung der Sozialleistungen auf die »wirklich Bedürftigen«. Gerade so, als seien sie für jemand anders gedacht. Fragt sich nur, wen diese Herren für »wirklich bedürftig« halten. Auch führende Gewerkschafter leisten ihren Beitrag und schlagen Tariffonds für die Rente ab 60 Jahre ohne finan-

zielle Abschläge vor. Natürlich spricht (aus vielerlei Gründen) nichts gegen die Forderung nach einer früheren Rente. Der Knackpunkt ist aber die Finanzierung:

Weil man sich der Ideologie der Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit und Kostensenkung im Sozialbereich um jeden Preis angeschlossen hat, kommt der ehemalige zweite Vorsitzende der IGM und jetzige Bundesarbeitsminister Rießer zu dem Vorschlag eines Tariffonds. Aus diesem sollen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben die gesetzliche Minderung der Altersrente bis zu 18 Prozent (der Vollrente) ausgeglichen werden. Aufgebracht werden soll dieser Tariffonds nach einem Vorschlag des IGM-Vorsitzenden Zwickel, indem für die nächsten fünf Jahre 0,5-Prozentpunkte der vereinbarten Lohnerhöhung vom Arbeitnehmer plus die gleiche Summe vom Arbeitgeber eingezahlt werden. Weil die Gewerkschaften, der Ideologie der Sozialpartnerschaft verpflichtet, bei Tarifverhandlungen von sich aus schon von »Verteilungsspielräumen der Wirtschaft« ausgehen, wird dieser unterstellte Verteilungsspielraum von vornherein um ein Prozent der Lohnsumme kleiner. Damit wird der Tariffonds entgegen dem ersten Augenschein zu hundert

Prozent aus dem Lohnzuwachs der abhängig Beschäftigten finanziert. Da ist der Vorschlag von Bundesarbeitsminister Riester noch ehrlicher, der gleich eine einprozentige Belastung des Lohnzuwachses der Arbeitnehmer vorschlägt. Da nach seiner Ansicht (»Woche« vom 20.11.1998) aus diesen Fonds sich eine eigenständige neue Säule der Alterssicherung entwickeln könnte, wäre damit nach der Pflegeversicherung der zweite Bruch mit der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung vollzogen.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass auch die neue Regierung die Altersversorgung in eine Minimalversorgung (nach dem bisherigen gesetzlichen Modell) und eine private Zusatzversorgung aufspalten will. Genau das hatte die Kohl-Regierung übereinstimmend mit den Unternehmern vor.

Die »Frankfurter Rundschau« schreibt am 4.2.1999 unter der Überschrift *»Gewerkschafter sehen im Ex-Kollegen Riester einen Systemveränderer«*: *»Riester will also nicht nur die Rentenabschläge ausgleichen, sondern sogleich auch noch eine zusätzliche Alterssicherung auf Kapitaldeckungsbasis aufbauen. Dazu wird eine »gemeinsame Einrichtung für Arbeit und Alter« gegründet, die die Lohnanteile einzieht, darüber individuelle Konten führt und die Ausgleichsbeträge auszahlt. Der Rest soll nach diesem Modell an Investmentfonds abgeführt werden, damit eine kapitalgedeckte Zusatzversicherung aufgebaut werden kann.«*

Im selben Beitrag wird das »Gegenmodell« des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel dargestellt: Jeweils 0,5 Prozent von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die als »Vorbekämpfung« der Tariflohnerhöhung gelten sollen; Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Regelung; Steuerfreiheit für die Einzahlungen in den Fonds. Der wichtige Unterschied bei Zwickels Vorschlägen ist, dass er die Verwaltung der Tariffonds durch die Rentenversicherungsträger will. Damit würde nach seinen Vorstellungen kein Wechsel zum Kapitaldeckungssystem erfolgen.

Die Bundesregierung, Gewerkschaftsführungen und Parteien zaubern ständig neue Rentenmodelle aus dem Hut, was es schwierig macht, auf dem neuesten Stand zu bleiben. Durchgehend stehen sich jedoch die Gegensatzpaare paritätische Finanzierung/Umlageverfahren für die solidarische Altersvorsorge und private Finanzierung/Kapitaldeckungsverfahren für die individuelle Altersvorsorge gegenüber. In der Regierungskoalition dürften derzeit nur die erwähnten Modelle (siehe auch Kasten) und deren Varianten konsensfähig sein. Bei den Gewerkschaften steht die Führung der IG Metall (als meistbeachteter Verband) für das Modell ihres Vorsitzenden Zwickel. In anderen Gewerkschaften und zum Teil von unteren Funktionären der IGM wird aber auch mit verschiedener Zielrichtung Widerspruch laut. Für sie alle steht nicht mehr die Frage, ob die Sozialversicherung verteidigt werden soll, sondern nur noch, ob der Teil, der die Mindestversorgung übersteigt, lediglich privat finanziert werden oder ob das Umlageverfahren und die staatliche Ausfallgarantie gleich mit drangegeben werden soll.

Man muss sich fragen, was reitet diese Gewerkschaftsführungen, dass sie eine Rente neben der Rente etablieren wollen? Gibt es auch nur ein einziges Problem, das über Tariffonds besser oder sozial gerechter gelöst werden könnte als über die gesetzliche Rentenversicherung? Sollte ihnen nicht bewusst sein,

◆ dass eines dieser Modelle (oder eine Mischform) nur denjenigen Beschäftigten einen vorzeitigen Ausstieg (mit

abschlagfreien Renten) aus dem Berufsleben ermöglicht, die im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages arbeiten? Wer ohne Tarifvertrag arbeitet, hat diese Chance nicht. Das sind z.B. Millionen Beschäftigte in vielen Subunternehmen, im Baugewerbe, im Tourismus und Gaststättengewerbe, in der Landwirtschaft, im Reinigungsgewerbe usw.

◆ dass die Einkommensentwicklung auf Jahre durch Abführungen zum Tariffonds belastet wird?

◆ dass die Idee eines Tariffonds im Interesse der abhängig Beschäftigten nur Sinn macht, wenn die Unternehmen effektiv ihren Anteil an der Finanzierung tragen müssen und der Fonds nach dem Umlageverfahren verwaltet wird? Wenn dies aber durchzusetzen ist, könnte ebensogut der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend angehoben werden.

◆ dass, wenn Umlageverfahren und paritätische Finanzierung nicht durchzusetzen sind, die Beschäftigten entweder mit Lohn- oder Rentenabschlägen die Finanzierung selber leisten müssen? Damit wird ein Teil der Rentenversicherung verhandelbar, die Alterssicherung ist nicht mehr gewährleistet.

◆ dass Arbeitslose, ungesichert Beschäftigte und tariflich nicht abgesicherte Beschäftigte von der Rente ab 60 ausgeschlossen werden? Damit wird unnötig eine Spaltung in der Arbeiterklasse begünstigt.

◆ dass die jungen Beschäftigten fünf Jahre die vorgezogene Rente der älteren Kollegen bezahlen sollen, ohne später (wegen der Begrenzung auf 5 Jahre) auch die Möglichkeit zum vorzeitigen Ruhestand zu haben? Dies begünstigt ebenfalls die Spaltung der Klasse.

Auch für die derzeitigen Rentenbezieher hätte die Tariffonds-konstruktion Auswirkungen, da die Rentenanpassung an die Nettolohnentwicklung gekoppelt ist. Das bedeutet, dass die Renten zeitverzögert den Nettolöhnen folgen. Weil sich durch den Tariffonds der Nettolohnzuwachs verringert, steigen dann auch die Renten langsamer. Dazu erklärt Erich Standfest vom Verband Deutscher Rentenversicherer Ende November 1998: *»Das heißt, dass dann die Renten auf Dauer um rund fünf Prozent hinter den Werten bleiben würden, die sich ohne Einführung der Fonds ergäben. Der aktuelle Rentenwert würde etwa in einer Größenordnung geringer steigen, die annähernd die Wirkung des von Teilen der Koalition als inakzeptabel empfunden und daher ausgesetzten demographischen Faktors entspräche, die Absenkung würde zudem schneller erfolgen.«*

Hatte Schröder nicht vor den Wahlen verkündet: Wir machen nichts anders, aber vieles besser. Im Klartext: Kohl'sche Politik ohne Kohl! Also:

◆ Die Rentenabschläge bei vorgezogener Altersrente bis 18 Prozent

◆ Die Anhebung der Altersgrenzen von 60 bzw 63 Jahren auf einheitlich das vollendete 65. Lebensjahr.

◆ Die Kürzung des Rentenniveaus von 70 auf 64 Prozent – von der Kohlregierung beschlossen – wird lediglich bis zum 31. Dezember 2000 ausgesetzt. Gleiches gilt für die Heraufsetzung der Altersgrenze für Schwerbehinderte von 60 auf

2) Unter Bruttowertschöpfungsabgabe wird die Festlegung des Arbeitgeberanteils nach dem Bruttogewinn des Unternehmens verstanden. Weitergehende Finanzierungsmodelle, wie zum Beispiel das der Schweiz: Erhebung von Beiträgen auf jedes Einkommen wie Lohn, Mieteinnahmen, Dividenden usw. (bei gleichzeitiger Festlegung von Mindest- und Höchstrenten) sind denkbar.

Modell Riester gegen Modell Zwickel

Das **Riester-Modell** sieht vor:

- ◆ Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zahlen einen bestimmten Prozentsatz des Brutto-Lohns über mehrere Jahre in den Fonds ein.
- ◆ Die Tarifverträge, auf denen der Fonds beruht, werden allgemeinverbindlich erklärt (das heißt, gelten für Mitglieder einer Gewerkschaft und auch Nichtmitglieder).
- ◆ Ebenfalls auf tarifvertraglicher Basis wird eine gemeinsame Einrichtung für Arbeit und Alter (Gewerkschaften und Arbeitgeber) gegründet, die u.a. Aufgaben haben soll:
 - ◆ Einzug des Beitrages
 - ◆ Führung individueller Beitragskonten
 - ◆ Abführung der Überschüsse an einen oder mehrere Dachfonds.

Die sogenannten Dachfonds sollen die Finanzmittel in Aktien-, Renten-, Immobilienfonds anlegen, individuelle Arbeitnehmerkonten über deren Dachfonds-Anteile führen und die Auszahlung der angesparten Anteile an den Arbeitnehmer vornehmen. Die Ansprüche des einzelnen Arbeitnehmers an den Dachfonds richten sich nach eigenen Beitragsleistungen sowie den Zinserträgen des Fonds-Vermögens.

Dagegen steht ein Modell des IG Metall-Vorstandes (vormals **Zwickel-Vorschlag**):

- ◆ Es wird ein Tariffonds unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung eingerichtet.
- ◆ Die Initiative zur Errichtung dieses Tariffonds geht von den Tarifvertragsparteien aus.
- ◆ Der Tariffonds wird auf fünf Jahre befristet.
- ◆ Die Finanzmittel des Tariffonds werden ausschließlich genutzt, um durch zusätzliche Beitragsleistungen die nach geltendem Rentenrecht drohenden Abschläge auszugleichen.
- ◆ Die Bereitstellung der Finanzmittel der drohenden Abschläge ist grundsätzlich Aufgabe der Arbeitgeber.
- ◆ Die Arbeitnehmer beteiligen sich an der Finanzierung:
 - ◆ Direkt, indem sie auf fünf Beitragsjahre (und die entsprechenden Entgeltpunkte) verzichten;
 - ◆ indirekt, indem die nachweislich angefallenen Kosten für die Unternehmen bei der Festlegung des Verteilungsvolumens (prozentualer Lohn/Gehaltserhöhung) für die kommen den Tarifrunden Berücksichtigung finden (Auszüge).

Beide, das »Modell Zwickel« und das »Modell Riester« werden im »Bündnis für Arbeit« auf der Tagesordnung stehen. Schröder ist vom Modell Riester deshalb angetan, weil es ihn politisch und finanziell nichts kosten wird und ihm den Beifall seiner Freunde, nämlich der Unternehmer, sicher sein wird. ■

63 Jahre. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, was die angekündigte Rentenstrukturreform bringen wird, ist völlig offen. Dass es ein »Freudentag für die Rentner« (Riester) wird, ist nicht anzunehmen.

Verteidigung des Erreichten

Diejenigen Gewerkschafter, die sich als konsequente Vertreter von Interessen der Lohnabhängigen verstehen und vom Klassenstandpunkt ausgehend ihre politische Position bestimmen, müssen das Erreichte im Sozialversicherungssystem verteidigen und die Verbesserung vorantreiben. Sie dürfen sich nicht auf die Fondsvorschläge einlassen, die den Einstieg in die Demontage der Sozialversicherung bedeuten.

Es gibt Finanzierungsprobleme beim Sozialversicherungssystem und insbesondere bei der Rentenversicherung. Die Finanzierung der Renten ist in der bisherigen Weise nicht mehr möglich, wenn immer weniger »Normalarbeitsverhältnisse« das Geld für immer mehr Rentenberechtigte aufbringen müssen. Die Ursachen dieser Entwicklung werden in der Öffentlichkeit aber immer grob verzerrt dargestellt. Natürlich hat auch der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft (weniger junge und mehr ältere Leute) einen Einfluss auf die Rentenfinanzen. Diese Entwicklung ist aber einerseits für die Rentenfinanzierung gar nicht so entscheidend wie gerne getan wird. Andererseits ist sie eben auch einfach unabänderlich. Wenn der Altersaufbau aber das einzige oder auch nur wichtigste Problem wäre, wäre es auch schnell zu lösen. Denn wer würde sich ernsthaft der Notwendigkeit entziehen wollen, die Renten zu finanzieren, vor allem wenn es die Grundlage dafür wäre, später selbst Rente beziehen zu können? Wenn es anders nicht ginge, müssten eben die Beiträge erhöht werden.

Es ist aber Tatsache, dass die Zahl der Beitragszahler erheblich schneller abnimmt, als dies nach der Bevölkerungsentwicklung anzunehmen wäre. Die Ursache ist zum einen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die die Zahl der Beitragszahler akut um zirka vier Mio. Menschen vermindert. Dazu kommen die aus der Arbeitslosenstatistik ausgesteuerten KollegInnen, die in Frührente, Sozialhilfe, Familie

usw. abgeschieden wurden und offiziell nicht mehr als arbeitslos gelten. Zum anderen hat sich die Art der Wertschöpfung in der Wirtschaft geändert. Während früher der Großteil der Lohnabhängigen in der Produktion beschäftigt war, ist diese heute zunehmend automatisiert. An Bedeutung gewonnen haben dagegen Logistik, Informationstechnologien, Vermarktung usw. Damit einhergegangen ist eine Änderung in der Struktur der Arbeitsverhältnisse. Während das »Normalarbeitsverhältnis« mit seinem differenzierten Regelungsgehalt nach wie vor notwendig ist, um komplexe Produktionsvorgänge effektiv gestalten zu können, ist das in den neuen Arbeitsbereichen keineswegs der Fall. Damit ergibt sich für die Unternehmen die Möglichkeit, in diesen Bereichen die Arbeitsbedingungen anders zu gestalten. Dies geschieht zum Beispiel in Form von (Schein)Selbstständigkeit, geringfügiger Beschäftigung, Schattenwirtschaft usw. Damit zwingen die Unternehmen den Beschäftigten Arbeitsbedingungen auf, die teilweise prekär, teilweise aber sogar privilegiert sein können, jedenfalls aber ungesichert sind. Dadurch fallen diese Beschäftigten großteils auch aus der Sozialversicherungspflicht heraus. Weil hiervon ein großer und weiter wachsender Bereich betroffen ist, steigt der Finanzierungsdruck auf die im »Normalarbeitsverhältnis« verbliebenen Beschäftigten und deren Arbeitgeber.

Das Problem ist also weniger die Änderung im Altersaufbau der Gesellschaft, als vielmehr die kapitalistische Produktionsweise, die das Problem schafft. Die durch sie erzwungenen geänderten Produktionsbedingungen verkleinern die Bemessungsgrundlage der Rentenversicherung so sehr, dass das oben beschriebene Finanzierungsproblem entsteht. Eine wirkliche Lösung des Finanzierungsproblems wird im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich sein, weil mit der Versorgung unproduktiver Menschen kein Profit zu machen ist.

Vor diesem Hintergrund wäre es die dringendste Aufgabe der Gewerkschaften, für die Herabsetzung des Rentenalters im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung und andere Formen der Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Wenn Sozialdemokratie und

reformistische Gewerkschaftsführer schon eine Reform im Rahmen des kapitalistischen Systems suchen, könnten sie sich an Vorstellungen orientieren, wie sie teilweise in den Gewerkschaften diskutiert werden. Diese haben zum Ziel, die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern indem sie alle Formen der Wertschöpfung in die Versicherungspflicht einbezieht. Die PDS hat einen Gesetzentwurf für eine Beitragsstrukturreform im Bundestag eingebracht, die die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung neu ordnet und sichert, indem der Arbeitgeberanteil von der Beschäftigung losgelöst und als Bruttowertschöpfungsabgabe² erhoben wird. Damit würde jedes Unternehmen nach seiner realen Leistungsfähigkeit und nicht länger nach der Bruttolohn-

summe (und damit nach der Beschäftigtenzahl) herangezogen. Aber selbst diese reformistische Forderung ist auf nur parlamentarischen Wege nicht zu erreichen, das haben die jüngsten sozial- und steuerpolitischen Aktivitäten der Schröder-Regierung erneut bestätigt. Eine Bruttowertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems durchzusetzen erfordert einen außerparlamentarischen, konsequenten gewerkschaftlichen und politischen Kampf durch die Lohnabhängigen. Das schließt zwar parlamentarische Aktivitäten nicht aus, ist aber Bedingung auch für deren Erfolg. Dieser Kampf würde jedenfalls die Fronten in der Gesellschaft und damit das Wesen der Gesellschaftsordnung deutlich machen. 30.1.2000 ■

■ **STREIK BEI DER
SÄCHSISCHEN ZEITUNG, DRESDEN:**

Teilerfolg im Arbeitskampf

Am 20. Dezember 1999 endete ein dreiwöchiger Streik bei der »Sächsischen Zeitung« (SZ). Ungewöhnlich für die Auseinandersetzung – es waren Journalisten und Angestellte der Redaktion, die den Arbeitskampf führten, und sie fanden viel Aufmerksamkeit in den Medien. Beinahe alltäglich hingegen war der Anlass – die Ausgliederung von Betriebsteilen, die in vielen anderen Branchen und Betrieben in den letzten Jahren ohne nennenswerten Widerstand der Belegschaften durchgesetzt werden konnten.



Die SZ (Auflage 360.000) unter Führung von Gruner+Jahr (G+J) hatte geplant, zum 1. Dezember sechs Lokalredaktionen in drei selbstständige GmbHs auszugliedern; betroffen die Regionalausgaben in Freital und Dippoldiswalde (27.000 Exemplare), Pirna und Sebnitz (35.000) sowie Bautzen und Bischofswerda (36.000). Insgesamt verkaufen die ausgegliederten Regionalverlage also eine Auflage von fast 100.000 Exemplaren. Die verbliebenen 13 Lokalredaktionen sollten später diesem Weg folgen, wenn sich die Maßnahme bewährt hätte. Das Dresdner Druck- und Verlagshaus, Herausgeber der SZ und der Morgenpost, zählt 750 Mitarbeiter, 674 davon arbeiten für die SZ. 60 Kolleginnen und Kollegen waren von der Ausgliederung zum 1. Dezember betroffen, rund 300 sollten es am Ende werden.

Er müsse präventiv handeln, begründete der Verlag sein Vorgehen. Denn die SZ – einzig nennenswerter Gewinnbringer unter den Zeitungen von G+J (1998/99 noch 24 Mio. DM) – verliere seit Jahren. Die Anzeigen- und Umsatzerlöse seien in den letzten Jahren um die Hälfte gefallen und die Auflage sinke jährlich um 12.000, während die Kosten stiegen. Die SZ arbeite in einem Umfeld, dass von hoher Arbeitslosigkeit geprägt sei (zum Beispiel in Bautzen 23 Prozent), in dem die Bevölkerungszahl durch Abwanderung weiter abnehme, in dem die Kaufkraft sinke. Dieser Trend werde sich nicht umkehren. Darauf müsse der Verlag »unternehmerisch« reagieren. Die neuen Gesellschaften sollten neben der täglichen Erstellung der Lokalteile neue verlegerische Beschäftigungs-

felder erschließen und dadurch zusätzliche Umsätze erwirtschaften.

Die Ausgliederung bei der SZ – Testballon für die Branche

In einem vertraulichen Papier der Geschäftsleitung fand man über die Ziele der Ausgliederung deutlichere Worte:

- ◆ Förderung des unternehmerischen Denkens in den Regionalverlagen (als wenn dies Aufgabe von Journalisten wäre),
- ◆ weitgehende Lösung von tarifrechtlichen Gegebenheiten,
- ◆ Mittelfristig Einsparungen bis zu 200.000 DM pro Regionalverlag (bei 19 Regionalverlagen macht das vier Mio. DM pro Jahr),
- ◆ Reduzierung von Überstundenbezahlung, Sonntagsantrittsgeldern, Nachtzuschlägen
- ◆ danach Reduzierung der Personalkosten,
- ◆ Entmachtung des Betriebsrates DD+V.

Sollte sich G+J bei der SZ durchsetzen, so würde befürchtet, würde diese Modell nicht nur im Osten Schule machen. Einzelne Verlage basteln bereits an ähnlichen Lösungen (zum Beispiel die »Rheinzeitung« in Koblenz). Nicht nur den bestehenden Haustarifvertrag und die einheitliche Interessenvertretung durch ihren Betriebsrat, sondern auch die journalistische Unabhängigkeit sahen die Kolleginnen und Kollegen beim DD+V gefährdet. In den Lokalredaktionen als eigenständige GmbHs würde der Druck zum Gefälligkeitsjournalismus weiter gesteigert. »Wir wissen alle, dass in

Dresden ein Testlauf ... stattfindet: Wenn das »Agentur-Modell« dort vollzogen wird, zieht die ganze Branche nach ... Wir reden dabei alle von »Outsourcing«. Dahinter steht etwas, für das es ebenfalls nun einen englischsprachigen Terminus gibt: die Tendenz zu einem »money driven journalism«, der auch die Grenzen zwischen Redaktion und Marketing ein für alle Mal plattmachen will.« (der DJV Vorsitzende Weischenberg in einer Sonderausgabe der IG Medien)

Die Rolle der Sozialdemokratie sorgte für zusätzliche Brisanz und gab dem Konflikt vom Beginn an eine politische Note, die den Verlauf der Auseinandersetzung entscheidend beeinflussen sollte. Die SPD hält 40 Prozent der Anteile bei der SZ. Ohne ihre Zustimmung als Minderheitengesellschaft

Warnstreik. Vor dem »Haus der Presse«, dem Sitz der SZ, verabschiedeten sie eine Protestresolution.

Zeitgleich hatten sich zirka 20 Kolleginnen und Kollegen der IG Medien aus dem Landesbezirk Berlin-Brandenburg, vor dem Willy-Brandt-Haus in Berlin eingefunden. Einlass erhielten sie erst, nachdem sich der Einsatzleiter der Polizei eine mitgebrachte Erklärung des Landesbezirks durchgelesen hatte. Nach der Berechtigung der Kontrolle befragt, erklärte er, sie hätten die SPD-Zentrale zu schützen und müssten die Flugblätter auf klassenkämpferische Parolen überprüfen. So erfuhr auch der Einsatzleiter u.a. folgendes:

»Besonders skandalös ist, dass die SPD als 40-prozentige Mitgesellschafterin dies alles mitmacht, aber das Geld einsteckt. Sie hat auf zwei Gesellschafterversammlungen ... den Ausgliederungen zugestimmt. Noch am 28. Oktober 1999 wurde von SPD-Schatzmeisterin Ingrid Wettig-Danielmeier und einem Geschäftsführer der DDVG (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft), die die SPD-Anteile verwaltet, behauptet, dass die SPD lediglich der Ausgliederung von sechs Kreisredaktionen zu »Testzwecken« zugestimmt habe. Eine glatte Lüge. Besonders zynisch ist aber, dass die SPD in einem Schreiben an den DGB Sachsen erklärt, dass es eine Finanzierungslücke bei der Sächsischen Zeitung gebe. Im übrigen würden durch die Ausgliederungen keine Arbeitnehmerschutzrechte ausser Kraft gesetzt. Die zweite Lüge. Schon jetzt haben die neuen GmbH-Geschäftsführer und das Haupthaus in Dresden angekündigt, dass es keine Tarifierhöhungen mehr geben werde, die Überstundenbezahlung reduziert, Sonntagsantrittsgelder für Redakteure und Nachtzuschläge für Angestellte wegfallen sollen. Das ist nichts anders als Tariffucht. ... In einem internen Papier von Gruner + Jahr ist die »Entmachtung des Betriebsrates« ein wichtiges Ziel. Und das alles mit Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ist das die neue Mitte – gegen Arbeitnehmer? Die IG Medien Berlin-Brandenburg fordert die SPD auf, ihre Zustimmung zu den Ausgliederungen bei der Sächsischen Zeitung zurückzuziehen und die Tarife für die Beschäftigten zu sichern.«

Die SPD-Schatzmeisterin hatte sich von ihrem Büroleiter, Herrn Linnekugel, vertreten lassen. Von ihm bekamen die Kolleginnen und Kollegen der IG Medien lapidar mitgeteilt, die SPD sei nicht der verlängerte Arm der Belegschaft. Auf die Frage, wie sie ihr Handeln dann verstehe, wurde geantwortet als unternehmerisches.

Für den 25. bis 30. November riefen die IG Medien und der DJV (Deutscher Journalistenverband) zum Warnstreik auf, an dem sich 250 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. 35 von ihnen unternahmen am Sonnabend, dem 27. November, einen Ausflug nach Hamburg. Sie wollten sich in Hamburg-Blankenese treffen, denn für diesen Tag hatte der Vorstandsvorsitzende von G+J die Chefredakteure zu einer privaten Adventsfeier in seine Villa geladen. Als die Absicht der Streikenden bekannt wurde, sagte er die Einladung ab. So trafen sich also 35 Dresdner mit wenigen Kollen aus dem Verlag in Hamburg und der Druckerei in Itzehoe vor der Tür des Verlagshauses. Mitglieder des Hamburger Ortsvereins waren ebenfalls anwesend. Die Initiative der Streikenden stieß allerdings nur auf geringe Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen im Hamburger Verlag.

Am 30. November fand die Urabstimmung unter den Mitgliedern der IG Medien und des DJV statt. Anlass waren die gescheiterten Tarifverhandlungen über die Verkürzung der

ter wäre die Ausgliederung der Lokalredaktionen nicht möglich gewesen.

Vom Protest zum Widerstand

Im Oktober 1999 gab die Geschäftsleitung der SZ ihre Ausgliederungspläne bekannt. Die Belegschaft reagierte mit einer Unterschriftensammlung – 427 Beschäftigte nahmen gegen die Ausgliederungspläne Stellung. Die Geschäftsführung erwiderte darauf: *»Im Betrieb gibt es keine Demokratie.«* Eine Betriebsräte-Vollkonferenz im G+J-Konzern Anfang November signalisierte den Betroffenen Unterstützung: *»Wir, 125 Betriebsräte aus 21 G+J-Betrieben, stehen solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen.«*

Nach Abschluss einer turbulenten Betriebsversammlung am 22. November zogen erstmals 200 Beschäftigte in den



Arbeitszeit im Dresdner Druck- und Verlagshaus – doch allen Beteiligten war bewusst, dass es im Kern um die Ausgliederungen ging. Über 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder stimmten für einen unbefristeten Streik, der am 1. Dezember begann.

Gruner + Jahr reagierte mit den, aus vergangenen Konflikten bekannten, Methoden:

- ◆ Die Streikenden erhielten Hausverbot, die Türschlösser in den ausgegliederten Lokalredaktionen wurden ausgetauscht.
- ◆ Durch Briefe und Telefonanrufe an die Angehörigen versuchte die Geschäftsführung Druck auszuüben
- ◆ In der Sächsischen Zeitung wurde eine Kampagne gegen den Ausstand gestartet – Vorwurf u.a. die Beteiligten nutzen ihre privilegierte Situation aus und sie bedienen sich krimineller Methoden.
- ◆ Die streikenden Mitarbeiter der bereits ausgegliederten Redaktionen erhielten eine schriftliche Verwarnung mit Androhung der fristlosen Kündigung.
- ◆ Von der Rheinzeitung in Koblenz – dort wird mit dem gleichen Redaktionssystem gearbeitet – ließ G+J Streikbrecher einfliegen.

Mit Empörung auch im Konzern quittierten die Kolleginnen und Kollegen den Versuch der Dresdner Geschäftsleitung, über die Betriebskrankenkasse Ärzte auszuforschen, die Kollegen krank geschrieben hatten, etwa 40 sollen während des Streiks wegen Krankheit gefehlt haben. Und nicht zuletzt wollte die Geschäftsleitung den Arbeitenden die eingesparten Löhne als »Treueprämie« ausschütten, was diese allerdings energisch abwies. Die nicht streikenden Kollegen setzten schließlich mit durch, dass in der SZ selbst die gegensätzlichen Standpunkte zum Streik vertreten waren und so das Monopol der Geschäftsleitung, die Leser einseitig über den Arbeitskampf zu informieren, zerbrach. Damit konnten die Streikenden nicht länger als »*übergeschnappt*« dargestellt werden, die zusätzlich zu Löhnen auf Westniveau nun auch noch Arbeitszeiten wie im Westen forderten.

Wenn es der Geschäftsleitung auch nicht gelungen war, die Streikfront mit derartigen Methoden aufzubrechen, so konnte sie doch nach wenigen Tagen die Zeitung für Dresden im gewohnten Umfang unter Qualitätseinbußen herausbringen. Durch den Streik allein konnte G+J nicht zum Nachgeben gezwungen werden. Die Belegschaft war auf die Unterstützung von außen angewiesen. In einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit, in der selbst die niedrigen Osttarife nur in Ausnahmefällen gezahlt werden, ist es allerdings schwer Solidarität zur Verteidigung von Tarifverträgen und Mitbestimmungsrechten zu erhalten.

Die Rolle der IG Medien

Bereits auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Medien (18. bis 20. November 1999) hatte der Betriebsrat der SZ über den Konflikt berichtet und die SPD scharf kritisiert. Dafür erhielt er – die Ausnahme auf diesem Gewerkschaftstag – starken Applaus. Doch über mögliche Konsequenzen wurde nicht diskutiert. Vorstand und Delegierte widmeten sich nach seinem Beitrag wieder vordringlich der neuen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Das sollte symptomatisch sein für den weiteren Verlauf des Konflikts.

Der Hauptvorstand der IG Medien in Stuttgart – vor einigen Jahren propagierte er noch energisch den »*Häuserkampf*« – ließ die Streikenden anfangs allein. Während der

DJV von Anfang an seine Spitze nach Dresden schickte, war die IG Medien erst später durch einen Vertreter des Hauptvorstandes präsent. Weil in Dresden Journalisten maßgeblich mit im Kampf standen, dazu noch 30 Freie, gab es kontinuierlich eine hervorragend gemachte Streikzeitung und phantasievolle öffentliche Aktionen. Die Streikzeitung wurde in einer Auflage von 1000 Exemplaren regional vertrieben und auch ins Internet eingestellt. Und die Journalisten fanden Gehör und Verständnis bei den Berufskollegen der Branche, was sich im Presseecho niederschlug.

Trotz der bundesweiten Bedeutung des Streiks und der öffentlichen Resonanz: Solidaritätsbesuche in Dresden, die Information der Mitgliedschaft an anderen Orten, praktische Aktionen zur Unterstützung – wie der Besuch der SPD-Zentrale in Berlin – blieben der Initiative der Mitglieder und örtlicher Gremien überlassen. Nicht die organisatorische Kraft der gesamten Gewerkschaft, diese gibt es in der alten Form nicht mehr, sondern das Engagement einzelner kritischer Kollegen sorgte dafür, dass die Streikenden nicht isoliert blieben. Entsprechend konnte der Betriebsrat der »Rheinzeitung« erst nach zehn Tagen den Erfolg vermelden, dass die Streikbrecher aus Koblenz zurückgezogen werden.

Wollen wir uns diese Situation erklären, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen: Die Aufmerksamkeit der Kollegen für den meist erfolglosen gewerkschaftlichen Kampf ist geschwunden und schwindet weiter. Die Führungen der Gewerkschaften einschließlich der IG Medien reagieren auf diese Entwicklung mit Anpassung und weiterer Unterordnung unter die Interessen des Kapitals und der Regierung. Die bürokratische Methode, mit denen die IG Medien die Gründung von ver.di vorantreibt, beschleunigen diesen Prozeß, führen zur Lähmung des Apparates und zur weiteren Zersetzung des gewerkschaftlichen Lebens. Wenn selbsternannte Leitungsgremien ohne Information sogar der hauptamtlichen Funktionäre, Grundsatzbeschlüsse fällen, wenn sie diese Beschlüsse mit finanziellen Sachzwängen rechtfertigen, zu denen es keine Alternative gäbe (lt. Hensche entstünde unabsehbarer Schaden, wenn das Projekt ver.di scheitern würde) – dann wird jede kritische Diskussion und praktische Aktivität erstickt. Über die Zukunft der Gewerkschaften entscheiden aber weder bürokratische Lösungen, »betriebsbedingte« Gewerkschaftszusammenschlüsse oder Übernahmen noch die vielfältigen Dienstleistungen und Sonderangebote für die Mitglieder. Entscheidend ist die Kraft, mit der die Interessen der abhängig Beschäftigten unterstützt und vertreten werden können. In diesem Sinne haben die engagierten Kolleginnen und Kollegen in den drei Wochen des Streiks mehr geleistet als der gesamte Apparat der IG Medien. Noch entscheidender aber ist, dass der gewerkschaftliche Kampf Teil des breiten Stroms politischer Kritik am Verhalten der Regierung und Unternehmer wird und damit seine Isolierung überwindet. Diese Herausforderung haben die Streikenden in Dresden mit Bravour aufgenommen und damit ein Zeichen gesetzt.

Die SPD gerät unter Druck

Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag (7. und 8. Dezember) kam der SPD die Auseinandersetzung bei der Sächsischen Zeitung höchst ungelegen. Kanzler Schröder hatte gerade das angekratzte soziale Image der Partei ein wenig restauriert, als er im Streit der Banken um die Holzmänn-Pleite eingriff und die Insolvenz (vorläufig) verhin-

Konflikt mit der DDVG als Minderheitsstahlhaber der DD+V

Sehr geehrter Herr Köhler,

unabhängig davon, daß wir die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu den im Streit befindlichen Ausgründungen begrüßen, will ich den Betriebsrat und den zuständigen Gewerkschaften gegenüber unsere grundsätzliche Haltung zu den Folgerungen der Gesellschafts-Entscheidung mitteilen.

Wir wollen keinen tarifloser Zustand, auch übergangsweise nicht. Deshalb schlagen wir vor, den geltenden Haustarifvertrag von DD+V weiterzuführen.

Das gilt ebenso für die gesetzliche Betriebsvertretung. Wir erwarten auch hier, daß die Gesellschafter Regelungen zustimmen, die das Mandat des gewählten Betriebsrates weiterführen.

Auch bei grundlegend unterschiedlichen Auffassungen zwischen Geschäftsleitung und Arbeitnehmervertretung bei Strukturrentscheidungen im Unternehmensbereich muß die rechtzeitige und umfassende Konsultation des Betriebsrates sichergestellt sein. Nur dann ist die Arbeitnehmervertretung in der Lage, ihren Auftrag verantwortungsvoll wahrzunehmen.

Wir werden im Rahmen der Minderheitenbeteiligung die DDVG auffordern, alles zu tun, damit diese Informationsrechte sichergestellt werden. Wenn in der Vergangenheit Defizite beklagt werden müssen, bedauern wir das.

Mit freundlichen Grüßen


Franz Müntefering


Inge Wettig-Danielmeier

Wilhelmstraße 141
10643 Berlin
Personenbüro:
10611 Berlin

Telefon (0 30) 2 59 91 0
Telefon (0 30) 2 59 91 d 10
Telegraphen-Adresse:
Sopade Berlin

e-mail
pernemeier@spc.de
Internet:
<http://www.spc.de>

Sparkont
Berl. n.
BLZ 100 500 00
Konto des DDVG 5618

SpG Bank AG
Berlin
BLZ 100 101 11
Konto 1000 435 800



derte. Dieses Image sollte der Parteitag in der Öffentlichkeit festigen und die Vorwürfe sozialer Demontage vergessen machen. Nun also traf die Regierungspartei erneut der Vorwurf -diesmal auch aus den eigenen Reichen – die „soziale Gerechtigkeit« und die Rechte der Beschäftigten mit Füßen zu treten. Die Diskussion um die Ursachen der bitteren Wahl-niederlagen in Brandenburg, im Saarland und in NRW drohte wieder aufzubrechen. So schrieb Thomas Jurk, SPD-Fraktionsführer im Sächsischen Landtag, dem Bundesgeschäftsführer Müntefering u.a.: »Die SPD ist in einer Glaubwürdigkeitskrise, und du weißt, dass Glaubwürdigkeit in besonderer Weise in Ostdeutschland eine Rolle spielt.« Wenn die Sozialdemokraten aber als Anteilseigner der »Sächsischen Zeitung« eine Tarifflicht unterstützten, als Partei diese jedoch geißelten, »dann wird man uns zu Recht Doppeltzüngigkeit vorwerfen«. (FAZ 2.12.99)

Der Sozialpolitiker und AfA-Vorsitzende Rudolf Dreßler – ein ehemaliges Hautvorstandsmitglied der IG Medien – wurde von Schröder zum Vermittler ernannt. Er sollte für die SPD die Kuh vom Eis holen. Einen Tag vor Beginn des Parteitages erhielt der Betriebsratsvorsitzende der SZ noch Post von der Schatzmeisterin und dem Bundesgeschäftsführer (siehe Kasten). Doch der Versuch, sich mit unverbindlichen Absichtserklärungen aus der Affäre zu ziehen, misslang. Am 7. Dezember, anderthalb Stunden vor Beginn des Parteitages, hatten sich über 100 Streikende aus Dresden, unterstützt durch Kolleginnen und Kollegen aus Berlin, vor dem Hotel Estell versammelt. »Wir stellen uns auf die Treppe gegenüber dem Eingang, und los geht's. Trillerpfeifen, Rasseln, Tuten – und der Sprechchor »SPD – Tarif ade!«. Herrlich schallt es unterm Vordach. Manche Delegierte entschwinden angesichts des Pöbels schnell. Andere bleiben stehen, fragen, worum es geht. Kameraleute laufen hin und her. Sichtlich überrascht fährt Franz Müntefering vor, den der Parteitag zum Generalsekretär wählen will. Sein Statement vor laufenden Kameras versinkt in einem Sprechchor. ... 250 Flugblät-

ter fanden inzwischen den Weg in den Tagungssaal. Eines heißt »Appell aus Dresden« und fragt: Wird die SPD zur PD? Sachsens SPD steht zu uns – wann ihr alle?« (aus: Streikzeitung vom 8.12.99) In einem anderen Flugblatt werden die Delegierten gefragt: »Die SPD zerschlägt die Tarife in der Sächsischen Zeitung – mit Zustimmung des Parteitages? Tarifflicht, soziale Abgruppierung und Erpressung durch einen der reichsten Medienkonzerne – Arm in Arm mit der SPD – ist das die Neue Mitte der SPD?«

Um die Fronten zwischen Belegschaft und SPD nicht weiter zu verhärten und das Image des Parteitages nicht durch Bilder demonstrierender GewerkschafterInnen zu gefährden, wurden die Demonstranten in einen Nebensaal des Tagungsgebäudes gebeten und dort von Franz Müntefering, Rudolf Dreßler und Inge Daniel-Wettigmeier empfangen. Außer allgemeinen Erklärungen – wir haben Fehler gemacht, die SPD wird sich auch weiterhin einsetzen, dass ... – hatten die drei Mitglieder des Parteivorstandes nichts zu bieten. Massive Unmutsäußerungen, erregte Diskussionsbeiträge und bohrende Nachfragen verdeutlichen der Parteiprominenz die Kritik und Entschlossenheit der Streikenden und führten zu der Zusage, dass Detlef Hensche am 8. Dezember auf dem Parteitag deren Standpunkte darlegen könne.

»Als der IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche aufs Podium des SPD-Parteitages gebeten wurde, kam er nicht allein. Quasi als Überraschungscoup schritten 22 Streikende von der Gäste-Tribüne nach vorn. Mit ihren Streikwesten und dem Spruchband illustrieren sie die Worte des Gewerkschafters, der sein Rederecht ... ausschließlich dazu nutzte, den Kampf der Streikenden ... zu erläutern. ... Wohlwollender Beifall der Delegierten zur Aktion der Streikenden und des Gewerkschafters auf der einen, irritierte Gesichter der Parteiprominenz auf der anderen Seite. Gerhard von hinten und seine Doris von vorne zogen während der zehnmütigen Aktion bemüht gleichgültige Gesichter. Die SZ-Delegation hatte zuvor schon die Saalordner überrumpelt, die eine solche Aktion im Herzen des Parteitages offensichtlich nicht erwartet hatten. Vor allem Kameraleute und Fotografen freuen sich über den unerwarteten Motivwechsel und richteten ihr Objektiv auf die Streikenden.« (aus: Streikzeitung vom 9.12.99)

Die Einigung

Die Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen und ihre Aktionen, vor allem auf dem SPD-Parteitag, hatten den Konflikt einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht – weit über 100 Solidaritätserklärungen aus dem gesamten Bundesgebiet hatten sie inzwischen erhalten. Im Hamburger Verlagshaus von G+J hatte eine Betriebsversammlung stattgefunden. Dort konnten 20 Kollegen aus Dresden die 300 versammelten Kolleginnen und Kollegen über den Streik informieren. Am 10. Dezember besuchte Bundestagsvizepräsident Thierse das Streiklokal. Noch einmal versuchte die SPD ihr ramponiertes Ansehen aufzupolieren – mit wenig Erfolg. Thierse wurde ausgebuht, nachdem er, trotz Aufforderung, die hinreichend bekannten Floskeln wiederholte ohne konkret Stellung zu beziehen.

Unterdessen hatten längst Sondierungen und Verhandlungen begonnen. »Alles unterhalb der Ausgliederung sei möglich«, damit hatte die Geschäftsleitung Streikende und Gewerkschaften an den Verhandlungstisch gelockt. Die

Eckpunkte der Einigung bei DD+V

- ◆ Bei DD+V gilt der Haustarifvertrag vom 7.5.92/4.12.98 in unveränderter Form weiter, Arbeitszeit (Angestellte und Redakteure) und Urlaubsregelung für Redakteure werden bis zum 30.6.2002 fortgeschrieben.
- ◆ Für alle Beschäftigten, die in ausgegliederten Regionalgesellschaften übergehen, gilt ebenfalls (unbefristet) dieser Haustarifvertrag, damit nehmen sie auch an allen tariflichen Änderungen des Angestelltentarifvertrages und des Redakteurstarifvertrages teil, insbesondere auch an Gehaltssteigerungen. Beschäftigungszeiten bei DD+V werden bei den Regionalgesellschaften anerkannt.
- ◆ Für die in Regionalgesellschaften übergehenden Beschäftigten sind dauerhaft Änderungskündigungen mit dem Ziel, tarifliche Rechte zu unterlaufen, ausgeschlossen. Darüber hinaus wird eine paritätisch besetzte Strukturkommission zur Zukunftssicherung der DD+V gebildet.
- ◆ Für den Fall, dass das »Experiment« Regionalisierung der DD+V scheitern sollte, besteht ein Rückkehrrecht zu DD+V mit Anspruch auf vergleichbare Beschäftigung bis zum 31.12.2001.
- ◆ Weitere Ausgliederungen von Regionalverlagen finden bis zum 31.1.2001 (Ende der Testphase) nicht statt.
- ◆ Die Geschäftsleitung sichert zu, dass durch die Erstellung der Lokalteile in den Regionalgesellschaften keine Arbeiten der zentralen DD+V-Abteilungen verlagert werden.
- ◆ DD+V kann die Regionalverlage oder Teile von diesen sowie den Treffpunkt Dresden weder in die Saxo' Phon

GmbH noch in sonstige nicht tarifgebundene Unternehmen ausgliedern.

- ◆ Die Regionalgesellschaften haben sich verpflichtet, spätestens im Januar 2001 mit den Gewerkschaften Verhandlungen mit dem Ziel des Abschlusses von Tarifverträgen für neu hinzukommende Beschäftigte aufzunehmen. Gleichzeitig haben sich die Regionalgesellschaften verpflichtet, bis zum 30.6.2001 das bestehende Tarifgefüge nicht zu Ungunsten der von DD+V übernommenen Mitarbeiter zu unterlaufen.
- ◆ Alle für die drei Regionalgesellschaften getroffenen Regelungen werden auch auf weitere denkbare regionale Ausgliederungen erstreckt.
- ◆ In den Tarifvertrag sind umfangreiche Regelungen zur Sicherung der journalistischen Unabhängigkeit aufgenommen worden.
- ◆ Der Betriebsrat DD+V hat ein Übergangsmandat für die Regionalverlage bis zum 31.12.2000. Deshalb gelten für die Beschäftigten in den Regionalgesellschaften alle Betriebsvereinbarungen der DD+V weiter. Da Gewerkschaften und Betriebsrat davon ausgehen, dass es sich bei DD+V und den Regionalgesellschaften weiterhin um einen einheitlichen Betrieb handelt, wird die über den 31.12.2000 hinausgehende Zuständigkeit des DD+V Betriebsrates in einem Gerichtsverfahren geklärt.
- ◆ Ein umfassende Maßregelungsverbot ist mit DD+V und den Regionalgesellschaften vereinbart, personelle Einzelmaßnahmen entfallen bzw. werden rückgängig gemacht. Schadensersatzansprüche werden seitens der Unternehmen nicht geltend gemacht. Rechtsstreitigkeiten werden beendet.

Dresden, 19.12.1999 ■

Abmahnungen und Kündigungsdrohungen wurden zunächst für eine Woche ausgesetzt, auch in anderen Betrieben des Konzerns unterblieben die bisher üblichen Drohungen. Der Vorstandsvorsitzende von G+J schaltete sich persönlich in den Konflikt ein und fuhr nach Dresden. Nach interner kontroverser Diskussion hatte die Verhandlungsdelegation das Gesprächsangebot angenommen. Jedes Verhandlungsergebnis bedeute nur »Flickerei am Weg der Ausgliederung«, schrieb die Streikzeitung prophetisch.

Am 20. Dezember wurde der Ausstand mit überwältigender Zustimmung der Streikenden beendet. Die bittere Tatsache der Ausgliederung musste die Belegschaft schlucken. Es ist ihr allerdings gelungen, zumindest für einen begrenzten Zeitraum, die mit der Ausgliederung verbundenen Pläne von G+J zu durchkreuzen (siehe auch Kasten: Eckpunkte der Einigung bei DD+V). Angesichts des Kräfteverhältnisses sicher ein Erfolg. »Stellt Euch vor, es wären 500 gewesen«, so beschreibt die Streikzeitung den Schwachpunkt des Arbeitskampfes. Zwar hatte die Zahl von Solidaritätserklärungen und -adressen beständig zugenommen – es war den Streikenden nicht gelungen weitere KollegInnen im eigenen Betrieb und im Konzern in den Arbeitskampf einzubeziehen.

Dennoch: Dieser Konflikt unterschied sich von den beinahe alltäglichen und meistens erfolglosen Auseinandersetzungen um Ausgliederung von Betriebsteilen dadurch, dass er auch die SPD als Regierungs- und Kanzlerpartei einbezog.

Wären die Streikenden tatkräftiger im eigenen Betrieb und im Konzern unterstützt worden, dann hätten sie einen längeren Atem entwickeln können. Die SPD wäre vermutlich nur mit einem »Machtwort« des Kanzlers (für oder gegen die Streikenden) aus dem Konflikt herausgekommen – mit entsprechender politischer Wirkung in die Gesellschaft hinein. Die SPD-Führung konnte nicht unbegrenzte Zeit zusehen, wie immer mehr Belegschaften sowie Partei- und Gewerkschaftsgliederungen ihr Verhalten kritisieren und auf eine Änderung drängen. Der Schaden, den die Regierungspartei und letztendlich die Regierung in einer solch zweitrangigen Frage genommen hätte, wäre unverhältnismäßig geworden. Auch das Unternehmerlager hätte einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen können. Es hat kein Interesse daran, dass sich die Regierung in Auseinandersetzungen von untergeordneter Bedeutung verschleißt. Sie soll die von ihnen geforderten Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen politisch gesetzgeberisch durchsetzen.

Schon auf der Ebene des Konzerns G+J im Verbund mit Bertelsmann hat sich diese Interessenlage angedeutet. Wer glaubt im Ernst, G+J und Bertelsmann als »Global player« würden ihre guten Kontakte in die SPD-Regierung gefährden, um in Dresden vier Mio. Mark Lohnkosten jährlich einzusparen. G+J sah sich gezwungen, der Belegschaft der SZ ein Angebot vorzulegen, mit dem sich der Streik beilegen ließ und das Ansehen der SPD bei ihren Wählern und Anhängern nicht weiter beschädigt wird.

8. 2. 1999 ■

Zeitungsfoto:
Demonstranten und Polizei in Atlanta

180 mm x 93 mm

■ DIE PROTESTE GEGEN DEN WELTHANDELSGIPFEL IN SEATTLE, USA

Eine neue Etappe im Kampf gegen das multinationale Kapital?

Die Demonstrationen gegen den Welthandelsgipfel vom 30. November bis 4. Dezember 1999 in Seattle waren die bedeutendste Massenprotestbewegung in den USA seit den Kundgebungen gegen den Golfkrieg zu Anfang der neunziger Jahre. Viele Kommentare schrieben den Ereignissen in der Stadt am Pazifik historischen Rang zu – zumal die Konferenz selbst mit einem Fehlschlag in zentralen Punkten endete.

»Diejenigen, die in den Straßen von Seattle marschierten, standen oder sitzenblieben, machten Geschichte – und sie wussten es«, heißt es zum Beispiel in der linken US-Gewerkschafterzeitung »Labor Notes«. Der Chefredakteur der angesehenen französischen Monatszeitschrift »Le Monde Diplomatique« sieht zum Ende des 20. Jahrhunderts die erste wirklich internationale Protestbewegung, die den Folgen der ungehemmten Globalisierung ein kollektives »Es reicht!« entgegenstellt. Die unternehmernahe Presse verzeichnet mit Besorgnis die »Geburtsstunde einer neuen Protestkultur«. Mangels erkennbarer sozialistischer oder kommunistischer Drahtzieher sucht man die Urheber der Bewegung heute auf den Internet-Seiten einiger linker Informationskanäle in den USA (so die FAZ vom 4.12.1999).

Worum ging es?

Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO), zu deren zweiter Gipfelkonferenz sich die Wirtschafts- und Handelsminister der Mitgliedsländer in Seattle trafen, gehört zu jenen zwischenstaatlichen Organisationen, die sich seit dem Ende der Nachkriegskonjunktur in den siebziger Jahren zu zentralen Agenturen zur Vermittlung des globalen Verkehrs von Geld-, Waren- und Industriekapital

entwickelt haben. Institutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF), die Weltbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder auch die WTO erscheinen heute als eine Art globale »Nebenregierung« zur Durchsetzung multinationaler Kapital-Interessen. Ihre Befugnisse sind kaum durch irgendwelche nationalen oder internationalen Formen des Parlamentarismus beschränkt, umso direkter ist der Zugang für die Lobbyisten der multinationalen Konzerne¹⁾. In Seattle wurde dies für jeden dadurch sichtbar, dass die Vorstandsvorsitzenden der beiden führenden Multis am Ort, Phil Condit von Boeing und Bill Gates von Microsoft, als »Ehrenpräsidenten« der Konferenz auftraten.

Die besondere Rolle der WTO in diesem Geflecht besteht in der Koordinierung des internationalen Warenhandels. Als Nachfolgerin des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT verwaltet und überwacht die WTO seit ihrer Gründung im Jahre 1995 die wichtigsten Regeln und Vereinbarungen auf diesem Gebiet – also vor allem Zolltarife und handelsrelevante Steuern, Abgaben und Subventionen, sowie darüber hinaus die sogenannten »nicht-tarifären« Handelsbeschränkungen, wie zum Beispiel Lizenz- und Urheberrechte oder Aus- und Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Waren zum Beispiel aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes oder des Schutzes nationaler Industrien oder Berufsgruppen (nicht zuletzt auch in der Landwirtschaft).

Die Politik der WTO folgt den bekannten ideologischen Leitsätzen des Neoliberalismus, wonach eine möglichst rückhaltlose Öffnung nationaler Märkte bzw. von Handelsblöcken wie EU, NAFTA oder ASEAN der beste Garant für internationales Wachstum und Wohlstand sei. Anders als bei ihrer Vorläuferorganisation steht nicht mehr das Ziel einer

1) Vgl. dazu unsere früheren Artikel zur US-Innenpolitik, zuletzt in Arbeiterpolitik 1/1997

ausgeglichene internationale Entwicklung zwischen den beteiligten Nationen im Mittelpunkt der Aufgabenbestimmung. Das Ziel der Handelsliberalisierung wird vielmehr als oberstes Grundprinzip festgeschrieben, auf das alle Mitgliedsländer verpflichtet sind bzw. sich im Streitfall berufen können.

Auch wenn sich die Internationalisierung des Kapitals trotz und über bestehende Handelsschranken hinweg entwickelt, so beeinflusst die WTO die politischen, rechtlichen und ideologischen Rahmenbedingungen dieses Prozesses. Über die WTO wurde zum Beispiel dafür gesorgt, dass wachsende Bereiche staatlicher oder öffentlicher Infrastrukturen und des Kulturlebens den Maßstäben des »freien« Warentausches unterworfen werden. Der strategisch bedeutendste Schritt in dieser Hinsicht war die mit der Gründung der WTO erfolgte Aufnahme des Dienstleistungshandels in den Aufgabenbereich der Organisation. Dies trug dazu bei, besonders die für die globalen Wirtschaftsbeziehungen entscheidenden Informations- und Telekommunikationsdienste den bislang überwiegend in diesem Sektor geltenden staatlichen Monopolvorschriften zu entziehen.

In Seattle sollten nun eine Reihe von Vereinbarungen beschlossen werden, die den Handlungsrahmen der WTO abermals ausweiteten. Dies betraf insbesondere die Film- und Fernsehindustrie, die in vielen Ländern immer noch als Teil und Einflussbereich der nationalen Kulturpolitik angesehen wird. Als politisch vielleicht wichtigster Teil der Verhandlungen sollte indes die Aufnahme der Volksrepublik China in die Organisation vorbereitet werden. Für viele führende Konzerne der USA ist dies eine Angelegenheit von besonderem Interesse. Die WTO-Mitgliedschaft Chinas und ein damit verbundener zukünftiger Handelspakt zwischen den USA und China sollen nicht nur die Rechtssicherheit für die ausländischen Investoren im Land verbessern. Mit ihr soll zugleich die Anerkennung der Prinzipien des freien Warenhandels durch die letzte verbliebene Großmacht des sozialistischen Staatenlagers besiegelt werden.

Gerade der letztere Aspekt sorgte allerdings für politischen Zündstoff. Der international wenig umstrittene Beitritt Chinas zur WTO mobilisierte einerseits die vor allem in den Reihen der US-Republikaner zu findenden innenpolitischen Gegner der Chinapolitik des Präsidenten Clinton. Diese hatten gerade wieder die angebliche Spionagetätigkeit eines chinesisch-stämmigen Atomphysikers im US-Forschungszentrum Los Alamos zur massiven Mobilisierung anti-chinesischer Einstellungen in der US-Bevölkerung genutzt. Zugleich ist China mit den bekanntermaßen brutalen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in seinen für internationales Kapital arbeitenden Exportzonen die Zielscheibe der Kritik vieler progressiv eingestellter Aktiver aus den Reihen von Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen und Demokratischer Partei. Die Angst vor der Bedrohung »amerikanischer« Arbeitsplätze durch Billigimporte aus der VR China hat heute in den USA die ideologische Rolle der »japanischen Herausforderungen« aus den achtziger Jahren übernommen.

Von NAFTA zur WTO

Die Proteste in Seattle entstanden keineswegs aus dem Nichts. Sie waren Ergebnis einer langfristigen Mobilisierungsarbeit, mit der die beteiligten Gruppen schon vor etwa einem Jahr begonnen hatten. Eine zentrale Rolle spielten die Zusammenhänge von Umweltschutz- und Dritte-Welt-Grup-

pen, deren Aktivitäten durch das sogenannte »Direct Action Network« (DAN) koordiniert wurden. Beteiligt waren aber auch eine nicht unerhebliche Zahl von lokalen und nationalen Gewerkschaften, schließlich sogar die Führung des nationalen Dachverbandes AFL-CIO sowie der größten Einzelgewerkschaft der USA, der International Brotherhood of Teamsters (IBT).

Diese Bewegung, die sich in ihrem Zuschnitt in mancher Hinsicht mit den europäischen Protestbündnissen gegen die EU-Gipfel der letzten Jahre vergleichen lässt, knüpfte an die Bewegungen gegen das zwischen den USA, Kanada und Mexiko geschlossene Freihandelsabkommen NAFTA zu Anfang und Mitte der neunziger Jahre an. Hier hatte sich der Protest linker Basisbewegungen und vom Arbeitsplatzabbau bedrohter Gruppen der Lohnabhängigen erstmals in einer gemeinsamen Richtung entwickeln können. Die Gewerkschaftsspitzen beschränkten sich allerdings darauf, die von der Regierung geforderten beschleunigten parlamentarischen Genehmigungsverfahren (»fast track«) zu verhindern.

Mit dieser Politik des »kleineren Übels«, die auch die damals noch recht neue Regierung Clinton schonen sollte, erlitten die Gewerkschaften allerdings eine herbe Niederlage. Der Präsident war zu keinem Zeitpunkt bereit, von einer vollständigen und schnellen Durchsetzung des NAFTA-Programms abzugehen. Zur Befriedung der Gewerkschaften und anderer Kritiker wurden nur eine Reihe von kosmetischen Mechanismen zur Überwachung von Arbeits- und Umweltschutzstandards in Mexiko in die NAFTA-Vereinbarungen einbezogen.

Diese Gegensätze wiederholten sich in einer gewissen Weise in den Vorbereitungen zu Seattle. Die Umweltgruppen operierten unter dem Motto »*shut down the WTO*«. Sie orientierten also auf ein Lahmlegen des Gipfels, womit symbolisch zugleich die WTO als Organisation und der »freie« kapitalistische Welthandel als System angegriffen werden sollten. Darüber wurde nicht nur geredet, vielmehr gab es eine ausgedehnte, mit enormem Einsatz und planmäßig betriebene Vorbereitungsarbeit. Die geschickte und professionell anmutende Nutzung elektronischer Informationsmedien zählten hierzu ebenso, wie eine Vielzahl vorbereitender Aktionen, in denen die Widerstandstaktiken »vor Ort« erprobt wurden.

Die Gewerkschaften und die etablierteren Umweltschutz- und Verbraucherorganisationen wollten nicht gegen den Mechanismus der WTO und des kapitalistischen Welthandels als solchem protestieren. Sie konzentrierten sich auf die Kritik an den Zuständen in den Niedriglohnfabriken der Dritten Welt, die seit einigen Jahren auch in der US-Öffentlichkeit wachsenden Raum gefunden hat. Ihnen ging es vor allem um die Verpflichtung der WTO-Länder auf grundlegende Standards bei Löhnen und Beschäftigungsbedingungen.

Für solche »Sozialklauseln« hat sich in den letzten Jahren der Vorstand des AFL-CIO stark gemacht – vor allem mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen über das Handelsabkommen mit China. Die aktuellen Erfahrungen mit dem NAFTA-Handel mit Mexiko wie auch viele andere Fälle haben zwar die geringe Wirksamkeit solcher Verhaltensregeln für die Multis gezeigt; das Eintreten der Gewerkschaftsspitze für eine soziale Gestaltung des Welthandels ist aber ein nicht unwichtiger Fortschritt gegenüber der offenen Unterstützung von diktatorischen und rassistischen Regi-

mes, die noch bis vor wenigen Jahren die Außenpolitik der US-Gewerkschaften beherrschte.

Die Protestbewegung und der »neue AFL-CIO«

In der öffentlichen Wahrnehmung der Ereignisse in Seattle schienen diese Differenzen zunächst in den Hintergrund zu treten. Die schätzungsweise 50.000 Demonstranten an den verschiedenen Tagen der Aktionen erzeugten eine beeindruckende Kulisse, die für die USA umso bemerkenswerter erschien, als Demonstrationen solcher Größenordnung im Vergleich zu Europa Seltenheitswert haben.

Die Basisgruppen orientierten auf die Blockade des Konferenzortes, um den Zugang der Delegierten zu verhindern. Sie waren damit am ersten Tag der Aktionen, dem 30.11., so erfolgreich, dass die Konferenz weitgehend lahmgelegt war. Dies hatte allerdings zur Folge, dass der überraschte Bürgermeister Seattles die Nationalgarde herbei rief, die in den folgenden Tagen mit Tränengas, Knüppeln und gepanzerten Fahrzeugen massiv vorging und etwa 600 Demonstranten vorläufig festnahm. Die Beteiligten an diesen Aktionen trugen nicht nur die Hauptlast der Konfrontation mit dem Staatsapparat, ihnen kam auch das Verdienst zu, dass der Gipfel in seinem Ablauf phasenweise tatsächlich bedroht schien.

Die zahlenmäßige größte Gruppe der Demonstranten wurde aber dieses Mal von den Gewerkschaften gestellt. Etwa 30.000 nahmen an einer Großkundgebung im Football-Stadion von Seattle und an einem anschließenden Protestzug zum Konferenzort teil. In den Medien und auch in der linken Öffentlichkeit wurde dies vielfach als eine Art »Wiederauferstehung« der vergessenen geglaubten Gewerkschaftsbewegung gewertet. Das einträchtige Erscheinen von Umweltschützern und Gewerkschaftern in den Straßen Seattles – in der Presse auch als Bündnis von »Turtles (Schildkröten bzw. ihren Schützern) und Teamsters« bezeichnet – war in der Tat eine Besonderheit. Das oftmals massive Auftreten von Gewerkschaften gegen Umweltschutzgruppen aller Art gehört eher zum Alltagsbild der Sozialpartnerschaft US-amerikanischer Mächte.

Die Beteiligung aus dem Gewerkschaftslager war aber keineswegs homogen. Die politische Führungsrolle kam jener Minderheit lokaler und betrieblicher Gewerkschaftsverbände und einiger Einzelgewerkschaften zu, die schon seit Jahren für einen aktiven Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Produktionsverlagerungen auf der Grundlage internationaler Klassensolidarität eintreten. Neben den zahlreichen Betriebsgruppen, die ihre Mitglieder auf eigene Kosten nach Seattle schickten und sich dort an die Seite der aktivsten Elemente des Protestes stellten, stand hierfür vor allem die Hafnarbeitergewerkschaft der Westküste, ILWU. Ihre Mitglieder schlossen während der WTO-Tagung mit einem eintägigen Proteststreik sämtliche US-Pazifikhäfen und lieferten damit den beeindruckendsten Beitrag gewerkschaftlichen Protestes gegen den Gipfel.

Die meisten gewerkschaftlichen Demonstranten gelangten allerdings über die Mobilisierung des Apparats nach Seattle. Gefolgt von einigen größeren Einzelgewerkschaften wie Automobilarbeiter (UAW), Staats- und Gemeindeangestellte (AFSCME) oder Maschinisten (IAM) hatte sich die

Führung des AFL-CIO einige Wochen vor dem Gipfel mit auf den Zug der Demo-Vorbereitungen gesetzt. AFL-CIO-Präsident Sweeney sah Seattle als eine gute Gelegenheit, dem US-Präsidenten und seinem wahrscheinlichen Nachfolgekandidaten, Al Gore, die Bedenken der Gewerkschaften gegen eine ungehemmte Handelsliberalisierung deutlich zu machen. Zugleich sollte damit das progressive Image der AFL-CIO-Führung wieder aufgepoliert werden. Dieses hatte in letzter Zeit Schaden genommen, weil der Gewerkschaftsbund der Präsidentschaftskandidatur Gore's bereits vor Beginn des Vorwahlkampfes seine volle Unterstützung zugesagt hatte – ein Zeitpunkt, der von vielen Aktiven und Funktionären als unnötig früh kritisiert worden war.

Eine besondere Rolle spielte schließlich die größte Einzelgewerkschaft des AFL-CIO, die International Brotherhood of Teamsters (IBT). Diese Gewerkschaft, die überwiegend Transport- und Lagerarbeiter organisiert, hatte sich rhetorisch am stärksten gegen die WTO ins Zeug gelegt – allerdings mit deutlich rechten Untertönen. Die in der IBT über Jahrzehnte herrschende »alte Garde« konservativer und teilweise mafióser Bürokraten hatte im vergangenen Jahr wieder die Führung an sich reißen können, nachdem eine von klassenbewussten Reformkräften getragene Führung, die auch den aufsehenerregenden Arbeitskampf der Teamsters gegen den Paketdienst UPS im Sommer 1997 organisiert hatte, wegen dubioser Wahlkampfspenden an die Demokratische Partei gestürzt worden war.²⁾

Der jetzige Präsident der Teamsters, Jimmy Hoffa Junior., steht auf den Positionen der ultra-nationalistischen US-Rechten um den Journalisten Pat Buchanan. Aus dieser Ecke wird die WTO als ein Konspirationszentrum multinationaler Kapitalistenkreise attackiert, in dem die Vernichtung amerikanischer Arbeitsplätze organisiert und die Souveränität der USA untergraben werde. Vergleichbar etwa mit den »Anti-Euro«-Positionen rechter Gruppierungen in Europa sprechen solche Ideologien auch viele Arbeiter an, die sich vom Arbeitsplatzverlust bedroht sehen. Die Teamsters haben sich im Gegensatz zur AFL-CIO-Spitze noch nicht auf die Unterstützung eines Präsidentschaftskandidaten festgelegt. Dass sowohl Clinton (für die Senatskandidatur seiner Frau Hillary) als auch Gore (für seine eigene Präsidentschaftskandidatur) nach wie vor auf die organisatorische und finanzielle Unterstützung der Teamsters hoffen, erklärt u.a., warum der Präsident mit seinem Auftritt in Seattle den Gegnern der WTO rhetorisch so weit entgegenkam.

Das Scheitern der Verhandlungen

Die Frage der Sozialklauseln war es anscheinend, an der die Verhandlungen des Gipfels scheiterten. Wie von den Medien vielfältig berichtet, beharrte die Delegation der USA bis zuletzt auf die Aufnahme solcher Bestimmungen in die Verträge der WTO, auch wenn es zuletzt nur noch um die Einsetzung einer Studienkommission zu diesem Thema gehen sollte. Clinton persönlich hatte aber die Fronten in entscheidender Weise verschärft, als er während der Verhandlungen gegenüber der Lokalzeitung »Seattle Post-Intelligencer« sagte, die Nicht-Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards sollte aus seiner Sicht sogar Handelssanktionen gegen das betreffende Land zur Folge haben.

Der Umstand, dass sich gerade einige Dritte-Welt-Länder, namentlich Indien, Pakistan und Ägypten, nicht ohne weiteres auf solche Sozialklauseln festlegen lassen wollten, war

2) Zum UPS-Streik und der Entwicklung in der Teamster-Gewerkschaft vgl. Arpo 4/1997.

aber nur ein Grund des Scheiterns der Verhandlungen. Der eigentliche Hintergrund war, dass es bereits im Vorfeld und während des Gipfels zunehmende Kritik von Seiten der Länder des Südens gegen ihre mangelnde Berücksichtigung in fast allen wichtigen Gremien der WTO und an dem selbstherrlichen Auftreten der USA gegeben hatte. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Demonstrationen und der offensichtlichen Unfähigkeit der gastgebenden US-Regierung, die politischen Widersprüche im Konferenzgeschehen auf angemessene Weise zu »managen«, verdichtete sich diese Kritik bis zu einem Punkt, an dem die Länder des Südens sich geschlossen weigerten, noch an irgendwelchen Verhandlungen teilzunehmen (vgl. die ausführliche Analyse dieser Ereignisse in »Le Monde Diplomatique«, Januar 2000).

Die anschließenden Kommentare suggerierten fast verkehrte Welten. Die Presse zitierte zahlreiche Vertreter von Dritte-Welt-Ländern, die die USA einer Art neuen »Sozialimperialismus« bezichtigten. Kaum ein Dritte-Welt-Land, so der Tenor dieser Stimmen, könne die vom US-Präsidenten propagierten Sozialstandards einhalten, ohne seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in Frage zu stellen. Zum »Bündnispartner« der Dritten Welt erklärten sich viele Vertreter von Regierungen und Unternehmerverbänden aus nicht-amerikanischen Industrieländern. Der Hauptgeschäftsführer des Bundes der Deutschen Industrie, der die USA gern und häufig als Modell für die Arbeits- und Tarifbeziehungen in Deutschland propagiert, warf der US-Regierung im Rundfunk nicht nur die Abkehr vom freien Welthandel vor, sondern auch gewerkschaftsfreundliche »Sozialstaatsduselei«.

Bei etwas nüchterner Betrachtung lässt sich wohl in der Tat feststellen, dass in Seattle die innenpolitischen Frontstellungen in den USA einmal wieder unvermittelt auf die Außenpolitik der Regierung durchgeschlagen sind. Dieses Mal allerdings äußerte sich dies nicht in säbelrasselndem Großmachtgehabe gegenüber »Schurkenstaaten« oder auch wehrunwilligen Verbündeten, sondern in dem Versuch Clintons, seine in den USA wohlbekannte Sozialdemagogie auf internationalem Parkett aufzuführen. Die Vertreter der US-Regierung wurden dabei aber plötzlich zum Gefangenen der innenpolitischen Stimmungslage, die mehr als gemeinhin wahrgenommen von den Ängsten breiter Schichten vor einem weiteren sozialen Abstieg und neuen wirtschaftlichen und finanziellen Opfern unter dem Druck der andauernden kapitalistischen Restrukturierung bestimmt ist.

Was folgt?

Angesichts der nicht ganz unkomplizierten politischen Koalitionen, die die Auseinandersetzungen in Seattle bestimmten, mag der Erfolg der Protestbewegung und das Scheitern des Gipfels in einem weniger glänzenden Licht erscheinen, als es die vielen euphorischen Kommentare ausdrücken. Das Etikett »historisch« ist dennoch gerechtfertigt, wenn man in Betracht zieht, dass sich die in den USA schon seit längerem existierenden Protestbewegungen gegen die auch unter dem nunmehr fast neunjährigen Wirtschaftsboom ungebrochene relative und absolute Verarmung breiter Bevölkerungskreise erstmals auf einem solchen Niveau gemeinsam ausgedrückt haben.

Die Verbindungen von solchen Bewegungen mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen wie dem Streik der Teamsters gegen United Parcel Service vor gut zwei Jahren sind heute in Bevölkerung, Öffentlichkeit und

Aktivenkreisen deutlicher denn je. Nicht umsonst muss das Wirtschaftsmagazin »Business Week« zum Jahreswechsel das Ergebnis einer Meinungsumfrage bekanntgegeben, in der 52 Prozent der Befragten ihre Sympathie mit den Demonstranten von Seattle zum Ausdruck bringen. Dies belegt nicht nur die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit der sogenannten »neuen Ökonomie« der USA. Es lässt sich wohl auch feststellen, dass das unter diesen Vorzeichen entstandene Spektrum sozialer Protestbewegungen heute stärker und mit Sicherheit besser verankert ist als die sozialen Oppositionskräfte der 80er Jahre, für die die einstige »Regenbogenkoalition« der Präsidentschaftskampagnen des Reverend Jesse Jackson steht.

Hinter der Formel »Turtles und Teamsters« steht allerdings auch manche Illusion. Mit Seattle ist gewiss nicht die von linksreformistischen Vordenkern in den USA erträumte neue gesellschaftliche Reformkoalition von Gewerkschaften, Umweltschutz- und anderen Basisbewegungen erstanden, mit der nun endlich auch die Chancen sozialistischer oder sozialdemokratischer Wahlprojekte nach europäischen Vorbildern steigen könnten. Wirkliche Bewegungen für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse können – wie der Kolumnist Alexander Cockburn in der linken Wochenzeitung »The Nation« treffend schreibt – nicht auf solchen Selbsttäuschungen aufgebaut werden. Wichtig bleibt vielmehr, dass die Protestbewegungen ihre Zusammenhänge weiterentwickeln und ihr politisches Mandat selbst wahrnehmen.

Dies gilt sowohl gegenüber den Annäherungsversuchen der Gewerkschaftsbürokratie als auch gegenüber jenen linken Lobbyisten und Organisationsmachern, die die sich entwickelnden sozialen Bewegungen für alle möglichen, zumeist kurzlebigen Partei- und Bündnisgründungsprojekte vereinnahmen wollen. Dies gilt vor allen Dingen aber auch an der Basis der gegen Arbeitsplatzexport, Niedriglohnkonkurrenz und Lohndumping geführten sozialen Auseinandersetzungen. Dass die Arbeiterbewegung sich gegen die von den Multis angeheizte Konkurrenz zwischen Belegschaften und Arbeiterklassen verschiedener Länder nicht durch eine Abschottung des Marktes oder durch Zölle auf sozial oder ökologisch »unverträglich« produzierte Waren schützen kann, ist eine unter klassenbewußten Kräften weitgehend bekannte Einsicht. Dies in praktischen Widerstand umzusetzen ist der schwierige Teil der Angelegenheit, zumal die von der politischen Rechten und Teilen der Gewerkschaftsbürokratie produzierten nationalistischen Denkmuster auch unter vielen Arbeitern Zustimmung finden.

Nicht nur in den USA bleibt die Herausbildung einer praktischen internationalistischen Politik und einer sie tragenden Strömung in der Arbeiterbewegung eine Kernaufgabe klassenbewußter Kräfte³⁾. Der Inhalt des Protestes »gegen die Globalisierung«, wie ihn die Bewegung von Seattle eindrucksvoll vorgeführt hat, ist dabei zumeist ebenso symbolisch, wie in Europa der Protest gegen die EU oder andere internationale Institutionen. Die reale Entwicklung des Kapitalismus im Zeitalter der »Globalisierung« schafft aber die Ansatzpunkte für internationale Zusammenhänge klassenbewußter Aktiver, eine wachsende praktische Rolle zu spielen.

20. 1. 2000 ■

3) Siehe dazu auch den hier folgenden Bericht zur Situation in den Südstaaten der USA.

»Organize the South!« – Zweite Internationale Konferenz der Black Workers for Justice in den USA

»Den Süden organisieren« – unter diesem Mottos stand die zweite International Workers School (Internationale Arbeiterschule) der Black Workers for Justice in Atlanta in den USA. Dieser »Zusammenschluss« schwarzer linker AktivistInnen in Betrieben und Gemeinden in den Südstaaten veranstaltete vom 7. bis 9. November zum zweiten Mal ein internationales Treffen, das KollegInnen aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Basisorganisationen aus verschiedenen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas und Europas zusammenführte. Das erste Treffen hatte an selbiger Stelle im letzten Jahr stattgefunden und war seinerzeit das erste und einzige seiner Art, das ein solches Spektrum in die Südstaaten der USA brachte.

Das Motto dieser Veranstaltungen hat durchaus eine doppelte Bedeutung.

Die politische und gewerkschaftliche Organisierung »des Südens« wird von den Veranstaltern einerseits als eine zentrale Aufgabe klassenbewusster Kräfte innerhalb der USA angesehen, die von den meisten US-Gewerkschaften historisch nie wahrgenommen oder sogar hintertrieben wurde. Die traditionell von Sklaverei, Rassismus und weißem Vorherrschaftsdenken geprägten »alten« Südstaaten der USA (zum Beispiel North und South Carolina, Georgia, Alabama oder Tennessee) sowie der ebenfalls von rassistischen Strukturen geprägte Südwesten der USA (Texas und die anderen Bundesstaaten entlang der Grenze zu Mexiko) – gehören heute zu den wichtigsten industriellen Wachstumsregionen der USA. »Süden« steht aber auch für den geographischen Raum südlich des Rio Grande, der mit dem Freihandelsabkommen NAFTA und der »neo-liberalen« Reformierung vieler Länder Lateinamerikas immer enger zur Produktionsbasis der US-Wirtschaft gehört.

Die Black Workers for Justice und andere aus der schwarzen radikalen Linken der siebziger Jahre hervorgegangene Gruppen haben den Süden der USA traditionell als eine »interne Kolonie« innerhalb der USA begriffen – eine Sichtweise, die auf die Standpunkte der KPUSA in den späten zwanziger Jahren zurückgeht. Heute scheint diese Theorie durch die enorme Ausdehnung industrieller Niedriglohnjobs in dieser Region auf unverhoffte Weise wieder aktuell geworden zu sein. Sie mag zugleich auf die Verbindung zwischen den Niedriglohnzonen innerhalb der kapitalistischen Industrienationen und den neuen Industrieregionen der »Dritten Welt« hinweisen.

Arbeiterbewegung und Bürgerrechtskämpfe

Die Konferenz hatte in vielerlei Hinsicht symbolische Bedeutung und war auch dementsprechend organisiert. Sie fand in einer rein schwarzen Hochschule statt – einer der ältesten der USA, die eine Vielzahl prominenter schwarzer Führungspersönlichkeiten zu ihren Absolventen zählt, unter ihnen Martin Luther King oder der Leichtathlet Carl Lewis. Das Morehouse-College, das nur männliche Studenten hat (für schwarze Frauen gibt es ein ähnliches College in der Nachbarschaft), repräsentiert das gesamte politische Spektrum der schwarzen community der USA und gewährt auch radikalen Gruppen wie den Black Workers for Justice Raum. Für die TeilnehmerInnen, insbesondere die aus Europa, war

dieser Rahmen eines der beeindruckendsten Erlebnisse der Veranstaltung.

An der Konferenz selbst, die mit Unterstützung der ursprünglich in den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland beheimateten Organisation Transnationals Information Exchange (TIE) organisiert worden war, nahmen ungefähr 120 Personen teil, von denen etwa die Hälfte internationale Gäste waren. Zu bedauern war die relativ geringe Anwesenheit von Aktiven aus der Region selbst. Dies war allerdings auch auf die Auswirkungen der jüngsten Hurrikan- und Flutkatastrophe in North Carolina zurückzuführen. Viele politisch und gewerkschaftlich Aktive in der Region waren nämlich an den Hilfs- und Aufräumarbeiten beteiligt – gerade in den ärmsten Regionen auch eine politische Aufgabe.

Nachdem die erste Konferenz im letzten Jahr sich vornehmlich mit Entwicklungen bei Staat und öffentlichen Unternehmen beschäftigt hatte, ging es dieses Mal um die Situation in privaten Unternehmen. Als Branche waren vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer angesprochen, daneben auch andere Bereiche der Metallindustrie sowie der Transportsektor. Das Programm umfasste auch viele übergreifende Vorträge und Diskussionen zu Themen wie »Globalisierung«, »Neoliberalismus«, oder neue Strategien der Arbeiterbewegung, die allerdings von vielen Teilnehmern oft als zu allgemein und langatmig empfunden wurden.

Ein wichtiger Programmpunkt war auch der Besuch des Civil Rights Institute, einer bedeutenden Gedenkstätte der schwarzen Bürgerrechtskämpfe der fünfziger und sechziger Jahre, im benachbarten Birmingham/Alabama. Bei diesem Anlass wurde ganz besonders deutlich, wie eng in Vergangenheit und Gegenwart die Organisierung der Arbeiterschaft in den Betrieben dieser Region mit den politischen Kämpfen gegen Rassendiskriminierung und weiße Vorherrschaft verbunden ist.

Daimler-Chrysler und die »neue Autoindustrie« in den Südstaaten

Beim Schwerpunktthema Automobilindustrie ging es vor allem um die in den letzten 10 bis 15 Jahren im US-Süden entstandenen Werke von Großkonzernen wie General Motors, Nissan, Toyota, Volvo, BMW oder Daimler-Chrysler. Diese gewerkschaftlich kaum organisierten Betriebe bilden heute den wichtigsten Wachstumspol der Automobilindustrie in den USA. Mit ihnen ist auch ein großer Zuliefersektor entstanden, der zusammen mit den »Maquiladora«-Betrieben im Norden Mexikos auch den größten Teil der Zulieferproduktion für die traditionellen Automobilstandorte im Mittleren Westen und Nordosten der USA übernimmt. Allein in den beiden Südstaaten Tennessee und North Carolina sind 725 Betriebe der Automobilteileherstellung ansässig. Wie in vielen Beiträgen dargestellt wurde, ist die Autoproduktion damit auch Vorreiter für zahlreiche andere Branchen, namentlich die Lebensmittel-, die Bekleidungs- und neuerdings die Elektronikindustrie.

Die Probleme der gewerkschaftlichen Organisierung wurden in einer Reihe von Berichten aus kleineren und mittleren

Metallbetrieben in der Region deutlich. In den wenigen Fällen, wo die Belegschaften einen Tarifvertrag und eine gewerkschaftliche Vertretung durchsetzen konnten, gelang dies immer nur gestützt auf breitere soziale Bewegungen und Bündnisse innerhalb einer Region oder Gemeinde. Der politische Druck auf den Unternehmer muss dabei helfen, die starken gesetzlichen Beschränkungen gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Südstaaten zu überwinden, die auf Grundlage des sogenannten Taft-Hartley-Gesetzes aus der Zeit des beginnenden Kalten Krieges geschaffen wurden.

Im Mittelpunkt der praktischen Diskussionen stand die Situation in den neuen Werken deutscher Automobilkonzerne, nämlich von Daimler-Chrysler in Tuscaloosa/Alabama und von BMW in Spartanburg/South Carolina. Aus Deutschland waren Kollegen aus verschiedenen Mercedes-Betrieben sowie von BMW angereist. Ihnen gelang es jeweils, auf »offiziellem« Wege die Betriebe zu besuchen und sich einen Eindruck von deren hochmodernen »Innenleben« zu verschaffen.

Als Teil der Konferenz gab es auch eine Diskussion mit zwei Kollegen und einer Organisatorin der Automobilarbeitergewerkschaft UAW bei Daimler-Chrysler. Seit dem Zusammenschluss von Daimler und Chrysler versucht die UAW in dem Werk in Alabama gewerkschaftliche Vertretungsrechte zu erlangen. Die Auseinandersetzung hat in den USA eine hohe symbolische Bedeutung erlangt, das Thema spielte auch eine Rolle in den nationalen Tarifverhandlungen zwischen der UAW und Daimler-Chrysler im August und September diesen Jahres.

In den Tarifverhandlungen wurden von seiten der Konzernleitung Zusagen bezüglich einer »neutralen Haltung« gegenüber den Aktivitäten der Gewerkschaft im Betrieb gemacht – eine Position, die nach Aussage der UAW-Organisatorin auch früher schon von Konzernchef Schrempp gegenüber UAW und IG Metall bezogen worden ist. »Neutralität« bedeutet in diesem Falle vor allem, dass die Unternehmensleitung nicht versucht, die in den USA gesetzlich vorgeschriebene Urabstimmung zu beeinflussen oder zu unterbinden, in der mindestens 50 Prozent der Beschäftigten für eine gewerkschaftliche Vertretung stimmen müssen.

Der sozialpartnerschaftliche Kurs auf der Konzernebene stellt sich vor Ort aber etwas anders dar. Wie die beiden Kollegen aus dem Betrieb berichteten, versuchen Management und Vorarbeiter in Tuscaloosa mit allen möglichen Propagandamitteln den Beschäftigten zu erklären, dass sie keine Gewerkschaft brauchen – zumal der Betrieb Löhne und Gehälter zahlt, die nicht allzu weit von den tarifvertraglichen Standards der UAW entfernt sind und damit weit über dem ansonsten in der Region üblichen Niveau liegen. Auch sind kleinere Diskriminierungen der als Gewerkschaftsaktivisten bekannten KollegInnen an der Tagesordnung.

In den Berichten und der anschließenden Diskussion wurden allerdings auch die Beschränkungen des Vorgehens der UAW deutlich, das in jeder Hinsicht sozialpartnerschaftlichen Traditionen (in den USA »business unionism« genannt) entspricht. Ausdruck dieser Haltung ist die freiwillige »Übererfüllung« der gesetzlichen Auflagen für eine gewerkschaftliche Organisation; die UAW will erst dann eine Anerkennungswahl einleiten, wenn sie hierfür die Unterschriften von mindestens 60 Prozent der Belegschaftsmitglieder erhalten hat (vorgeschrieben sind 50 Prozent). Nennenswerte Anstrengungen zum Aufbau politischer

Unterstützung für die Organisierungskampagne in der Region sind nicht zu erkennen. Dies fällt umso mehr ins Auge, als Daimler-Chrysler für die Ansiedlung des Betriebes saftige Subventionen und Steuergeschenke von Staatsregierung und Gemeinden kassierte – nach Angaben von Diskussionsteilnehmern etwa 200.000 US-\$ pro Arbeitsplatz.

Die UAW fällt damit nicht nur hinter die seit einigen Jahren von der erneuerten Führungsspitze des AFL-CIO und der sie tragenden Einzelgewerkschaften propagierten Organisationsstrategien zurück. Sie steht auch gegenüber der Gegenpropaganda der Unternehmenseite im Betrieb auf schwachem Posten. Auf die von US-Kollegen in der Diskussion gestellte Frage, wie die Gewerkschaft ihre Aktiven im Falle einer Entlassung schützen will, gibt es so keine Antwort.

Fragen und Perspektiven

Auch wenn hier nicht von einer sich entwickelnden Bewegung zu berichten war, so wurde gerade an dem Beispiel Daimler-Chrysler die Notwendigkeit internationaler Verbindungen unter politisch bewussten KollegInnen deutlich. Viele Beteiligte konnten hier die Bedingungen und die praktischen Probleme bei der heute wieder von den US-Gewerkschaften propagierten, aber niemals richtig angepackten Organisierung Betriebe des Südens verstehen. Die deutschen Daimler-Kollegen konnten ihrerseits den unter Gewerkschaftern und Linken in den USA nach wie vor verbreiteten Illusionen über die Stärke und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften in Deutschland, über die zu erwartende Unterstützung der IG Metall wie auch über die vermeintlichen Vorzüge des »Wohlfahrtskapitalismus« mitteleuropäischer Prägung im allgemeinen entgegenzutreten.

Die offene und nüchterne Diskussion über die unterschiedlichen politischen Entwicklungsbedingungen einer klassenbewussten Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern dürfte gerade unter den Vorzeichen der heute allgegenwärtigen, im globalen Rahmen organisierten »Standortkonkurrenz« das politisch wichtigste Element eines internationalen Erfahrungsaustauschs unter gewerkschaftlich und politisch aktiven KollegInnen sein. Schade war es in diesem Zusammenhang, dass der Fall Daimler-Chrysler das einzige praktische Beispiel blieb. Wünschenswert wäre es insbesondere gewesen, die Erfahrungen aus anderen größeren Arbeitskonflikten in der Region zu diskutieren – namentlich der inzwischen abgeschlossenen Auseinandersetzung beim deutschen Reifenhersteller Continental in Charlotte/North Carolina, dem jüngsten, als historisch angesehenen Erfolg der Textilgewerkschaft UNITE im mit 5000 Beschäftigten größten Bekleidungswerk der Region in Kannapolis (ebenfalls North Carolina) oder die den Süden betreffenden Aspekte des Streiks bei United Parcel Service im Jahre 1997.

Trotz dieser Einschränkungen war die Konferenz ein politisch wichtiger Schritt, um die Situation in den neuen und alten Niedriglohnzonen der entwickelten kapitalistischen Welt ins Bewusstsein zu heben und die aus der Schwäche der Gewerkschaften resultierenden Probleme auf internationaler Ebene zu diskutieren. Ein zu erwartendes Folgeprojekt wie auch die politische Arbeit der Black Workers for Justice insgesamt verdienen internationale Solidarität.

Ein englischsprachiger Text, der die diesbezügliche Analyse der Black Workers for Justice zusammenfaßt, kann über die Redaktion der Arbeiterpolitik angefordert werden.

28.1.2000 ■

Die folgenden drei Artikel befassen sich weitgehend mit demselben politischen Problem: Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Neofaschismus. Sie gehen aus von konkreten Vorgängen in der letzten Zeit, um erste Schlussfolgerungen

daraus zu ziehen. Die Debatte um die Frage, wie man dem Rechtsextremismus begegnet, hat in der »Arbeiterpolitik« damit erst begonnen¹⁾ – jeder Leser ist eingeladen, daran teilzunehmen. Die Red. ■

Gewerkschaften und Ausländerfeindlichkeit

Gewerkschaften fassen Beschlüsse gegen Ausländerfeindlichkeit und thematisieren das Problem auf Seminaren, die Gewerkschaftsjugend hat eine Kampagne gegen Rassismus durchgeführt: *Mach meinen Kumpel nicht an!* Doch viele Gewerkschaftskollegen waren bereit, die CDU-Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu unterstützen und nicht wenige Arbeiter, besonders junge Kollegen, sind bereit, rechtsradikal zu wählen. In den Gewerkschaftsführungen erklärt ein Teil der Funktionäre das Problem einfach als nicht existent, andere machen mangelhafte Bildungsarbeit dafür verantwortlich. Organisieren die Rechtsradikalen provokante Aufmärsche mit ausländerfeindlichen Parolen, so bleibt die Gegenwehr der Gewerkschaftsführungen nur auf dem Papier, dem Plakat, bzw. fernab vom Geschehen. Auch in der betrieblichen Arbeit zeigt sich der Riss zwischen den Nationalitäten.

Die Erfahrungen bei den Stahlwerken Bremen

sind ein Beispiel: Auf dem IGM-Jugendseminar im Frühjahr 1999 der Stahlwerke Bremen, an dem fast alle 60 Azubis des ersten Lehrjahres – also auch Türken und Russlanddeutsche – teilnahmen, feierten zwei Jugendliche auf ihrem Zimmer Hitlers Geburtstag. Da außerdem während des Seminars ausländerfeindliche Sprüche fielen, griffen die Teamer dieses Problem in allen drei Seminargruppen auf und arbeiteten an den nächsten drei Tagen am Thema Ausländerfeindlichkeit. Für sie war es ebenso ein Standardthema wie das der diskriminierenden Sprüche gegen Frauen: So gut wie jedes Jugendseminar (welcher Betrieb auch immer) macht es selber zur Thematik, weil das Problem da ist. Die Seminarleiter haben IGM-Schulungsmaterial zur Hand, in dem es um ökonomische Verunsicherung von Menschen, um Gewalt und Rassismus, ein multikulturelles Europa, um eine humane Asylpolitik geht. Mit Videofilmen wurde gezeigt, wie türkische Kollegen in ihren Dörfern vom Unternehmer wie auf dem Sklavenmarkt für die Hütte angeworben wurden.

Der Betriebsrat und die VKL erfuhren auf einer Sitzung der Vertrauenskörperleitung zum erstenmal von den Vorgängen auf dem Jugendseminar bei einem Rückblick auf die antifaschistischen Aktionen am 1. Mai; 4000 Menschen hatten gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch vor Daimler-Chrysler demonstriert. Auf dieser VKL-Sitzung im Juni sprach sich einer der jugendlichen Vertrauensleute dagegen aus, einfach zur Tagesordnung überzugehen, wenn jugendliche Kollegen Hitlers Geburtstag feierten. Er kündigte Aktionen der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) an. Die beiden am Seminar beteiligten Betriebsräte hatten darauf gedrängt, den Vorfall nicht weiterzutragen. Sonst – argumentierten sie – drohten Entlassungen. Da sollte etwas unter den Teppich

gekehrt werden; denn es kann doch nicht sein, was nicht sein darf: Bei uns kann doch so etwas nicht passieren.

Die IGM-Jugend beriet die weitere Vorgehensweise. Einer der jugendlichen Vertrauensleute nutzte dann die nächste Jugendversammlung, um mit den Jugendlichen zum Thema Rassismus praktisch zu arbeiten. Er ließ Karten ausfüllen, auf denen jeder Jugendliche die anderen beiden Volksgruppen (Deutsche – Türken – Russlanddeutsche) charakterisieren sollte. Diese »Sprüche« auf den Karten, wie zum Beispiel:

Russische Kollegen sind: *Heftig ... kriminell ... Schläger ... schweigsam ... fieser Blick ... stinken ... einfach Scheiße ...*

Türkische Kollegen sind: *Schnell aber falsch ... faul ... Machos ... hilfsbereit ... aggressiv ... große Schnauze ... cliquenbildend ... Deutschefrauenklauer ... Mercedes ...*

Deutsche Kollegen sind: *Arschkriecher ... Scheiße ... eitel ... unvertraulich ... unfreundlich... aber sonst o.k. ... Ausländerhasser ...*

hat er dann unter Gelächter der Jugendlichen vorgelesen. Sind diese Sprüche nicht rassistische Vorurteile und wollt ihr wirklich als Kollegen in den nächsten Jahren der Ausbildung so weiter zusammen arbeiten, fragte er sie. Als die Ausbildungsleitung die Namen der betroffenen Azubis wissen wollte, lehnte die JAV dieses Ansinnen ab.

Ein anwesendes Mitglied der VKL griff in die Diskussion ein: Wir haben gemeinsam – deutsche und ausländische Kollegen – die 35-Stunden-Woche und die Übernahme der Azubis für 12 Monate erkämpft. Und dabei waren türkische Kollegen immer in der ersten Reihe. Das war auch so beim Kampf um die Existenz der Hütte. Wir müssen das Gegeneinander der verschiedenen Nationalitäten unter Arbeitern überwinden: Nicht Arbeiter gegen Arbeiter; in gemeinsamen Streiks gegen die Unternehmer, wo es um gemeinsame Klasseninteressen geht, zeigen wir Solidarität. Das allein ist unsere Stärke. Darauf müssen wir uns besinnen, auch im Zusammenleben über den Streik hinaus.

Die Sprüche der Jugendlichen wurden auf DIN-A3-Plakaten im ganzen Betrieb ausgehängt. Auf diese Weise sollten sich auch die älteren Kollegen mit den unterschwelligsten Vorurteilen untereinander auseinandersetzen. Sie wurden von Kollegen abgerissen, dann mehrmals wieder ersetzt.

Eine gemeinsame Beratung von BR, VKL und JAV ging noch einmal der Frage nach, ob sich ausländerfeindliche Tendenzen verstärkt zeigten. Dabei wurde daran erinnert, dass bereits vor Jahren in einer Aktion Toilettenschmierereien übermalt worden waren. Junge türkische Kollegen brachten auf dieser Sitzung die Forderung nach einer Betriebsvereinbarung gegen Rassismus ein. Im Betriebsratsbüro war in der Folgezeit eine Ausstellung »*Rechts macht kopflos*« zu sehen, die zu vielen Diskussionen anregte. Die Welle schlug über den Betrieb hinaus: In Bremen beschäftigten sich die IGM-Jugendreferenten mit Rassismus und Jugendarbeit.

1) siehe dazu auch den Artikel »Rechtsextremismus – Perspektiven der Berliner Republik« und den darauf antwortenden Leserbrief in Arbeiterpolitik Nr. 1, 14. Januar 1998, S. 15–22.

Die klassenbewussten Kollegen der Stahlwerke werden sich Gedanken machen müssen, wie mit den Auszubildenden über ihre Probleme nicht nur, wenn es lichterloh brennt, sondern regelmäßig vom Klassenstandpunkt aus diskutiert werden kann. Auch betriebliche Instanzen haben reagiert: Die Kommission Ausbildung/Weiterbildung (BR und Ausbildungsleitung) setzte ein Projekt »Rassismus« an. Der Vorstand setzte ein Projekt »Rassismus und Vorgesetzte« an. Und dann sieht es fast so aus, als hätten alle ein gemeinsames Interesse an der Überwindung dieses Problems.

Unternehmerinteresse

In vielen Betrieben haben sich die Geschäftsleitungen von Rechtsradikalen distanziert. So war es bei der Firma EKO-Stahl in Brandenburg, die sich 1999 von zwei Auszubildenden trennte. Sie hatten einen jugoslawischen Koch überfallen. Die NPD nahm ihr Ausscheiden aus dem Betrieb zum Anlass, eine Demonstration zu organisieren. Auch die Geschäftsleitung von Daimler-Chrysler in Bremen distanzierte sich vor dem 1. Mai 1999 von den Rechtsradikalen. Vor Jahren wurde sogar schon auf Verbandsebene reagiert: Der Verband der Chemischen Industrie und die IG Chemie forderten Geschäftsleitungen und Betriebsräte auf, arbeitsrechtliche Konsequenzen gegen Rechtsradikale zu ergreifen.

In Zeiten der Globalisierung schädigt offener Rassismus die Geschäfte. Wenn also eine Spaltung der Arbeiterklasse entlang von Nationalitäten- bzw. »Rassenlinien« nicht benötigt wird, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen, schädigen Streitereien den Produktionsablauf, die Absatzchancen deutscher Produkte. Folglich ist das Kapital daran interessiert, den Rassismus nicht offen auftreten zu lassen. Dieses Interesse wird in idealer Weise bedient, wenn der Rassismus auf seine moralische Verwerflichkeit reduziert wird. Auf dieser Ebene kann dann Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, die von vornherein wirkungslos bleiben muss, weil sie am Problem vorbei geht.

Die NSDAP hat mit ihrer antijüdischen Propaganda vom »raffenden« und »schaffenden Kapital« vom Klassegegensatz abgelenkt. Heute übernimmt diese Funktion die Propaganda gegen die Ausländer, die »Arbeitsplätze wegnehmen« und »unsere Sozialkassen plündern«. Indem gesagt wird: »Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind schlecht«, gleichzeitig aber die Propaganda von »Asylantenschwemme« und kurdischen und afrikanischen Drogenbanden usw. aufrecht erhalten wird, gibt man den Rechten beste Profilierungschancen. Sie können sich als Repräsentanten der schweigenden Mehrheit präsentieren, als die mutigen Leute, die aussprechen, was andere denken. Vor dieses Interesse lassen sich leider auch Gewerkschaften und Betriebsräte spannen, wenn sie die Aktivitäten der Unternehmer unterstützen. Geben wir nicht den Kampf um die Köpfe der Kollegen von vornherein verloren, wenn der Entlassung rechter Kollegen zugestimmt wird? Gerät nicht die gemeinsame Klassenlage, das gemeinsame Interesse aller Lohnabhängigen – unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit – aus dem Blickfeld?

Atomisierung der Arbeiterklasse

Selbst in Betrieben, in denen es eine lange Auseinandersetzung mit Rassismus, Faschismus und Ausländerfeindlichkeit gibt, tritt immer wieder erneut Ausländerfeindlichkeit auf. Wird sie in der Gewerkschaftsarbeit sichtbar, so zeigen

die Gewerkschaftsvorstände immer gleich mit dem Finger auf die Bildungseinrichtungen und sprechen von deren Versagen. Genauso wie die Regierenden stets auf die Schulen verweisen. Doch ist das Problem allein mit Bildung zu bewältigen? Werfen wir einmal einen Blick auf die Klassenlage der Lohnabhängigen und die Politik der Gewerkschaften.

Die Arbeiterklasse ist durch die Massenarbeitslosigkeit gespalten in Arbeitende und Arbeitslose, in Beschäftigte mit Tariflohn und solche ohne, dazu die besonders an den Rand gedrängten in prekären (tariflich ungesicherten) Arbeitsverhältnissen und die Scheinselbständigen. Die Beschäftigten sind zueinander in Konkurrenz gesetzt, von Werk zu Werk, Ostdeutsche und Westdeutsche, Ausländer und Deutsche. Furcht vor sozialem Abstieg fördert Egoismus und Ausgrenzung. Der Wunsch, das Erworbene abzusichern, verstärkt unter diesen Umständen die Ablehnung von Fremden, führt zu Fremdenangst und zu rechtsextremer Orientierung.

Ausländer werden von den deutschen Lohnabhängigen nur zum Teil als Kollegen wahrgenommen. Oftmals wird nicht erkannt, dass sie gleiche Klasseninteressen haben und schon deshalb gleiche Rechte haben müssen. In der Arbeitswelt leisten sie oft die unangenehmsten und schlechtbezahltesten Tätigkeiten und werden so oft als diejenigen erfahren, auf die auch ein Arbeiter noch herunter schauen kann. Kollegen verschiedener Nationalität lernen sich zunächst meist nur am Arbeitsplatz kennen. Privat kommen sie sich nur allmählich näher und die verschiedenen Lebensweisen bleiben einander lange fremd. Die Absonderung ist noch größer bei den nicht ins Arbeitsleben integrierten ausländischen Menschen, den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, den Flüchtlingen (Asylbewerbern oder Illegalen), die gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt unter miesesten oder gar kriminellen Umständen zu sichern, und die von Abschiebung und Repressalien bedroht sind. Medien und staatliche Organe tragen dazu bei, dass für die meisten Menschen Ausländer vor allem als bedrohliche Sozialschmarotzer und Kriminelle wahrgenommen werden.

Gewerkschaften: Stützpfeiler der Gesellschaft oder Kampforgane der Klasse?

Das Standortdenken, Standortpolitik im Interesse des Kapitals, wird von den Gewerkschaftsspitzen schon seit langem mit getragen. Schon Oscar Vetter posaunte als DGB-Vorsitzender: Wir müssen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein. Heute drückt sich die politische Zielsetzung der Gewerkschaftsführung aus im »Bündnis für Arbeit«, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland muss sich als Wirtschaftsstandort gegenüber anderen Ländern durchsetzen. Und das Motto für den 1. Mai 1999 hieß: »Neues Handeln. Für unser Land. Mitgestalten. Mitbestimmen. Mitverantworten.« Gewerkschaften sind bereit, Arbeitsplätze zu opfern und soziale Standards zu senken: Sie geben dabei vor, dass so Industriestandorte gehalten werden könnten. Das heißt also: Keine Solidarität innerhalb einer Branche, nicht innerhalb einer Region über die Grenzen einer Einzelgewerkschaft hinaus, keine Solidarität im nationalen Rahmen und erst recht keine internationale Solidarität der Arbeiterklassen der Länder gegen das Kapital, sondern Unterordnung unter dessen Interessen, um damit soziale Standards zu verteidigen. Die Gewerkschaften lehnen den Klassenkampf ab. Die meisten Kollegen in den Betrieben gehen nicht vom Klas-

senstandpunkt der Arbeiterklasse aus oder kennen ihn nicht. Sie erfahren zwar den Unternehmer durchweg als den, der diktiert: Lohn, Arbeitszeit, sonstige Arbeitsbedingungen. Nehmen sie auch nicht immer alles kampfflos hin, so wird ihr Handeln letztlich doch noch vom Unternehmens- oder Betriebs- und damit vom Kapitalinteresse bestimmt. Die Gewinnaussichten des Unternehmens werden mangels Alternative als Voraussetzung für das eigene Wohlergehen akzeptiert. Also muss der Unternehmer Gewinne machen. Damit wird die Kostenlogik des Kapitals verinnerlicht. Als logische Konsequenz sehen sich viele Kollegen mit »ihrem« Unternehmer im selben Boot sitzen. Um nicht gemeinsam mit ihm im Konkurrenzkampf unterzugehen, können sie folglich nicht konsequent gegen ihn ankämpfen. Unter solchen Bedingungen wird die Angst um den Arbeitsplatz nicht in einen Kampf um mehr Arbeitsplätze münden, denn dadurch würde die Rentabilität gefährdet. In Großbetrieben sind es junge Kollegen, die bei Rationalisierungsmaßnahmen zuerst entlassen werden. Kein Wunder, dass bei ihnen Konkurrenzängste und Aggressionen hochkommen.

Die Unklarheit über die eigene Klassenlage führt zu dem Versuch, klar identifizierbare Gruppen von Kollegen, denen man selbst nicht angehört, aus dem Arbeitsleben auszugrenzen. Damit wendet sich die Angst um den Arbeitsplatz gegen die ausländischen Kollegen als vermeintliche Konkurrenten: Die eigene (zum Beispiel nationale) Gruppe soll bevorzugt werden. So wird durch das Auseinanderdividieren der Lohnabhängigen die Klassenherrschaft des Kapitals stabilisiert. Bei offiziell vier bis sechs Millionen Arbeitslosen glaubt die Masse der Lohnabhängigen zwar nicht mehr, dass die bürgerlichen Politiker dies Problem lösen können, erkennt aber nicht, dass es auf sie selber ankommt, dass ihre Solidarität und ihr Kampfeswille notwendig sind, um die Probleme zu lösen.

Die Ausländerfeindlichkeit von Gewerkschaftsmitgliedern ist also nicht ein Sonderproblem. Sie ist Teil der Gesamtproblematik der Gewerkschaftsarbeit: Wer die Gewerkschaft als Versicherungsverein für Arbeitnehmer begreift, sieht nur seine individuellen Interessen und nicht die aller Arbeitenden. Er erwartet also von der Gewerkschaftsführung auch nur, dass sie seine persönlichen Interessen vertritt. Die professionellen Werbekampagnen der Gewerkschaften (u.a. mit Prämien für die Werber) knüpfen an individuelle Interessen der Menschen an, eigene Positionen zu sichern und individuelle Möglichkeiten zu verbessern wie bei einem Dienstleistungsverein. Sie werben nicht

mit dem kollektiven Kampf für die gemeinsamen Interessen. Dabei ist das die einzig wirksame Werbung für die Gewerkschaften. Tarifabschlüsse, die Löhne anheben, befristete Arbeitsverhältnisse jedoch nicht in feste Arbeitsverhältnisse umwandeln, tragen nicht zur Einheit der Lohnabhängigen bei. Indem die Gewerkschaftsspitzen in der Praxis nicht für die gleichen Rechte aller arbeitenden Menschen, sondern für regionale und nationale Standortinteressen eintreten, fördern sie direkt die ausländerfeindliche Haltung der Mitglieder. Damit werden andere Lohnabhängige diskriminiert.

Dabei ist es praktische Erfahrung von Gewerkschaftsarbeit, dass in allen Streiks deutsche und ausländische Kollegen Seite an Seite standen. Deutsche Gewerkschafter haben in Streiks erlebt, dass sie sich auf ihre ausländischen Kollegen verlassen konnten, denn deren Arbeitsbedingungen waren und sind immer noch die schlechteren, deren Arbeitsplätze sind durchweg zuerst bedroht. Wenn die Kollegen im Klassenkampf solidarisch handeln, erfahren sie gemeinsam das kapitalistische Profitsystem als die Ursache ihrer sozialen Probleme. Ihr Selbstbewusstsein wächst und der vermeintliche Konkurrent um den Arbeitsplatz wird zum Kampfgenossen. (Kulturelle Andersartigkeit kann dann als Bereicherung empfunden werden.) Doch diese positive Erfahrung bleibt isoliert und wird wieder vergessen, wenn der Streik, der Arbeitskampf eine isolierte Aktion war und nicht Teil einer politischen Gesamtkonzeption: In der tagtäglichen Auseinandersetzung mit dem Unternehmer um Arbeitszeit, Lohn, soziale Standards, Arbeitssicherheit und Gesundheit muss diese Gemeinsamkeit stehen. Ebenso in der Verteidigung politischer Rechte. Dazu gehört auch, die Belegschaften der Betriebe aufzurufen, massenhaft aufzutreten, um rechtsradikale Demonstrationen mit ausländerfeindlichen Parolen zu verhindern. Wie die Erfahrung des 1. Mai in Bremen gezeigt hat, neigen Polizei und Gerichte zu einem Verbot der Neonazi-Aufmärsche, wenn massenhafte breit getragene Gegendemonstrationen eine Konfrontation wahrscheinlich machen. So können diese Erfahrungen fester Bestandteil des Bewusstseins werden. In dieser Gesamtkonzeption steht das gemeinsame Handeln der internationalen Arbeiterklasse im Vordergrund.

Die ausländerfeindlichen Tendenzen unter den Gewerkschaftskollegen können also überwunden werden, indem die Kollegen unsere Gesellschaft als Klassengesellschaft erkennen und den Kampf für die Klasseninteressen der Arbeiterklasse aufnehmen, national und international. Das heisst nicht, dass alle Vorurteile gegenüber anderen Volksgruppen, wie sie zum Beispiel von jugendlichen Stahlwerkern vorgebracht wurden, dann auch schon überwunden sind. Aber die Grundlage für eine Überwindung wird gelegt. Wenn die Kollegen im Kampf um ihren Arbeitsplatz nicht wie bisher sooft allein gelassen werden, von der Gewerkschaft nur lokal unterstützt, sondern massenhaft solidarische Unterstützung erhalten, über die engen Gewerkschafts- und Landesgrenzen hinaus, so erfahren sie praktisch den Weg zur Lösung der sozialen Probleme im Kapitalismus. Da nicht zu erwarten ist, dass die Gewerkschaftsführungen von sich aus diesen Weg einschlagen, sind überbetriebliche Verbindungen klassenbewusster Kollegen und die Kontaktaufnahme auf internationaler Ebene so wichtig.

Diese offensichtlich verloren gegangenen Erfahrungen müssen wieder ins Bewusstsein gehoben und in die Gewerkschaftsversammlungen hinein getragen werden. HB, 16.1.00 ■

Der Faschismus in Deutschland

**Analysen und Berichte der KPD-Opposition
aus der Zeit von 1923 bis 1933.**

Aus dem Inhalt: *Bonapartismus und Faschismus · Krise des Parlamentarismus · Der Aufstieg des Faschismus · Bankrott der Arbeiterparteien · Der Zusammenbruch der Weimarer Republik · Aus dem praktischen Abwehrkampf*

**293 Seiten, Klebebindung, Schutzumschlag, 15,- DM.
Bestellung: GFSA, Postbox 10 64 26, D-20043 Hamburg**

Wer den Nachkriegsaufstieg Westdeutschlands und dem nun deutlicher werdenden Niedergang begreifen will, sollte den Zerfall des Widerstands der Demokraten Weimars studieren. Dazu gehört die schonungslose Bilanz der Politik der Arbeiterparteien und Gewerkschaften – damals wie heute.

Stockholm: Die Nazis morden – was können die Gewerkschaften dagegen tun?

Am 12. Oktober letzten Jahres wurde Björn Söderberg ermordet. Er wurde aus nächster Nähe erschossen, als er seine Wohnung im Stockholmer Vorort Sättra verlassen wollte. Björn war aktiver Gewerkschafter in der syndikalistischen Svenska Arbetares Centralorganisation (SAC)¹. Die oppositionelle SAC, die Handelsgewerkschaft, auch die Gewerkschaftszentralen der Arbeiter (LO), der Angestellten (TCO) und der Akademiker (SACO), gaben nach dem Mord Erklärungen ab, die von einem tiefen Schock gegenüber der Eskalation des Terrors der Rechten sprechen. Alle Gewerkschaften riefen für den 20. Oktober zu einer gemeinsamen Demonstration gegen Rassismus und Nazigewalt auf. Alle Gewerkschaften gemeinsam, das heißt auch die LO, konnten ihre Berührungspunkte gegenüber der SAC überwinden. Zum ersten Mal in der schwedischen Nachkriegsgeschichte kam es zu solch einem gemeinsamen Aufruf. 40.000 Menschen beteiligten sich an den Demonstrationen in einem Dutzend von Städten Schwedens – auch ein Rekord. Die Proteste sind auch im Interesse der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbürokratie. Es ist wichtig, dass sie feststellte, dass auch und gerade Sozialdemokraten sich von Gewalttätigkeiten der Nazis bedroht fühlen müssen. Nicht nur die Todesdrohungen, die in der letzten Zeit eine ganze Reihe schwedischer Gewerkschaftsfunktionäre erhalten haben, sprechen eine deutliche Sprache, auch die Inhalte der Neonazi-Gruppen selbst, die sich gegen jede Form von gewerkschaftlicher Organisation richten. Übrigens riefen sogar die parlamentarischen Parteien nach langem Zögern zur Teilnahme an den Demonstrationen auf. Auf den Fotos von der Demonstration in Stockholm war die Vorsitzende der ex-kommunistischen Vänsterparti (Linkspartei) neben dem Vorsitzenden der bürgerlichen Moderaterna (»Die Gemäßigten«) zu sehen. Ein paar Wochen später veröffentlichten die vier größten schwedischen Tageszeitungen Konterfeis von mehr als 60 bekannten Neonazis, um ihren »Abscheu« zu bekunden.

Warum Björn Söderberg ermordet wurde

Im Sommer hatte Björn Söderberg für einige Monate in »Svanströms Lager« für Büroartikel gearbeitet. Ihm war damals aufgefallen, dass einer seiner Kollegen während der Arbeit Neonazi-Symbole trug und »White Power«-Musik hörte. Er hatte sich gegen das Verhalten des Kollegen namens Robert Vesterlund gewandt. Allerdings blieb er damit im Betrieb offensichtlich relativ alleine. Im Spätsommer war Vesterlund dann von einem Teil seiner Kollegen zum Vertrauensmann der Gewerkschaft des Handels (»Handels«) gewählt worden. Björn hatte nun den Vorstand der Gewerkschaft aufgefordert, gegen Vesterlund vorzugehen. Auch war die Geschichte in der Wochenzeitung seiner Organisation (»Arbetaren«) veröffentlicht worden. Einen Tag nach dieser Veröffentlichung hatten die Neonazis ein Foto von Björn

Söderbergs bei der schwedischen Polizei bestellt und erhalten. »Handels« hatte Vesterlund aufgefordert, von seinem Posten zurückzutreten, kurz darauf war der Neonazi aus der Gewerkschaft ausgetreten und hatte seinen Job gekündigt. Einen Monat später wurde Söderberg erschossen.

Nach dem Mord befragte die bürgerliche schwedische Tageszeitung »Dagens Nyheter« (DN) Arbeitskollegen und auch einen leitenden Angestellten des Warenlagers. Wer hier Betroffenheit erwartete, wurde enttäuscht. Der leitende Angestellte sagte, er habe keinen Anlass gesehen, gegen den Neonazi einzugreifen, da »politische Meinungen Privatsache« seien. Er habe die Geschichte für »Geschwätz« gehalten. Vesterlund sei ein »zurückhaltender Junge« gewesen, der »immer seine Arbeit gemacht hat«. Auch könne er kein Rassist gewesen sein, da er »nie Ärger mit den ausländischen Kollegen gehabt« habe. Der Vorsitzende des betrieblichen Vertrauensleutkörpers lies DN ausrichten, dass er nichts zu sagen habe. Allerdings hatte er in einem früheren Interview mit der syndikalistischen »Arbetaren« gesagt, dass er zwischen der neonazistischen Aktivität Vesterlunds und seinem Posten als gewerkschaftlicher Vertrauensmann keinen Widerspruch sehen könne. Ein weiterer Kollege, der anonym bleiben wollte, sagte DN, er habe nichts mitgekriegt. Andere Kollegen wollten nichts sagen, weder gegenüber DN noch gegenüber »Arbetaren«. Die Stimmung im Betrieb scheint also, auch nach dem Mord, von Schweigen und Verständnis für Vesterlund gekennzeichnet zu sein. Und es gab mehr als einen Neonazi in diesem Betrieb: Nach der Hinrichtung Söderbergs verhaftete die schwedische Polizei drei tatverdächtige Neonazis. Einer dieser Tatverdächtigen war ein ehemaliger Arbeitskollege des Ermordeten, auch er hatte in Svanströms Warenlager gearbeitet.

Robert Vesterlund, die zunehmende Nazi-Militanz und die Kontakte in die BRD

Alle drei nach dem Mord an Björn Söderberg Verhafteten waren in der Gruppe »National Ungdom/Det Svenska Motstandsörölsen« (»Nationale Jugend/Die schwedische Widerstandsbewegung«) aktiv, einer Gruppe, die zu dem militanten Flügel der schwedischen Neonazi-Szene gehört. Einer der Verdächtigen, ein Student und Sohn eines Fabrikdirektors, war an einem Waffenraub bei der schwedischen Armee

Mann mit Fahne
40 mm x 113 mm

BJÖRN SÖDERBERG

1) Die SAC, die sich auf die in Schweden relativ starke syndikalistische Tradition beruft, hat zirka 8000 Mitglieder. Sie kritisiert die sozialpartnerschaftliche Politik der zentralen Gewerkschaftsorganisationen und die Politik der Regierung, unlängst zum Beispiel deren Pläne zur Verschlechterung des Streikrechtes und der Arbeitslosenunterstützung.

und an der Aufstellung von sogenannten Todeslisten im Rahmen der »Antiantifa« beteiligt. Diese Listen enthalten Namen von »Zielen«(!), also von Menschen, die in der antirassistischen Bewegung engagiert sind, von Künstler/innen, von linken und linksliberalen Politiker/innen. Solche Todeslisten veröffentlichte die Naziszene in der Zeitschrift »Info 14«. »Info 14« gehört zu dem Flügel der schwedischen Neonazi-Szene, der sich auf Mordaktionen konzentriert hat. Und den Worten folgten Taten: Im Mai 1999 wurden zwei Polizisten nach einem Banküberfall erschossen, im Juni wurde eine Bombe unter dem Auto eines antifaschistischen Journalisten installiert, er und sein kleiner Sohn kamen glücklicherweise mit Verletzungen davon, im selben Monat griff eine Frau aus der Neonazi-Szene eine Migrantin mit einem Messer an und stach mehrmals zu, im Juli wurde eine Dirigentin verprügelt, weil sie jüdischer Herkunft ist usw. Nach dem Mord an Söderberg verübten vermutlich Nazis einen Anschlag auf einen linken Liedermacher in Malmö und auf das SAC-Büro in Gävle.

Die Szene, die für diesen Terror verantwortlich ist, ist international vernetzt. Die Schweden haben Verbindungen zur »Blood and Honour«-Gruppe in Dänemark und zur britischen »Combat 18«, die seit Jahren für ihren Hang zum Terror bekannt sind. Verbindungen gibt es, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Hess-Märschen der letzten Jahre, auch in die deutsche Neonazi-Szene. Deutsche Neonazis pilgern seit Anfang der neunziger Jahre nach Dänemark und Schweden. Beide Länder dienen, mit ihrer relativ großen Organisationsfreiheit, als Basis für die Produktion und den Vertrieb von Nazimusik und Publikationen für die BRD²⁾. Auch in diesem konkreten Sinne ist also der Mord an Söderberg etwas, was auch die Linke in der BRD betrifft. Robert Vesterlund war einer der Redner auf der Demonstration, die die auf der Insel Langeland logierende »Blood-and-Honour«-Gruppe anlässlich von Hess' Todestag am 7. August in Svendborg/Dänemark abhielt. Am 1. Mai vergangenen Jahres wurde Vesterlund in der Nähe einer Demo der Vänsterparti, der ehemaligen kommunistischen Partei, in Stockholm verhaftet. Seine Gruppe hatte eine Handgranate dabei. Und schließlich: Redakteur der oben erwähnten Zeitschrift »Info 14« ist kein anderer als – Robert Vesterlund.

Die Reaktion der Gewerkschaften

Die Reaktion der sozialdemokratisch orientierten schwedischen Gewerkschaften auf den Mord besteht bisher im wesentlichen darin, an die Menschlichkeit ihrer Mitglieder und der Bevölkerung im allgemeinen zu appellieren. Es werden Kampagnen gegen die Neonazis angekündigt, Aufklärungsveranstaltungen über den historischen Faschismus usw. Selbstkritisch wird erkannt, dass in den letzten Jahren in dieser Richtung kaum etwas passiert ist. 1996 hatte der LO-Kongress einer Resolution gegen die Neonazis zugestimmt, die auch organisatorische Maßnahmen forderte. Seitdem ist nichts passiert. Aber auch jenseits dieser, von der LO durchaus zugestandenen, unzureichenden Umsetzung von Resolutionen, ist die antinazistische Politik dieser Organisation voller Widersprüche. Charakteristisch ist zum Beispiel, dass die erwähnte Selbstkritik nach einem Jahrzehnt geäußert wird, in dem der Naziterror in Schweden bereits vor dem Mord an Björn mindestens 20 Menschen, vor allem

Homosexuellen und Migrant/innen das Leben gekostet hat. Warum haben die Gewerkschaften nicht früher reagiert?

Ein großer Teil der schwedischen Elite, Universitätsprofessoren, Unternehmer, bürgerliche Politiker war auf dem Hintergrund enger wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich bis zur Wende während des Zweiten Weltkrieges dem deutschen Reich gegenüber freundlich gesinnt. Der schwedische Staat unterstützte den Krieg der Faschisten mit logistischen Hilfestellungen und durch den Verkauf von kriegswichtigen Rohstoffen. Die damalige Regierung, eine Koalition aller im Parlament vertretenen Fraktionen unter Ausschluss der kommunistischen Partei, begründete diese Kollaboration damit, dass das Land anderenfalls von der deutschen Armee besetzt werden würde. Nach dem Krieg wurden die Unterstützer der Nazis und die Profiteure des regen Handels mit den Deutschen nicht belangt und blieben in ihren gesellschaftlichen Positionen. Eine Untersuchung der syndikalistischen »Arbetaren« beschreibt diese organisatorische und persönliche Kontinuität, die u.a. erklären könnte, warum die Nazis in einzelnen Städten und Regionen besonders stark verankert sind. Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen hoher regionaler Arbeitslosigkeit und nazistischen Tendenzen in der lokalen Bevölkerung gibt es demnach nicht. Der Nazismus kann nicht verstanden werden als Ausdruck des Protestes von Leuten, die von sozialem Abstieg bedroht sind. Eher läßt sich ein Zusammenhang zwischen der regionalen Stärke dieser Gruppen und ihrer dortigen traditionellen Verankerung erkennen.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Nazis nicht auch gezielt versuchen, ihre soziale Demagogie in der Arbeiterklasse zu verbreitern. Und es bedeutet leider auch nicht, dass dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Im Gegenteil: In dem Maße wie, neben anderen, auch die sozialdemokratische Partei am Abbau des Wohlfahrtsstaates und der gewerkschaftlichen und politischen Rechte teilnimmt, schafft sie Räume, in denen die Neonazis ihre Propaganda entfalten können.

Die Zeitschrift der Vänsterparti stellte fest, dass trotz der zur Schau gestellten Empörung über den Mord an Björn der schwedische Reichstag Mitverantwortung für das Nazi-Problem habe, denn: »Mit den Angriffen auf den Wohlfahrtsstaat haben die regierenden Parteien dazu beigetragen, dass die Aggressivität des Nazismus zunimmt.« Einige Tage nach dem Mord an Söderberg erschien in »Dagens Industri«, dem Sprachrohr des Unternehmerverbandes, ein Artikel, der die »Einwandererkriminalität« beklagt und hervorhebt, dass die Einwanderer »Konkurrenten unserer eigenen Mitbürger« seien. Diese Propaganda, die sich durch die gesamten neunziger Jahre verfolgen läßt und an der sich zahlreiche Biedermänner aus dem etablierten Lager einschließlich der ehemaligen Regierungspartei (»Moderaterna«) beteiligt haben, ist mit dem sozialdemagogischen Nazislogan »Arbeitsplätze zuerst für Schweden« identisch.

Auch im angeblichen Musterland Schweden hat in den letzten zehn Jahren die Armut eines Teiles der Bevölkerung und die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt massiv zugenommen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik hat auch Schweden in der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes eine regelrechte Welle von Morden und Mordversuchen an Flüchtlingen erlebt. Ein zufälliger zeitlicher Zusammenhang? Gleichzeitig hat die Regierung wie überall in Europa die Ausländergesetze verschärft, jedes Jahr rund 10.000 Flüchtlinge ausweisen lassen

2) Vergleiche hierzu u.a. FR, 8.12.1999, S. 6.

und die Einwanderung fast unmöglich gemacht. Die Regierung behauptet, dass diese Politik dazu beigetragen habe, die Parteien der neuen Rechten, wie die in der ersten Hälfte der Neunziger sehr erfolgreiche *Neue Demokratie*, aus dem Parlament zu verdrängen. Viel spricht gegen diese Behauptung, u.a. die Tatsache, dass sich dieser parlamentarische Zweig der neuen Rechten hauptsächlich selbst zerfleischte und in zahlreichen Skandalen unterging. In dieser Hinsicht ist Schweden leider, nicht nur im skandinavischen Maßstab, eine Ausnahme. In Dänemark und Norwegen hat die Law-and-order-Politik der Regierungen nur dazu geführt, dass die Rechten zufrieden nicken und zur immer stärkeren Konkurrenz, gerade gegenüber der Sozialdemokratie, werden.³

Außerdem stellt sich die Frage, ob die Tatsache, dass Schweden augenblicklich das Land mit der militantesten Neonazi-Szene Europas ist, nicht auch Ergebnis des zunehmend rassistischen *Mainstreams* der neunziger Jahre ist.

Die schwedischen Gewerkschaften haben auf die militanten Angriffe der Nazis bisher nur bürokratisch (durch Ausschüsse) und pädagogisch (durch Erklärungen über den undemokratischen Charakter der Nazis) reagiert.

Zurück zu Svanströms Warenlager: Ein Sprecher der »Handels« bestätigte, dass in diesem Betrieb mehrere aktive Neonazis gearbeitet haben. Im Zentralorgan der Gewerkschaftszentrale (LO) fand sich Ende Oktober 1999 ein Artikel, in dem über die Versuche der Front National (FN) berichtet wird, die französischen Gewerkschaften zu infiltrieren. Diese Versuche seien aktuell an der Spaltung der FN gescheitert, aber: In Schweden gab es vor zirka fünf Jahren eine Schwesterpartei der FN, Sverigedemokraterna, die fast ausschließlich von der FN finanziert war. Einer der wichtigsten Funktionäre dieser Partei war Robert Vesterlund.

Es handelte sich bei der Besetzung der gewerkschaftlichen Position mit anderen Worten um einen nazistischen Organisationsversuch, der durch das Eingreifen Björn Söderbergs erschwert, aber nicht verhindert wurde, da die soziale Basis der Neonazis im Betrieb bestehen blieb. Verwunderlich, dass sich die für den Betrieb verantwortliche Gewerkschaftsfunktionärin, Eva Englund, folgendermaßen äußerte: »Unsere Mitglieder unterstützten ihn (Vesterlund) als Person, als Individuum. Er arbeitete gut, konnte gut reden und ausdrücken, was er wollte. Was er in seiner Freizeit gemacht hat, ist den Kollegen egal gewesen.«

Die »pädagogische« Arbeit, die sich die Gewerkschaftsbürokratie vorgenommen hat, scheitert an diesem Bild: Die Gewerkschaften sind unpolitisch, der Kollege macht seine Arbeit, was er in der Freizeit macht, ist seine Privatsache. Wenn Gewerkschaften erklären, sie seien »unpolitisch« oder »politisch neutral«, dann kann man diesen Kollegen ihr Verhalten nicht einmal vorwerfen. Allerdings ist diese »unpolitische« Haltung grotesk. Ihr ist nicht moralisch beizukommen. Die Moral des erwähnten Chefs des Warenlagers beschränkt sich auch im nachhinein darauf, dass Vesterlund ordentlich malocht und ihm keinen Ärger gemacht habe. Ob er in seiner Freizeit dazu beigetragen hat, dass ein engagierter Kollege ermordet wird, ist ihm egal: Schließlich ist Freizeit ja Privatsache.

Solchen Leuten kann man nicht mit dem Ruf nach Menschenwürde kommen. Aber etwas anderes kann getan werden: Eine Politik im Interesse der Kapitalisten, die objektiv die Spaltung der Beschäftigten fördert, kann entschieden abgelehnt werden. Wenn die Pläne zur Kürzung der Arbeits-

Demonstranten mit Fahnen

87,5 x 70 mm

losenversicherung und zur Einführung von Arbeitszwang auch in Schweden realisiert werden sollten und die Gewerkschaften dem zustimmen, ist das allerdings das Gegenteil von einem »antirassistischen« Programm. In einer menschenfeindlichen Gesellschaft muss man sich über das Auftreten von Menschenfeinden nicht wundern.

Kopenhagen, 14.12.1999 ■

Nachtrag:

Und was wird gegen die Nazis getan? Zum Beispiel...

...*Regierungspolitik*: Die schwedische Regierung hat vor dem Hintergrund der Nazigewalt beschlossen, eine antinazistische Konferenz abzuhalten, an der u.a. G. Schröder, V. Havel und andere teilnehmen sollen. Gleichzeitig hat Staatsminister Persson (SP) angekündigt, dass nun die NS-Vergangenheit in Schweden, das heißt u.a. die Teilnahme vor etwas weniger als 300 schwedischen Staatsbürgern an den Mordtaten der Waffen-SS »aufgearbeitet werden sollte« .

Steckbriefe: Die Veröffentlichung der Passfotos der Nazi-Funktionäre in »Dagens Nyheter«, »Aftonbladet«, »Svenska Dagbladet« und »Expressen«, den vier größten schwedischen Tageszeitungen, hat neuerdings dazu geführt, dass die dort Abgebildeten, soweit sie Mitglieder einer Gewerkschaft waren, ausgeschlossen worden sind. Zum Teil verloren sie gleichzeitig auch ihren Arbeitsplatz und wurden aus verschiedenen Versicherungen ausgeschlossen. Es ist neu, dass Gewerkschaften Mitglieder wegen nachgewiesener Betätigung in einer Nazi-Organisation ausschließen, und sicher ein Schritt hin zu einer konsequenteren administrativen Behandlung des Problems. Die Kampagne der Tageszeitungen wird allerdings in der Linken teilweise kritisiert, weil sie sich darauf beschränke, »Steckbriefe« zu veröffentlichen und »das Böse« zu denunzieren ohne auf erkennbare Zusammenhänge der Politik dieser »Kriminellen« mit der Politik des bürgerlichen Lagers hinzuweisen.

...und in Dänemark...

Direkte Aktion: In einer Nacht kurz vor Weihnachten machten sich einige Mitglieder der dänischen »Erd- und Betonarbeiter-Gewerkschaft«, in der die Nachfolgegruppen der KP und andere Linke relativ großen Einfluss haben, daran, die Befestigung am »Bunker« der dänischen Nazipartei DNSB in Greve bei Kopenhagen abzuschrauben. Der »Führer« dieser Partei, Jonny Hansen, der sich im Haus aufhielt, flippte aus und fuhr mit seinem Pkw in die Gruppe der Aktivisten – mit einer Geschwindigkeit von zirka 80 km/h. Es gab zahlreiche Schwerverletzte, die von den Bauarbeitern eigenständig ins

Schwedische Zeitungen

100 mm x 63 mm

stischen Kampagne, sondern mit einer Initiative zur Verschärfung der Einwanderungsgesetze. Der Druck ging dabei vor allem von sozialdemokratischen Bürgermeistern in Vorstädten von Kopenhagen und anderswo aus. Sie warnten vor »Überfremdung«, davor, dass in kurzer Zeit die Mehrheit der Bevölkerung dieser Vorstädte »nicht-dänisch« sei. Einige Vertreter bürgerlicher Parteien schlossen sich der Kampagne zunächst nicht an, wurden aber später »mitgerissen« (und hetzten noch schlimmer als die Sozis, unter anderem schlug der Vorsitzende der größten bürgerlichen Oppositionspartei vor, dass Flüchtlinge in den ersten sieben Jahren ihres Aufenthalts im Land keine sozialen Leistungen beziehen dürfen sollen). Ergebnis war eine innerhalb von nur vier Wochen, im wesentlichen von Sozialdemokraten angestoßene, ausländerfeindliche Hysterie quer durch die etablierte Presse und einen großen Teil der Parteien.

Krankenhaus gefahren wurden. Hansen wurde in Untersuchungshaft genommen und sitzt heute noch dort (10. Januar). Die Polizei folgte, gegen den Protest des Krankenhauspersonals, den schwerverletzten Bauarbeitern in die Klinik, um sie wegen »Sachbeschädigung« zu belangen.

... *Regierungspolitik*: In Dänemark reagierte die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Dezember auf ein rapides Anwachsen der Stimmenanteile für die »Dänische Volkspartei« bei Meinungsumfragen (per 15.1.2000: SP 22 Prozent, DVP 18 Prozent). Aber sie reagierte nicht mit einer antirassi-

sten angestoßene, ausländerfeindliche Hysterie quer durch die etablierte Presse und einen großen Teil der Parteien.

...und die Morde gehen weiter...

In einem Vorort von Stockholm überfielen am 10. Januar mindestens drei Neonazis eine Gruppe von Menschen auf dem Nachhauseweg von einem Fest türkischer Einwanderer und ermordeten den 19-jährigen Salih Uzel. Am 4. Januar demonstrierten 400 Menschen in der Stockholmer Innenstadt gegen diesen Mord. ■

Biedermann und Brandstifter

Bericht zu den zunehmenden Aufmärschen von Faschisten in Hamburg

Seit Mitte des Jahres 1999 gibt es eine zunehmende Präsenz der Neofaschisten auf Hamburgs Straßen. Eingeleitet wurde dieser Prozeß mit der Anmeldung eines Aufmarsches durch die Faschisten. Wie zuvor schon bundesweit war die Ausstellung. »Vernichtungskrieg die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 44« des Hamburger Instituts für Sozialforschung Ziel der Nazi-Propaganda.

Unter der nationalistischen und militaristischen Losung »der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre. Verteidigen wir sie!«, riefen der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) und »Freie Kameradschaften« für den 5. Juni 1999 zu einem Aufmarsch an der Hamburger Moorweide auf. Dieser Aufmarsch direkt in der Hamburger Innenstadt wurde damals von der Polizei bzw. Innenbehörde verboten. Verboten wurden darüber hinaus alle geplanten Gegendemonstrationen.

Die Polizei begründete ihre Verbotsentscheidungen formal damit, dass aufgrund von geplanten Gegendemonstrationen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zu rechnen sei. Darüber hinaus sei aufgrund von Fußball und Stadtfesten nicht genügend Polizeikapazitäten zu diesem Termin in Hamburg vorhanden. Die Faschisten wichen mit ihrem Aufmarsch nach Ludwigslust in der ehemaligen DDR aus.

Drei Tage später, am 8. Juni, haben dann dieselben Anmelde-der der Neofaschisten für den 10.7.1999 erneut einen Aufmarsch gegen die Wehrmachtausstellung in Hamburg auf der Moorweide angemeldet, diesmal für den 10. Juli. Zentrale Figur auf Seiten der Faschisten ist hier bei der in Hamburg-Bergedorf wohnhafte Thomas Wulf (38). Wulf gehört neben

Christian Worch, ebenfalls Bergedorfer, zum Kern der bundesdeutschen militanten Faschistenszene. Beide waren unter anderem Leitungskader in der am 24.12.1995 verbotenen »Nationalen Liste«. Darüber hinaus stehen sie in engen Kontakt zur Neonazi Zeitschrift »Hamburger Sturm«. Dieses Hetzblatt berichtet über Nazi-Skinmusik und ruft zu Aufmärschen und militanten Aktionen der Faschisten auf. Auf der Anti-Antifaseite dieses Propagandablattes werden die Daten von Personen bzw. Kultur- oder Jugendzentren veröffentlicht die sich durch ein antifaschistisches Politikverständnis definieren. So sind zum Beispiel für Bergedorf die Adressen von dem Stadtteilkulturzentrum »Lola«, dem Jugendzentrum »Unser Haus« und »Korachstraße« sowie Personennamen aufgeführt. Überschriften sind die Daten mit dem Hinweis »... schaut doch bei den folgenden roten Hütten mal rein!«

Es kann davon ausgegangen werden, dass der NHB als Anmelder lediglich die Funktion der Reputierlichkeit erfüllen sollte, da er kaum in der Lage ist, irgendjemanden in der Faschoszene zu mobilisieren.

Bei dieser zweiten Anmeldung eines Aufmarsches gegen die »Wehrmachtausstellung« sah die Polizei dann keinen Anlass mehr, einen solchen nicht in Hamburg stattfinden zu lassen. In Kooperationsgesprächen mit den Faschisten wurden diese jedoch darauf hingewiesen, dass der Aufmarsch auf der Moorweide unter Aspekten des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG) nicht machbar sei. Diese Kooperationsgespräche fanden laut Antwort des Senats auf eine Anfrage des Abgeordneten Lutz Jobst von der »Regenbogenfraktion« (Abspaltung der GAL) in der Hamburger Bürger-

schaft 28.6. und 1. Juli 1999 statt. An dem Gespräch am 1. Juli nahmen seitens der Polizei der zuständige Abteilungsleiter der Direktion Zentrale Aufgaben – DZA – der Landespolizeiinspektion, der Leiter der Versammlungsbehörde und der zuständige Sachbearbeiter teil. In diesem Gespräch wurde eine alternative Aufmarschroute durch Bergedorf mit den Faschisten zusammen festgelegt.

Am nächsten Tag wurde dann vom NHB schriftlich der Aufmarsch für Hamburg-Bergedorf angemeldet. Dieser Anmeldung wurde dann wie abgesprochen seitens der Polizei entsprochen.

Die in Hamburg angemeldeten Gegendemonstrationen wurden alle bis auf eine Kundgebung am Gänsemarkt verboten. Als bekannt wurde, dass Innenbehörde und Polizei in Zusammenarbeit mit den Faschisten eine Aufmarschroute für die Neonazis durch Bergedorf zu sichern begannen, wurden in Bergedorf von dem »Bergedorfer Bündnis gegen Rassismus und Faschismus«, welches aus dem Antifaschistischen Bündnis Bergedorf (ABB), der Ortsgruppe der DAG, Friedens-Ini, Regenbogen, DKP und GAL besteht, eine Demonstration gegen diesen Naziaufmarsch vom Bergedorfer Bahnhof zu den Schlosswiesen angemeldet. Auf den Schlosswiesen sollte die Demonstration zu einer Kundgebung von DGB, SPD und anderen, gegen den Naziaufmarsch stoßen.

Beide Veranstaltungen wurden vom Verwaltungsgericht verboten. Begründet wurde das Verbot mit dem Hinweis auf die genehmigte Kundgebung am Gänsemarkt¹⁾ sowie der Einschätzung »...weiterhin geht das Gericht von einer hohen Gefährdung für Leib und Leben sowie Sachen aus, wenn die Demonstration nicht untersagt wird. Von daher genieße die angemeldete Demonstration nicht den Schutz des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit), weil der Hauptzweck der Versammlung in der gewaltsamen Verhinderung der Demonstration des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) besteht.« (Hamburger Oberverwaltungsgericht, 9.10.99)

Es wurde mit den Initiatoren der Gegendemonstration bzw. Kundgebung in Bergedorf von Seiten der Polizei in keinsten Art und Weise Kooperationsgespräche gesucht. Die Polizei belegte die geplanten »Gewalttätigkeiten« mit nichts außer dem Hinweis auf ein Hamburger Flugblatt, das zur Verhinderung des Naziaufmarsches aufrief.

Die Veranstalter SPD, DGB und andere haben gegen dieses Verbot keine Rechtsmittel eingelegt. Der Hamburger DGB-Chef Pumm hat es massiv abgelehnt, das Recht auf eine Kundgebung auf der Schlosswiese in Hamburg-Bergedorf auch juristisch durchzusetzen. Das Bergedorfer Bündnis gegen Rassismus und Faschismus legte dennoch Widerspruch vor Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht ein. Beide Widersprüche scheiterten.

Das Ergebnis ist bekannt. Während zirka 500 Faschisten, geschützt durch insgesamt 6000 Polizisten, durch Bergedorf marschierten, machten Sondereinsatzkommandos Jagd auf GegendemonstrantInnen. Selbst kleinste Menschengruppen wurden sofort massiv weggedrängt, in Wohnungen, aus denen Transparente hingen, wurden Personalien aufgenommen. Nach Aussagen der Polizei würden die Transparente die Neonazis provozieren. Es wurden 95 Gegendemonstranten teilweise willkürlich und brutal festgenommen. Begründet wurden die Festnahmen bzw. »Ingewahrsamnahmen«

1) Diese Kundgebung war u.a. von der PDS angemeldet, die Anmeldung wurde auch noch aufrechterhalten, als Antifaschisten forderten, sich auf eine Gegendemonstration in Bergedorf zu konzentrieren.



mit dem Vorwurf des schweren und einfachen Landfriedensbruchs.

Die Faschisten wurden von den Polizisten geschützt bzw. es wurde von der Polizei nicht gegen die Nazis eingegriffen, obwohl der Aufmarsch teilweise in Uniformen stattfand, obwohl verfassungsfeindliche Zeichen wie die »Wolfsangel« getragen wurden, obwohl das Horst-Wessel-Lied gegrölt wurde.

Das Nichtverfolgen der Möglichkeit die Kundgebung auf der Schloßwiese juristisch durchzusetzen führte in der folgenden Zeit innergewerkschaftlich wie auch unter Bezirkspolitikern und in den SPD-Gremien in Bergedorf zu heftigen Auseinandersetzungen. Die SPD sah sich, da sie nicht alles getan hätten um den Naziaufmarsch zu verhindern, einer wachsenden Kritik aus den eigenen Reihen gegenüber. Die Hamburger SPD wurde für ihr Verhalten, »Bergedorf als polizeitaktisch günstiges« Nazi-Aufmarschgebiet zu etablieren, kritisiert.

Als direkte Folge dieses Aufmarsches gab es am 4. September 1999 eine »Kundgebung gegen Faschismus und Krieg« des Bergedorfer Bündnisses gegen Rassismus und Faschismus. Zentrale Forderung hier: »keine Naziaufmärsche in Bergedorf und anderswo« und »Keine Einschränkung des Demonstrationsrechtes«.

Diese Kundgebung nahmen die Neonazis zum Anlass, am selben Tag einen Aufmarsch mit zirka 50 Personen durchzuführen. Dieser Aufmarsch wurde polizeilich genehmigt. Die Faschisten liefen unter dem Motto »wir gehen auf die Straße, wenn sich links was rührt«. Der Aufmarsch wurde von zirka 600 Polizisten geschützt.

Auch der DGB rührte sich jetzt. Das DGB-Ortskartell Bergedorf lud am 16. Dezember 1999 zu einer Podiumsdiskussion mit Innensenator Wrocklage und Polizeipräsident Justus Woyd in das Lohbrügger (Teil von Bergedorf) Kultur-



zentrum »Lola« ein. Beide wurden dort von Bergedorfer BürgerInnen massiv kritisiert. Nur der SPD-Kreisvorsitzende Christoph Krupp vertrat neben Wrocklage und Woyd die Position, man müsse auf Grund des Demonstrationsrechtes die faschistischen Aufmärsche erlauben. Alle drei versicherten, wie unangenehm das sei und dass sie diese Aufmärsche auch ganz schrecklich fänden. Diese Veranstaltung wurde von zirka 50 Polizisten außerhalb des Saales und von 20 Zivis im Saal »geschützt«. Das Pikante hieran war, dass zirka 20 Minuten nach Beginn der Veranstaltung fünf Neonazis den Saal betraten, um ihr »Recht auf Meinungsfreiheit« einzuklagen zu wollen. Die Polizei hatte sie passieren lassen, obwohl die Polizisten darauf hingewiesen wurden, dass Faschisten den Saal betreten wollten und zwei davon Hausverbot hätten. Die Faschisten wurden dann jedoch sehr schnell durch das entschlossene Vorgehen einiger AntifaschistInnen aus dem Saal gedrängt.

Diesen Anlass nahmen sie zum Vorwand, erneut einen Aufmarsch zum 8. Januar 2000 durch Bergedorf-Lohbrügge anzumelden. Auch dieser Aufmarsch wurde von der Polizei bzw. Innenbehörde genehmigt. Während des Aufmarsches verteilten die Faschisten Flugblätter mit der Forderung: »Keine öffentliche Diskussion über Neonazis – ohne Neonazis«. Herausgeber des Flugblattes war eine »Initiative für das Recht auf freie Meinungsäußerung«. An dem Aufmarsch nahmen zirka 80 Faschisten teil.

Aufgrund der vorherigen Debatten meldete der DGB eine Gegenkundgebung zum selben Termin vor dem Kulturzentrum »Lola« an. Motto: »Aufsteh'n«. Dem Bergedorfer Bünd-

nis gegen Rassismus und Faschismus wurde seitens des DGB deutlich gemacht, dass bei der Anmeldung einer zusätzlichen Demonstration sowohl die Kundgebung als auch die Demo verboten würden – dies hätte die Polizei dem DGB signalisiert. Das Bündnis sah daraufhin vom Anmelden einer eigenen Demo ab. Die antifaschistische Gegenkundgebung wurde dann von einem breiten Bündnis über DGB, SPD, Regenbogen, IG Medien, HBV, IG Metall, GEW; DAG, VVN, GAL und dem Antifaschistischen Bündnis Bergedorf unterstützt. Allen Gruppen wurde das Rederecht auf dieser Veranstaltung zugesprochen. An der Gegenkundgebung nahmen zirka 150 Menschen teil. Darüber hinaus erlaubte die Polizei dann doch eine Spontandemonstration von 250 unabhängigen AntifaschistInnen. Der Versuch der Demonstranten, zu den Faschisten vorzudringen, wurde von der Polizei verhindert. Es gab hierbei keine Verhaftungen. Offensichtlich hatte die Polizei zu diesem Zeitpunkt ihr Verhalten gegenüber den aktiven Gegendemonstranten geändert.

Auch wenn die antifaschistische Kundgebung und das Durchsetzen der Spontandemo ein Erfolg war, der offensichtlich aufgrund des aufgebauten öffentlich Druckes realisiert werden konnte, bleibt festzustellen: Die Neonazis konnten, geschützt durch die Polizei, auch diesen Aufmarsch durchführen.

Diese Situation ist für Hamburg neu. Es war bisher undenkbar, dass faschistische Aufmärsche in Hamburg stattfinden konnten. Bisher war es den Faschisten nicht möglich, durch Hamburg zu marschieren, da sie von aktiven Antifaschisten noch jedesmal von der Straße geholt wurden.

Die aktuelle Politik des rot-grünen Senats hat diese Situation dramatisch verändert. Jetzt benutzen die Faschisten die Polizei, um ihre Auftritte zu realisieren. In seinem Vorgehen unterscheidet sich der rot-grüne Senat Hamburgs damit in keinster Weise von anderen Bundesländern.

In allen Städten, in denen Faschisten versuchten, im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung aufzumarschieren, gab es massiven Widerstand von AntifaschistInnen. Eine Behinderung bzw. sogar Verhinderung der durch massives Polizeiaufgebot geschützten Aufmärsche war jedoch in den seltensten Fällen möglich. Statt dessen wurde der Widerstand gegen die Aufmärsche seitens der Staatsmacht behindert. Es wurden Gegendemonstrationen verboten oder, wie in Bonn, zirka 1500 Faschisten durch die Stadt geleitet, während gleichzeitig über 600 AntifaschistInnen in einem Kessel festgesetzt wurden.

Das Recht auf Versammlung wurde den Faschisten zugestanden, dem Widerstand dagegen wurde es verboten. Die Hamburger Innenbehörde und Polizei haben damit zum erstenmal dem Faschismus in dieser Form öffentlichkeitswirksam Raum gegeben. Gestützt auf formale Argumente (Recht auf freie Meinungsäußerung; die Nazis dürften demonstrieren, weil sie den Aufmarsch vor der Gegendemonstration angemeldet hätten) leisten sie den neonazistischen Umtrieben Vorschub, während sie den antifaschistischen Widerstand kriminalisieren. Dies ist in der Geschichte der BRD nicht neu: Ehemalige Richter des Volksgerichtshofes, ehemalige Generäle der deutschen Wehrmacht und andere politische Vertreter des Nationalsozialismus kamen nach '45 wieder zu Amt und Würden oder konnten nach kurzen Haftstrafen in Ruhe ihre Pensionen verzehren – Linke dagegen wurden zur Zeit des KPD-Verbot und der Berufsverbote bis hin zur Existenzvernichtung gnadenlos verfolgt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der BRD ist seit der Wiedervereinigung weiter gewachsen; entsprechend fordert sie auch eine größere politische Führungsrolle in europäischen und internationalen Gremien, z.B. im Sicherheitsrat der UNO. Die ständige Konfrontation mit der Verantwortung, die die herrschende Klasse Deutschlands für den Faschismus hatte, ist dabei nur hinderlich und muß mit allen Mitteln "entsorgt" werden. Dazu gehört auch Walsers Forderung, zum normalen Umgang mit der eigenen deutschen Geschichte zurückzukehren und endlich diese moralische Keule des ständigen Erinnerns an Auschwitz zur Seite zu legen, oder die Art und Weise, in der durch die Kritik an der Wehrmachtsausstellung die Verbrechen der deutschen Wehrmacht relativiert werden.

Dazu gehört aber auch, dass die Aufmärsche der Neonazis verharmlost werden, indem man ihnen den Anstrich einer ganz »normalen«, »demokratisch-legitimierten« Demonstration verleiht. Der rot-grüne Senat beteiligt sich an dieser »Normalisierung« rechtsradikaler Demonstrationen und leistet so objektiv einer weiteren Akzeptanz neonazistischer Ideologien Vorschub. Der Biedermann wird so unter dem Vorwand, auch den Nazis das grundrechtlich verbrieftete Recht auf »Demonstrationen« bzw. Aufmärsche zu sichern, zum geschichtslosen Brandstifter.

Für die Zukunft wird es wichtig sein, die bestehenden Bündnisstrukturen zu etablieren und über Basisarbeit die Mitglieder der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Multiplikatoren für das Problem mehr zu sensibilisieren. Bisher bilden bei allen antifaschistischen Aktionen die unabhängig organisierten AntifaschistInnen die weitaus größte Zahl der zu mobilisierenden Menschen. Notwendig ist die Organisation einer breiteren Basis des Widerstandes; erste Schritte dazu sind in Bergedorf rea-

lisiert. Sozialdemokraten und GewerkschafterInnen sitzen inzwischen auch mit unabhängigen Antifaschisten und anderen Interessierten an einem Tisch, um das weitere Vorgehen gemeinsam zu überdenken. Dabei darf die Verantwortung der herrschenden Politik für die Entwicklung des Rechtsradikalismus nicht ausgeklammert bleiben. Sie besteht nicht nur in der Art des polizeistaatlichen Vorgehens: Auch die Ghettoisierung und Abschiebung der Flüchtlinge, die würdelose Behandlung von Pflegebedürftigen, die Betrachtung von Menschen nur noch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten, die volksverhetzende Kriegspropaganda gegen »die Serben«, »Zwangsarbeitsmaßnahmen« für Jugendliche ohne Ausbildung – die ganzen ungelösten gesellschaftlichen Probleme – all dies leistet dem Rechtsradikalismus Vorschub und liefert den Neonazis die Munition.

Bei allen diesen Überlegungen muss eine Stoßrichtung im antifaschistischen Kampf klar sein: Dort, wo die Neonazis marschieren, ist der Ort, sich ihnen in den Weg zu stellen – aber das alleine genügt nicht: Immer mehr Menschen haben heute Angst vor der Zukunft; sie fürchten sozialen Abstieg, spüren die brutale Konkurrenz und die damit verbundene Vereinzelung, sehen die immer größeren Widersprüche zwischen gesellschaftlichem Reichtum und Armut. Das Herausdrängen von Schwächeren, ein brutales Gegeneinander entwickelt sich auf allen Ebenen der Gesellschaft: auch im Betrieb und in der Schule; wenn wir verhindern wollen, dass sich Menschen in ihrer Orientierungslosigkeit den demagogischen »Scheinselösungen« der Rechtsradikalen zuwenden, müssen wir diese gesellschaftlichen Probleme aufgreifen und überall dort, wo sich Menschen beginnen zu wehren, gegen die Konkurrenz das gemeinsame Handeln setzen.

K. L., Bergedorf 30.1.2000 ■

■ LUXEMBURG-LIEBKNECHT- GEDENKDEMONSTRATION IN BERLIN

Demo verboten – PDS angekommen!

Am Samstag, dem 8. Januar dieses Jahres meldeten Berliner Radiostationen in jeder Nachrichtensendung, dass die traditionelle Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am zweiten Januarsonntag abgesagt wurde.

Der Berliner Polizeipräsident hatte die Demonstration verboten, und der Berliner Landesvorstand der PDS hat dieses Verbot akzeptiert und die Demo auf den 15. Januar verschoben.

Als Grund für das Verbot wurde die schriftliche Drohung eines enttäuschten ehemaligen PDS-Anhängers genannt, der in seinem Schreiben ein »Blutbad« unter den Demonstranten angekündigt hatte. Der Polizeipräsident verbot daraufhin die Demo auf ausdrückliche Weisung des Berliner Innensensors Werthebach. Wie der »Tagesspiegel« meldete, hatte der Polizeipräsident von sich aus keinen Grund für ein Verbot gesehen. Er war wohl davon ausgegangen, dass die Berliner Polizei eine Demonstration durchaus schützen kann, wenn das denn politisch gewollt ist. In der Tat ist in Berlin noch nie eine Massenveranstaltung wegen einer einzelnen Drohung

abgesagt worden. Und als die Veranstaltung dann am 15. Januar stattfand, stand die Drohung immer noch im Raum.

Viele PDS-Mitglieder und -Sympathisanten werteten das Verbot auch als politische Demonstration. Der CDU-SPD-Senat testete die Möglichkeiten, die Aktionsbereitschaft der PDS und ihrer Anhänger einzuschränken. Unter den einigen hundert, die trotz des Verbotes zum Friedhof in Friedrichsfelde kamen, hörte man dann auch solche Äußerungen: »Kaum ist die Regierung in Berlin, will man uns das Demonstrieren verbieten.« ... »Es musste erst eine SPD-Regierung kommen, damit die Demo verboten wird.« Die Auseinandersetzungen waren zum Teil sehr heftig und emotional. Es geht bei dieser Demonstration schließlich um die größte regelmäßige Demonstration linker Kräfte in Deutschland, die an die Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpft und auch in der DDR regelmäßig statt fand.

Der Landesvorsitzenden Petra Pau wurde vorgeworfen, nicht einmal die Rechtsmittel des bürgerlichen Staates ausgenutzt und auf einen Widerspruch gegen das Verbot verzichtet zu haben. Es war aufgeregt von Feigheit und Verrat die Rede. Wohlwollendere meinten: »Ihr habt Euch über den Tisch ziehen lassen.« Die Auseinandersetzungen setzten sich in Diskussionsgruppen und Mitgliederversammlungen der Berliner PDS fort und sind sicher noch nicht abgeschlossen.

Der Kern der Gegensätze wurde in einer sehr emotional geführten, heftigen Diskussion deutlich, die Moritz Mebel mit Petra Pau führte. (Moritz Mebel ist ein sehr bekannter

Flugblatt der PDS

87,5 mm x 135,5 mm

Demonstranten teilnahmen. Von diesen Demonstranten trafen sich etwa 2000 am vorgesehenen Sammelpunkt Frankfurter Tor. Dort sollen Vertreter der Berliner Kommunistischen Plattform der PDS mitgeholfen haben bei dem Versuch, diese Demonstranten zu zerstreuen und die restlichen, zirka tausend von ihnen, in die entgegengesetzte Richtung zum Reichstagsufer umzuleiten. Andere Vertreter der KPF, wie Ellen Brombacher, kritisierten den Berliner Landesvorstand der PDS scharf, »nach dem Verbot faktisch die Maßnahmen der Polizei zu unterstützen und ihr sowie dem Innensenat Arbeit abzunehmen.« Sie kam zu dem Schluss, »dass dies nicht ganz zufällig so gewesen ist«. Das Gerede vom »Ankommen« habe in der PDS den Begriff der Systemopposition weitgehend ersetzt.

Die PDS-Führung und der Berliner Landesvorstand haben sich, ob nun bewusst oder dummlich-naiv, vom Berliner Senat vorführen lassen. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Reaktion von der großen Mehrheit der PDS-Mitglieder mitgetragen wird. Nur einige hundert haben sich ihre Demo nicht verbieten lassen und sind am 9. Januar bis an die Polizeiabsperrung heran zum Friedhof Friedrichsfelde gezogen. Die Teilnahme am 15. Januar, wie gewohnt etwa 80.000 bis 100.000, unterstreicht das. Bei den Diskussionen mit GenossInnen aus meiner Ortsteilgruppe in Berlin musste ich feststellen, dass außer mir nur ein Sympathisant, ein ehemaliger Anhänger der Grünen ursprünglich aus Westberlin, meine grundsätzliche Kritik teilte. Die PDS ist mehrheitlich wohl wirklich »angekommen« und demonstriert nur noch mit staatlichem Segen. L./B. 30.1.2000 ■

■ HANAU/MAIN-KINZIG-KREIS

Konflikt um Sozialämter

Die Praxis der Sozialämter in der Stadt Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis bei der Bewilligung von Sozialhilfe und sonstigen Leistungen ist erneut in die Kritik geraten. Ausgelöst wurde sie vom DGB Main-Kinzig/Offenbach, der den Behörden vorwarf, immer rigider gegen Leistungsbeziehenden vorzugehen. Anlass hierzu war die Gründung einer Initiative von SozialhilfebezieherInnen im Dezember 1999 mit Unterstützung des örtlichen DGB-Vorsitzenden Hareter.

Der DGB war anhand »sich häufender Fallbeispiele« zu dem Schluss gekommen, Schikanen und Behördenwillkür würden systematisch betrieben. Er verwies dabei besonders auf das »Modellteam Erlensee«. Es handelt sich um eine kleine Nachbargemeinde von Hanau, in der die Arbeitsbedingungen im Sozialamt einer gründlichen »Reform« unterworfen wurden. Neben der im Trend liegenden Umstellung auf sogenannte »Kundenorientierung«, die die Behörden als Dienstleistungsunternehmen begreift, wurden besonders die Zusammenarbeit (Vernetzung) und der »Profilabgleich« einzelner »Kunden« mit dem Arbeitsamt und anderen Behörden verstärkt, um unterstellten Missbräuchen auf die Spur zu kommen bzw. »Anreize« zu schaffen, vom Leistungsbezug wegzukommen. »Arbeit statt Sozialhilfe« ist das populistische Motto, nach dem hier die Maßstäbe gesetzt werden. Das Modellteam soll, wie der Name besagt, vorbildlich für andere Ämter wirken.

Im Erlenseer Rathaus residieren Sozial-, Arbeits- und Jugendamt auf dem gleichen Flur Tür an Tür. In Beratungs-

emeritierter Professor der Charité, an der er Direktor der Klinik für Urologie war. Er hat in der DDR die Nierentransplantationen eingeführt. Im Zweiten Weltkrieg hat er als Soldat und Partisan in den Reihen der Sowjetarmee gekämpft.)

Als Petra Pau auf wirkliche oder vermeintliche Gefahren für die Demonstranten verwies, hielt ihr Moritz Mebel entgegen: *»Ich hätte gedacht, wenn hier geschlossen der Parteivorstand der PDS gestanden hätte, die Fraktion, unsere Bundestagsabgeordneten, dann hätte ich mal gesehen, wie die Polizei das nicht geschützt hätte. ... Wo ist er denn der Gregor? Wo ist er denn? Wo ist denn Bisky? Wo sind die denn? Sie haben Angst vor der Bombe? Ich muss dir sagen, ich habe schon viel und oft in meinem Leben Angst auch vor Bomben gehabt. Warum sind sie so feige? Warum?«*

Hier standen sich zwei Haltungen gegenüber, die wohl nicht durch Diskurs vermittelbar sind. Die Frage ist aber, ob es sich wirklich nur um Angst oder Feigheit handelte. Im Kern geht es um das Verhältnis einer sozialistischen Oppositionspartei zum Machtapparat des bürgerlichen Staates. Das bereitwillige Eingehen auf das Verbot der traditionsreichen Demonstration belegt ein weiteres Mal, dass die Führungsgremien der PDS »angekommen sind« in der parlamentarischen Demokratie und auf dem Boden des Grundgesetzes. Das sollte wohl auch demonstriert werden! Die anstehende Programmdebatte der PDS wird Gelegenheit bieten, diese Frage grundsätzlich zu diskutieren.

Die Demonstration Anfang Januar wird seit einigen Jahren von einer »revolutionären Demonstration« kommunistischer Gruppierungen begleitet, an der bereits bis zu 10.000

gesprächen und Fragebögen werden AntragstellerInnen mit gezielter Fragen konfrontiert, wie sie ihre eigene Situation einschätzen, welchen Eigenbeitrag zu deren Bewältigung sie leisten können, wie es um ihre Arbeitsfähigkeit bestellt ist und wie lange sie überhaupt der Allgemeinheit zur Last zu fallen gedenken. Sie müssen ihre Bereitschaft zur »Mitwirkung« alle vier Wochen durch Vorlage von Bewerbungsunterlagen unter Beweis stellen. Mögliche Einwände wie Beaufsichtigung von Kindern können gleich nebenan im Jugendamt etwa gelöst werden. Diese Arbeitsweise wird nach außen als umfassende Fürsorglichkeit der Ämter dargestellt. Verschwiegen wird der psychische Druck, der auf die Betroffenen ausgeübt wird, um sie möglichst rasch aus dem Leistungsbezug zu drängen. Ziel ist die Senkung der Kosten (insbesondere Sozialleistungen) mit allen möglichen Mitteln. Mit den Erfolgen entsprechender Einsparung brüsten sich SozialpolitikerInnen in Stadt und Kreis. Gewollt ist die Individualisierung des gesellschaftlichen Übels Arbeitslosigkeit, deren Ursachenzuschreibung in die Betroffenen selbst verlegt wird.

Hareters Kritik ist keine grundsätzliche, sondern orientiert sich an Missständen, was in diesem Fall aber schon reicht, um in das Wespennest zu stechen. Er bezieht sich vor allem auf eine Zielvereinbarung vom März 1998, in der das »Modellteam Erlensee« auf die Begrenzung der Neubewilligung von Anträgen auf unter 50 Prozent verpflichtet wurde. Für Team-Mitglieder werde sogar eine Erfolgsprämie von 250 DM angesetzt (wobei im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung unklar blieb, ob dieser Betrag generell für die Einhaltung der 50-Prozent-Marke, für jeden abgelehnten Antrag oder für jeden aus der Sozialhilfe entlassenen Altfall galt).

Auch im zeitweilig der Stadt Maintal überlassenen Sozialamt ist nach dessen Rückkehr unter die Obhut des Kreises im Juli 1999 die Bewilligungsquote von Sozialhilfesanträgen von 93 Prozent binnen zwei Monaten auf zirka 50 Prozent gesunken. Zur gleichen Zeit wurde in diesem Amt nach Angabe der Maintaler Grünen die Prämienregelung eingeführt.

Weitere Kritikpunkte betreffen die Praktiken aller Sozialämter im Kreis. Bei mehreren HilfebezieherInnen wurde die Zahlungsweise von Kontoüberweisung auf Scheck umgestellt, ohne sie jeweils zu informieren. Wer zu spät auf den Gedanken kam, nachzufragen, den bestrafte das Sozialamt, denn die Leistung wird nicht rückwirkend bezahlt. Pech hat unter Umständen, wer zum Sozialamt kommt und feststellen muss, dass der/die zuständige Sachbearbeiter/in in Urlaub oder krank ist: Bezüge werden ggf. nicht ausgezahlt und können anschließend nicht nachgefordert werden. Diese Liste kann endlos fortgesetzt werden.

Maulkorb angedroht

»Wir lassen uns das nicht mehr bieten«, tobte die SPD-Fraktion im Kreistag – gemeint waren nicht die angesprochenen Zustände in den Ämtern, sondern deren Veröffentlichung durch den DGB. Der Sozialdezernent des Kreises, Pipa (SPD), und die Hanauer Oberbürgermeisterin, Härtel (CDU), verkündeten, sich schützend vor die Beschäftigten der Sozialämter stellen zu wollen. Hareter spalte mit »Lügen und Hasstiraden« die Gesellschaft. Er werde sich »warm anziehen« und auf eine Klage vor Gericht einstellen müssen, wenn er die Vorwürfe nicht zurücknehme. Von einer »strafbewehrten Unterlassungsklage« in Höhe von 50.000 DM ist die

Rede. Angeblich hätten auch Beschäftigte des Sozialamtes beim Kreis um Rechtsschutz gegen den DGB-Chef ersucht.

In seiner eigenen Partei scheint Hareter isoliert zu sein: Auf dem letzten Unterbezirksparteitag der SPD Main-Kinzig wurde er nicht wieder in den Vorstand gewählt, ein für den Vorsitzenden der »Arbeitnehmer«-Organisation bemerkenswerter Mangel an Wertschätzung seiner Position durch die »Genossen«. Die Entfremdung hat eine lange Vorgeschichte, zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik des Main-Kinzig-Kreises. Als Vorsitzender des Friedensbeirates hatte Hareter den Umgang mit AsylbewerberInnen häufig kritisiert. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wurde dem Friedensbeirat im September 1999 durch gemeinsamen Beschluss von SPD und CDU im Kreistag gegen die Stimmen der Grünen die Anerkennung als kommunales Gremium schließlich entzogen. Dennoch tagt der Beirat weiter und meldete sich in der Lokalpresse bereits wieder zu Wort.

Hessenweit produziert Main-Kinzig-Kreis Schlagzeilen mit Überlegungen, das Sozialamt in einen Eigenbetrieb umzuwandeln. Damit könnte nicht nur der Kreishaushalt optisch verbessert, sondern auch die ohnehin bescheidene parlamentarische Kontrolle noch weiter eingeschränkt werden. Der Frankfurter DGB erklärt hierzu: »Einen Eigenbetrieb lässt das Bundessozialhilfegesetz gar nicht zu, da es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen handelt.« Es sei menschenverachtend und dubios – Dubioses aber sei man aus dem Main-Kinzig-Kreis gewöhnt. Im DGB Kassel heißt es dazu: »Es wäre Wahnsinn, die Marktwirtschaft in die Sozialverwaltung zu tragen; das kann nicht funktionieren.« Selbst Oberbürgermeister Grandke im benachbarten Offenbach, der für seine »Reformen«, das heißt Ausgliederung und Privatisierung, inzwischen bundesweit bekannt ist, distanzierte sich von solchen Überlegungen. Inzwischen ist aus der SPD-Kreistagsfraktion zu hören, dass ein »Eigenbetrieb Sozialamt« derzeit »keine politische Mehrheit« finde.

Kritik wächst

In einem Gastbeitrag der Rhein-Main-Seite der »Frankfurter Rundschau« griff ein Sozialarbeiter, beschäftigt bei einem freien Träger der Jugend- und Familienhilfe in Maintal, die Debatte auf und brachte seine täglichen Erfahrungen ein. Zur Versachlichung diene folgende Einleitung: »Mit Sicherheit ist nicht zu leugnen, dass es unter Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher auch schwarze Schafe gibt. Allerdings liegt die Betonung auf ›auch‹, denn der Kampf um die spärliche Unterstützung erfordert einiges an Durchhaltevermögen.« Der Situation der Beschäftigten versucht er durch folgende Einschätzung gerecht zu werden: »Gleichzeitig erfahre ich aber auch durch meinen Beruf von der zermürbenden Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialämter. ... Die Angestellten bekommen von ›oben‹ Druck und von ›unten‹ allerlei zu hören, zu sehen und sind genötigt, viel auszuhalten. Und sie werden mithin genötigt, Menschen ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu verweigern, weil sie ihrerseits unter Druck stehen und nicht entlassen werden wollen.«

Man habe es also mit einer »äußerst diffizilen Thematik« zu tun und müsse den Hintergrund beachten, vor dem dies geschehe: »Im Zuge des Umbaus des Sozialstaates spricht alle Welt von Sachzwängen und verinnerlicht fast unmerklich das von der Wirtschaft allgegenwärtig propagierte Prinzip des Wettbewerbs und der Leistungsbereitschaft des Ein-

zelen. ... Die politischen Kräfte blasen zum Rückzug in der Hoffnung, die Shareholder mögen ihre Anteile in »unseren« Betrieben lassen ...« Die gleichwohl anhaltende Arbeitslosigkeit sei die Folge der »kapitalistischen Produktionsweise ... besonders unter dem neoliberalen Konzept ...«. Daher unterstütze er die Position des DGB-Kreisvorsitzenden, dessen »Initiative dazu beitragen (möge), verschärft über die scheinbare Unabwendbarkeit der sogenannten Sachzwänge zu diskutieren«.

Weitere Stellungnahmen verdeutlichen die Schärfe der Auseinandersetzung. »Der Main-Kinzig-Kreis hat bei uns einen ganz üblen Ruf«, so die Geschäftsführerin der »Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen« (BAG SHI), Cora Molloy. Es gehe nicht um die Haltung der Beschäftigten, »sondern um den harten Kurs, den das Landratsamt vorgibt – der sucht zumindest in Hessen seinesgleichen.« Im übrigen freue man sich darüber, dass der Anstoß zur Diskussion jetzt aus dem gewerkschaftlichen Bereich komme.

Die PDS formulierte ihre Kritik zwar eher oberflächlich, aber mit starken Worten. Sie bezeichnete die Festlegung einer Bewilligungsquote von 50 Prozent als »moralisch nicht vertretbar« und die regierende Kreisspitze (Landrat, Sozialdezernent und den der CDU angehörenden Vize-Landrat) als »Trio Infernale«.

Sogar aus den Reihen der ansonsten gegenüber den Gewerkschaften skeptisch eingestellten Hanauer Autonomen wuchs dem DGB Unterstützung zu. Ein Mitglied des »Basta Cafés«, einer Gruppe, die Beratung von SozialhilfebezieherInnen mit politischen Aktionen in diesem Bereich zu verbinden sucht, will sich mit Hareter treffen, um Informationen auszutauschen und die weitere Strategie zu diskutieren. Über die Perspektive der mit Hilfe des DGB gegründeten Initiative von SozialhilfebezieherInnen kann noch nichts gesagt werden. Allerdings ist zu bemerken, dass eine im Zusammenhang der »Jagoda-Tage« 1998 ebenfalls unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes gebildete Arbeitsloseninitiative nur etwa ein Jahr lang gehalten hat.

DGB ohne Unterbau

Wie die Auseinandersetzung weitergeht, hängt nicht zuletzt von dem Verhalten der im DGB Main-Kinzig/Offenbach zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften ab. Ein langjähriger Funktionär der Postgewerkschaft versicherte, dass »der DGB-Kreisvorstand hinter seinem Vorsitzenden« stehe. Er wundere sich über das Kesseltreiben gegen Hareter, da »der DGB keine SPD-feindliche Organisation« sei. Diese Darstellung korrigiert zwar das von der SPD-Führung gezeichnete Zerrbild eines isolierten Querulanten an der Spitze der DGB-Kreisorganisation, täuscht aber auch über tatsächliche Differenzen hinweg. Während vor allem die Hanauer IG Metall und GEW sich grundsätzlich – wenn auch nicht unbedingt aktiv – solidarisch verhalten, leben zwei Gewerkschaften, die ÖTV Hanau und die IG BAU Gelnhausen, mit dem DGB Main-Kinzig/Offenbach geradezu in Feindschaft. Typischerweise ist es nicht immer möglich, in diesen Streitigkeiten unterschiedliche politische Auffassungen zur Rolle von Gewerkschaften von persönlichen Animositäten der Funktionäre sauber zu trennen.

In der Frage der Sozialämter ist die ÖTV allerdings direkt betroffen. Die politische Substanz der erwähnten Konfliktsituation lässt sich hier beispielhaft verdeutlichen. Sie wurzelt letztlich darin, dass die ÖTV Hanau durch den von Hareter

praktizierten kämpferischen Reformismus ihre Kreise gestört sieht.¹

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft

Die Hanauer ÖTV veranstaltet – ohne es ausdrücklich so zu nennen – ihr »Bündnis für Arbeit« mit dem Main-Kinzig-Kreis und den größeren Kommunen. Für die Unterstützung betriebswirtschaftlicher Konzepte fordert sie ein Mitspracherecht, das auf Beibehaltung des öffentlichen Eigentums auch bei formaler Ausgliederung, parlamentarischer Kontrolle und Mitbestimmung nach dem Muster der Privatwirtschaft beruhen soll. Dass die Änderung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen (zum Beispiel der Main-Kinzig-Krankenhäuser 1995) eine Salami-Taktik des Trägers über die Verschärfung des Leistungsdrucks bis zur tatsächlichen Privatisierung begünstigt, wird nicht mehr diskutiert. Für diesen Kurs hat die Gewerkschaftsführung bislang die Mehrheit der aktiven Mitglieder hinter sich.

Diese Zustimmung beruht nicht nur auf einem Mangel an Alternativen in den Köpfen, sondern auch auf begrenzten Erfolgen, die im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzen erzielt werden konnten. Gern beruft sich die ÖTV darauf, dass Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bisher wesentlich im juristischen Eigentum von Kreis und Stadt verblieben. Aktuelles Beispiel ist die Re-Kommunalisierung des größten Altersheims in Hanau um die Jahreswende 1998/99. Vergessen wird dabei jedoch, dass dieser Erfolg durch zwei Voraussetzungen ermöglicht wurde: die Aktivitäten der Belegschaft des Altersheims selbst und die vorausgegangenen Erfahrungen mit Konkursen etlicher Privatbetreiber, die auch die Gegner der Re-Kommunalisierung verunsicherten. Nach der bejubelten Übernahme des Heims durch den Main-Kinzig-Kreis stehen nun aber Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen, -zeiten, Lohn etc. mit der kommunalen Geschäftsführung an. Dieses Beispiel weist in die Richtung, die auch die Beschäftigten des Sozialamtes gehen müssten: Sie müssen ihre Interessen selbst geltend machen, auch und gerade innerhalb der ÖTV.

Hareter fordert, die »Mitarbeiter« aus der politischen Auseinandersetzung herauszuhalten, da sie nur die Vorgaben ihrer Vorgesetzten umzusetzen hätten. Richtig ist das Gegenteil: Die Beschäftigten müssen aus ihrer Objektrolle herauskommen, in der sie politisch funktionalisiert werden. Sie müssen selbst in die Debatte eingreifen und aktiv werden, und selbstverständlich brauchen sie dafür die Solidarität ihrer Gewerkschaft.

4. 1. 2000 ■

Nachtrag: Am 18. Januar fand im Hanauer DGB-Haus das erste Treffen der Sozialhilfe-Initiative statt. Über 50 Betroffene fanden sich ein, dazu einige Sozialarbeiter, eine Rechtsanwältin, der Vorsitzende des Mietervereins usw. Der Vertreter der BAG SHI sprach von einem für Hessen in dieser Größenordnung einmaligen Vorgang. Zu Beginn der Sitzung wurden der Sozialamtsleiter und der Bürgerbeauftragte des Main-Kinzig-Kreises von der Teilnahme ausgeschlossen. Für die kommenden Monate wurden Vorschläge gemacht, wie der vorhandene Unmut politisch zu bündeln sei. So sollen unter Mitwirkung des DGB, der BAG SHI, der autonomen Basta-Gruppe und des Kirchenkreises Hanau-Land ein Forderungskatalog und eine Dokumentation über Mißstände in den Sozialämtern und ein Forderungskatalog an die Sozialpolitik in Stadt und Kreis erarbeitet werden.

30.1.2000 ■

Mit der Naturfreundejugend in Krakau und Auschwitz

Die Auseinandersetzung mit der Zeit des Faschismus, mit Zeitzeugen dieser Zeit und der Besuch von Gedenkstätten ist ein Arbeitsschwerpunkt der Naturfreundejugend in Nordrhein-Westfalen. So wurde in der Vergangenheit das Emslandlager in Papenburg, eine unterirdische Motorenfabrik mit den Zwangsarbeiterbaracken an der Porta Westfalika, das KZ in Neuengamme mit der Schule am Bullenhusener Damm in Hamburg und in Amsterdam das Widerstandsmuseum und Anne-Frank-Haus besucht.

In diesem Jahr wollten wir Krakau und Auschwitz/Birkenau kennenlernen. Wir wollten hier einen Zugang zu der menschenfeindlichen industriellen Vernichtung von Millionen von Menschen während der Zeit des Faschismus bekommen. Dabei waren die gut ausgewählten und zusammengestellten Unterlagen, die wir während der langen Busfahrt (zirka 17 Stunden) nach Krakau studieren konnten, eine große Hilfe. Der wohl abgestimmte Programmablauf ermöglichte uns einen Zugang zu den Fragen jüdischen Lebens bis hin zur Vernichtung.

Am ersten Tag besichtigten wir bei einem geführten Stadtrundgang Krakau mit seinen historischen Bauten im Stadtzentrum und das Schloss auf dem Wawelberg. Wir sahen das pulsierende Leben auf dem Marktplatz mit den historischen Tuchhallen, die Marienkirche mit ihrem prunkvollen Veit-Stoss-Altar, den Rathaustrum und auch die historischen Gebäude der Universität. Hier wurde uns klar, warum Krakau als »*Schatzkammer der polnischen Kultur*« bezeichnet wird und von der UNESCO in die Liste der zwölf bedeutendsten Städte der Welt aufgenommen wurde. Deshalb auch zahlreiche Gerüste und Baustellen an den Gebäuden. Aber wir sahen später auch etwas abseits des Zentrums Gebäude – besonders Wohnungen – die kurz vor dem Zerfall standen. Die zahlreichen, unübersehbaren Kathedralen und Kirchen zeugen von der bedeutenden Rolle der katholischen Kirche in Polen bis heute.

Am Abend sahen wir uns zusammen den Film von Spielberg »Schindlers Liste« an. Oskar Schindler war ein Fabrikbesitzer der zu Anfang – wie viele andere Unternehmer auch – am Krieg der Nazis verdienen wollte. Deshalb tauschte er auch polnische Zwangsarbeiter gegen billigere jüdische aus. Aber gegen Kriegsende wandelte er sich zum Retter von Juden. Er nutzte seine guten Kontakte zu den Nazis aus und kaufte immer mehr jüdische Männer und Frauen für seine Fabrik frei und setzte sie auf »Schindlers Liste«. Über tausend rettete er so vor dem sicheren Tod im KZ. Dabei ging sein ganzes Vermögen drauf. Seine Frau pflegte dann die kranken und ausgezehrteten Juden wieder gesund. Der Film ist sicherlich diskutierenswert und spricht viele Fragen nicht an. Er war aber ein Einstieg und bereitete uns gleichzeitig auf unseren Besuch im jüdischen Viertel und des Krakauer Ghettos am nächsten Tag vor, wo er auch gedreht wurde.

Bereits 1495 wurde die damalige jüdische Bevölkerung auf Beschluss des Königs in die ehemalige, selbständige Stadt Kazimiers, heute ein Stadtteil von Krakau, umgesiedelt. Neben Warschau entstand so ein weiteres jüdisches Ghetto und wurde so zu einem der bedeutendsten jüdischen Kulturzentren Polens. Es entstanden eigene Schulen, Krankenhäuser und Lehrgebäude. Hier kündigte sich schon die

Ausgrenzung durch Religionen an. Der Einfluss der katholischen Kirche duldet keine Andersgläubigen in ihrer Mitte und Umgebung und die jüdischen Bürger grenzten sich daraufhin durch ihre andersartige Lebensweise ab.

Nach der Besetzung Polens 1939 durch die Nazis pferchten sie 1941 alle Juden aus Kazimierz in einem winzigen Ghetto südlich von Krakau auf der anderen Flussseite zusammen und errichteten um dieses Straßenviertel eine Ghetto-Mauer. Einzig die Apotheke, heute als kleines Museum eingerichtet, war die Verbindung zur Außenwelt. Hier lebte der »arische« Apotheker und konnte deshalb zusammen mit seinen weiblichen Angestellten Briefe und Nahrungsmittel und andere lebenswichtige Dinge für die jüdische Ghetto-Bevölkerung hinein- und herausbringen. Allein diese winzige Möglichkeit des Widerstandes war von besonderer Bedeutung. Ansonsten, wurde uns berichtet, hat auch hier die Bevölkerung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus Angst vor dem Nazi-Terror nur zu- oder auch wegesehen. Fast alle Juden sind in Auschwitz ermordet worden, wenn sie das KZ Plazow, das die Nazis einige Kilometer südlich von Kazimierz in einer österreichischen Bergfestung errichtet hatten, überlebten. Einige konnten auch ins Ausland flüchten. Von den ehemals 70.000 Juden Krakau leben heute noch rund 180 sehr alte Menschen dort.

Gemeinsam mit einem gut informierten jungen Polen, der mit dem jüdischen Gemeindezentrum zusammenarbeitet, besichtigten wir im jüdischen Viertel die noch existenten Synagogen, die zum Teil wieder kräftig renoviert werden, den jüdischen Friedhof – hier hatten die Juden die Grabsteine vor der Zerstörungswut der Nazis in einem Erdhügel vergraben. Wir sahen die neu entstandenen jüdischen Restaurants und wanderten zu Schindlers Emaillierwerk, in dem sich heute ein Telefonanbieter befindet. Wir versuchten uns anhand der nur noch wenig erhaltenen Ghetto-Mauern die damalige Situation vorzustellen. Hilfreich dazu war der Besuch der Apotheke. Aber hier hatten wir nur wenig Zeit uns umzusehen, weil eine israelische Jugendgruppe »hineindrängte«. Laut Unterrichtsplan muss jede israelische Schulklasse einmal Krakau und Auschwitz besucht haben. Eine ähnliche Auflage sollte es auch für deutsche Schulen geben (natürlich nach gründlicher Vorbereitung im Unterricht). Aber die Frage bleibt, ob eine intensive Auseinandersetzung mit den Ursachen der Nazi-Herrschaft stattfinden kann, wenn hier Jugendliche zum Teil jünger als fünfzehn Jahre in einem Eiltempo zum Teil unter dem Schutz von zivilen Wachmännern »durchgeschleust« werden. Diese Gruppen prägten häufig das Bild auf den Straßen im ehemaligen jüdischen Viertel.

Anschließend fuhren wir mit dem Bus zum ehemaligen KZ Plazow, das gleich nach dem Krieg dem Erdboden gleichgemacht wurde. Aber immer wieder stößt man bei Erdarbeiten und auf den Feldern in der Umgebung des dort errichteten Mahnmals auf Tonscherben oder Metall- und Besteckreste, die an die entsetzliche Vergangenheit erinnern.

Am dritten Tag trafen wir im Zentrum für jüdische Kultur eine Journalistin, die uns anhand eines Vortrages über die Geschichte der Juden in Krakau noch einmal das am Vortag Gesehene vertiefte. Anschließend besuchten einige die Mahn-Ausstellung in der Aizyk-Synagoge oder sahen sich noch intensiver in dem ehemaligen jüdischen Viertel um, in dem nun nach dem Krieg besonders arme Polen lebten.

Am Nachmittag trafen wir dann mit dem Zeitzeugen und Überlebenden des Ghettos und der Vernichtungsmaschinerie der Nazis, Edwin Opoczinski, im jüdischen Zentrum zusammen. Der über achtzigjährige Arzt versuchte alle von uns gestellten Fragen zu beantworten. Auch vor ihm als getauften Juden (sogenannter Assimilierter) machten die Nazis nicht Halt. Er berichtete von seiner Zeit im Ghetto, im KZ Plazow, von der wenigen Unterstützung durch die Bevölkerung, besonders bei den Todesmärschen in den letzten Wochen der Nazi-Herrschaft. Wie durch ein Wunder hat seine ganze Familie überlebt und ist in den fünfziger Jahren nach Israel ausgewandert. Er ist hiergeblieben, Offizier in der polnischen Armee geworden und erst vor wenigen Jahren hat seine Nichte von seiner Geschichte erfahren. Seine Schwester hat darüber nie gesprochen. Auf die Frage einer jungen Teilnehmerin von uns, wie er das alles überleben konnte und dazu noch heute hier darüber mit uns und vielen anderen so sprechen konnte, gab er uns zwei Botschaften mit:

Zum einen, weil er das Leben liebt und daher einen unbändigen Drang zum Überleben hat. Er ist der lebende Beweis dafür.

Zum anderen, Religion grenzt aus. Nach all diesen Erfahrungen geht er jetzt mit einer Kopfbedeckung in eine Synagoge, zieht die Schuhe vor dem Eintritt in eine Moschee aus und zündet in der katholischen Kirche eine Kerze an. Er ist nicht mehr religiös, in keiner Kirche und sieht nur in der Überwindung der Glaubensgrenzen die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

Am vierten Tag fahren wir mit dem Bus gut eine Stunde nach Oswiecim und besuchten dort das Stammlager Auschwitz. Schon beim Lesen der Aufschrift am Torbogen des Eingangs »Arbeit macht frei« zuckte man zusammen. Denn das zeigte die ganze Menschverachtung der Nazis: wenn man durch dieses Tor ging, hatte man in der Regel nur zwei Alternativen – den Tod durch Arbeit oder den durch die Gaskammer. Der Anblick von Bergen von Haaren, Brillen, Koffern schnürte einem die Kehle zu und ließ einem das Herz erstarren vor soviel Unmenschlichkeit. Die Vitrinen mit den zahlreichen Listen der Menschen, die hier ankamen. Alles sorgfältig aufgeschrieben, all ihr Hab und Gut registriert bis hin zu den Bahnfahrkarten – Kinder zum halben Preis!

Aber auch hier wieder viel Eile und zahlreiche andere Gruppen, zum Teil in einem Raum. Das Stimmengewirr von polnisch, hebräisch, deutsch und englisch der verschiedenen Begleiter der Gruppen verhinderte hier und da die Konzentration auf die zahlreichen Info-Tafeln und Ausstellungsvitrinen.

Der Besuch in dem Todestrakt mit der Erschießungswand und den Todeszellen war erschütternd. Hier die Zelle von Pfarrer Kolbe – geschmückt mit einer großen Kerze und einer Gedenktafel – initiiert vom Papst bei seinem letzten Besuch. Sicherlich vollbrachte Pfarrer Kolbe, der dafür auch heilig gesprochen wurde, eine große Tat, als er anstelle eines Familienvaters verhungerte.

Aber warum musste er besonders herausgestellt werden? Es gab Hunderte, die für andere ihr Leben ließen. Einer war ein junger Mann namens Janusz Pogonowski. Er war den Landvermessern zugeteilt und kam daher mit Menschen außerhalb des KZ zusammen. Er schmuggelte Tausende Ampullen notwendiger Medizin – täglich unter dem Druck, bei den Wachen aufzufallen – ins KZ, um damit den besonders Kranken zu helfen. Er wurde verraten und aufgehängt

als abschreckendes Beispiel. Aber er ließ dem Nazi-Offizier nicht die Chance das Urteil zu verlesen. Er schlug sich selbst den Schemel unter den Füßen weg.

Dann ging es zur Gaskammer und zum Krematorium, wo die ermordeten Menschen in vier Öfen verbrannt wurden. Unser polnischer Begleiter erklärte monoton, dass es bei besonders ausgehungerten Menschen möglich war, gleichzeitig drei in den Ofen zu schieben. Die Grenze des Ertragbaren war erreicht. Dem Polen war es sicherlich nicht zu verdanken, dass er eine besondere Distanz zu den Geschehnissen hier hielt, denn er musste ja mehrmals täglich hier Besuchergruppen durchführen.

Aber dann – fast wie eine Erleichterung – sprang ein älterer polnischer Mann uns freudig lachend entgegen. Es war Stanislaw Hantz, ein polnischer Überlebender aus Auschwitz und hier vor uns als ein greifbares Beispiel für das Leben. Stanislaw wollte uns als Zeitzeuge in das drei Kilometer entfernte Birkenau, das eigentliche industrielle Vernichtungslager der Faschisten begleiten.

Über 1,8 Mio. Juden, aber auch Roma und Sinti und andere den Nazis unliebsame Bevölkerungsgruppen wurde hier vernichtet. Ursprünglich waren auf den Mahntafeln 4 Mio. angegeben, sie wurden später korrigiert und ausgetauscht. Aber was auch immer hinter dieser Korrektur steckt, unvorstellbar sind eigentlich beide Zahlen. Auf dem zirka 175 Hektar großen Gelände stehen heute noch rund 40 der über 300 Baracken. Gespenstisch ragen oftmals nur die Schornsteine empor und man sieht nur noch die Fundamente. Wieder erdrückend anzusehen und sich vorzustellen: die eingleisigen Bahnschienen mit der Rampe für die ankommenden Deportierten. Hier stand der KZ-Arzt Mengele mit seinen Schergen und führte mit einer Handbewegung die Selektion durch. Die Kräftigen ins Arbeitslager, die Schwachen sofort in die Gaskammern.

Stanislaw trieb uns im strömenden Regen über das Gelände. Zu allem hatte er etwas zu berichten. Wir sollten alles sehen. Teilweise verärgert war er über die Wiesen mit einzelnen Blumen zwischen den Baracken. Wir sollten einen Originaleindruck mit nach Hause nehmen, denn hier war früher alles Schlamm, in dem sie bis zu fünf Stunden knöcheltief beim Appell stehen mussten. Er berichtete vom Arbeiten, dem Essen und der Unterbringung. Er zeigte uns den Zaun, worunter jüdische Frauen des Widerstandes das Schwarzpulver gereicht haben, das zur Sprengung eines der vier Krematorien mit den Gaskammern diente. Er ging mit uns zum Teich mit Menschenasche und winzigen Knochenresten. Er erklärte uns, wie ein weiteres Krematorium als Sabotage niedergebrannt wurde. Zum Abschluss haben wir ihn alle völlig durchnässt zu seiner Baracke begleitet. Sie lag in einem nicht mehr begehbaren Teil. Wir mussten ein verkettetes Tor überwinden und zündeten mit ihm für seine Kameraden eine Kerze an. Es war ein Moment der tiefen Nähe und Solidarität. Er schaute nach, ob auf einer Karte, die in einer Plastiktüte unter einem Stein steckte, sich einer seiner Mitinsassen gemeldet hatte – wie es einmal schon passiert war.

Wir erreichten den Bus am Ende des Lagers, wo in einem der Wachhäuser der Nazis nun eine katholische Kirche eingerichtet war mit einem Kreuz auf dem Dach. Im Bus signierte Stanislaw noch das Buch »Zitronen aus Kanada«, in dem er seine Erlebnisse aufgeschrieben hat. Am Abend ver-

suchten wir gemeinsam die Erlebnisse, Gefühle und Gedanken des Tages aufzuarbeiten.

Dabei wurde noch einmal deutlich, dass zum Verstehen dieser unmenschlichen Maschinerie der Nazis wir uns den gesellschaftlichen Hintergrund vor Augen führen müssen. Auffällig war zum Beispiel, dass mit Ausnahme von zwei Bildern das dritte Lager Monowitz auf dem Gelände der IG Farben kaum Erwähnung findet, obwohl in einer Baracke die Dosen mit dem hochgiftigen Zyklon B zur Vernichtung bis an die Decke gestapelt waren. Nicht nur die Industrie wie Thyssen, Krupp, Degussa und andere, die sich an dem Faschismus dumm und dämlich verdienten, steht hier in Auschwitz zur Anklage, sondern auch das kapitalistische System überhaupt. In den dreißiger Jahren bereitete die Arbeitslosigkeit und die enormen sozialen Spannungen den Nährboden. Die Parteien der Weimarer Republik konnten über das Parlament keinen Ausweg mehr zeigen. In dieser Situation waren es besonders die Vertreter der Industrie, die die Faschisten an die Macht brachten und unterstützten, weil die Gefahr bestand, dass die bürgerliche Ordnung ihre Eigentumsverhältnisse nicht mehr sichern konnte. Die Vergangenheit eingeholt hat diese Unternehmen nun die Debatte über die längst fälligen Entschädigungszahlungen für die Zwangsarbeiter. Wollen sie international Geschäfte machen, müssen sie diese Hemmnisse – besonders in den USA – aus dem Wege räumen und alles, was sie zur Verantwortung für die Zeit des Faschismus heranziehen könnte, mundtot machen. Doch mit dem erbärmlichen Zahlungsangebot, das sie nun den Zwangsarbeitern gemacht haben, wird das nicht gelingen. Trotz der Einigung gibt es erst Erklärung von Zahlungen für zwei Mrd. DM statt der vereinbarten fünf Mrd. DM.

Am fünften Tag kamen wir mit jungen polnischen Antifaschisten der Gruppe »Never Again« aus Oswiecim zusammen.

Sie gaben uns einen Überblick über die aktuelle Situation des Antisemitismus in Polen. Die besondere Rolle der katholischen Kirche (diese war allerdings immer das Bindeglied des Volkes bei den zahlreichen Aufteilungen des Landes in der Vergangenheit) dabei und der heutige »Antisemitismus ohne Juden« wurde uns erklärt. Ein katholischer Sender strahlt täglich Hetztiraden gegen alles aus, was nicht mit der Kirchengauffassung übereinstimmt. Ein polnischer Bischof hat Chiles Oberfolger und Verantwortlichen für über 4000 ermordete Chilenen in London besucht und seine Freilassung gefordert. Die Solidarnosz bietet im Rahmen von Regierungsbündnissen rechtsradikalen Parteien die parlamentarische Bühne für deren Hetztiraden. Höhepunkt war die Aktion von Skinheads, die mit Duldung der katholischen Kirche unter Sieg-Heil-Rufen ins KZ Auschwitz einzogen und dort hundert Kreuze errichteten. Sie wurden im Mai 1999 nach langer Debatte endlich wieder entfernt.

Die Gedenkstätte Auschwitz war natürlich immer dem Gerangel verschiedener Interessensgruppen ausgesetzt. In der Zeit der Regierung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei war es eine Gedenkstätte für alle Polen, denn auch die Juden waren Polen. Nach der Wende versuchen einerseits die jüdischen Verbände wie auch die katholische Kirche ihre Interessen durchzusetzen. So errichtete ein Pfarrer heimlich in der Kiesgrube anlässlich des Papstbesuches ein großes Kreuz, das heute noch steht.

Auch die Bevölkerung von Oswiecim steht der Gedenkstätte nicht nur positiv gegenüber. Hier wird aus ihrer Sicht

zuviel Geld investiert und in ihre Stadt nicht. Bei einer Umfrage unter Jugendlichen bis 27 Jahren sprachen sich 34 Prozent gegen diese Gedenkstätte aus. Es gab auch schon Pläne, dort einen riesigen Supermarkt oder eine Diskothek zu errichten.

Diese Fahrt – auf der 18-stündigen Rückfahrt mit dem Bus gab es noch manche Diskussion – vermittelte uns eine Vielzahl von Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Diese Arbeit muss weiterhin ein nicht mehr wegdenkbarer Bestandteil der Arbeit der Naturfreundejugend bleiben.

Dortmund, 16.1.2000 ■

Redaktionelle Anmerkung

Der obige Reisebericht wird von uns abgedruckt, obwohl er in mancher Hinsicht problematisch ist. Der Autor schildert seine Betroffenheit, die er bei seinem Auschwitz-Besuch mit einer Gruppe der Naturfreundejugend dort empfand. Interessanter wäre es gewesen, wenn dargestellt worden wäre, wie es den Jugendlichen ergangen ist, was ihre Fragestellungen waren, wie sie das Ganze erlebt haben und was sie an Erkenntnissen gewonnen haben. Aber von einer Reise mit Jugendlichen, die freiwillig nach Auschwitz in ihrer Freizeit fahren, zu einer Forderung zu gelangen, alle deutschen Schulklassen müssten einen Auschwitzbesuch als Pflichtprogramm durchführen, ist doch ein sehr weiter Weg. Dass »Betroffenheitspädagogik« schon lange an ihre Grenzen stößt, ist vielfach bekannt und wird auch durch die Meldungen untermauert, die von randalierenden israelischen Schulklassen in Krakau berichten – etwa um die Zeit, als der Besuch stattfand, von der die Korrespondenz handelt. Die dauernde Wiederholung von unvorstellbaren Gräueln und das häufig damit einhergehende Ansinnen, sich schuldig fühlen zu müssen, stoßen bei den meisten Jugendlichen auf Widerwillen und Ablehnung. Insbesondere dann, wenn sie keine Antworten bekommen auf die Fragen, die sich ihnen stellen: Warum haben die das gemacht? Wie hätte man sich wehren können? Was hat das mit heute zu tun? Wie kann man sich heute wehren?

Jemand kann eine emotionale Erschütterung erleben, die aber weder verordnet noch zu einem Pflichtthema gemacht werden kann. Sie bleibt ein individuelles Erlebnis, auch wenn sie in einer Reisegruppe oder auf einer Klassenfahrt geschieht. Es gibt keine Gewähr dafür, dass aus einer solchen Erschütterung eine gesellschaftliche Erkenntnis folgt, außer vielleicht einem ungezielten Verlangen, »so etwas« solle nie wieder vorkommen. Dieser »Antifaschismus« ist seit 1945 Teil der westdeutschen offiziellen »Bewältigung« der Nazi-Vergangenheit – und wurde in die bundesdeutsche Politik integriert.

Der im Bericht erwähnte Film »Schindlers Liste« löste und löst sicherlich bei der großen Mehrheit der Kinobesucher tiefe Betroffenheit aus, aber schützt wohl niemanden davor, nach dem Kino z.B. über Arbeitslose, Rentner oder Kranke zu schimpfen, die dem Steuerzahler auf der Tasche lägen. Dabei ist »Schindlers Liste« zudem ein typisches Beispiel dafür, wie die materiellen und gesellschaftlichen Hintergründe des Holocaust weggelassen werden und ein konkretes, individuelles Schicksal in den Mittelpunkt gerückt wird. In diesem Fall der Opportunist und gewissenlose Profiteur Schindler, der mit jüdischer Zwangsarbeit Geschäfte macht, bis er – 1944 – erkennend, dass der Krieg verloren ist,

daran geht, sich für die Nachkriegszeit ein Alibi zu verschaffen, indem er einen Teil der überlebenden Zwangsarbeiter rettet.

In Berlin erhielt vor einiger Zeit eine Schule den Namen Schindlers. Bei der Namensgebung erklärte das Vorstandsmitglied des Zentralrates der deutschen Juden, Friedmann, dass Schindler ein glaubwürdiges Vorbild sei. Ganz anders einige Schülerinnen und Schüler, die sich auf einer Wandzeitung äußerten: »Er war Mitglied der NSDAP und trug das goldene Parteiabzeichen. Er war ein Frauenheld, ein Säufer und ein profitieriger Fabrikant, der kriegswichtige Waren herstellte...« (ND, 29.1.00) Diese von den Jugendlichen richtig erkannten Eigenschaften passen zu unserer Gesellschaft, die Schindler heute zu ihrem Helden macht. Die Red. ■

BUCHBESPRECHUNGEN

Bücher zum Jugoslawienkonflikt

**1) Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg.),
Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben.
Die Grünen, die SPD, die NATO und der Krieg
auf dem Balkan. Berlin 1999**

Dieses Buch versammelt Beiträge, die zum großen Teil während des laufenden Krieges der NATO gegen Jugoslawien verfasst wurden. Es ist, im Unterschied zum Vorläufer-Band, offensichtlich ein Schnellschuss, denn ein Teil der Beiträge enthält keine ernsthaften Analysen oder Untersuchungen, sondern besteht aus Polemiken gegen die kriegstreibenden Politiker von SPD und Grünen. Einige Beiträge sind aber trotzdem nützlich, z.B. die sich mit dem Racak-Massaker und dessen Bedeutung für die Kriegsauslösung, die sich mit der Entwicklung der Nato-Strategie, der Begründung für den Krieg (Noam Chomsky) oder der deutschen Unterstützung der UCK, bzw. deren Vorläufern, befassen.

**2) Lühr Henken, Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien
–Eine Zwischenbilanz – Die Rollen der Deutschen und der
"neuen" NATO. Hamburg 1996
(zu beziehen über den Autor: LuehrHenken@t-online.de)**

Der Autor war bis zu seinem Austritt 1998 Mitglied der Grünen und dort friedenspolitisch aktiv. Die Broschüre zeichnet im wesentlichen die Jahre 1990 bis 1996 minutiös nach, indem der Autor die Entwicklung zum Krieg und den Krieg selbst in seinen Schritten verfolgt. Er geht dabei insbesondere der Frage nach, wie Deutschland und der Westen in dem sich entwickelnden Konflikt unterschiedlicher Nationalismen, die aus dem ökonomischen Zerfall Jugoslawiens hervorgehen, entschieden und einseitig Partei gegen die Serben ergreifen und alles tun, um der Zerstückelung Jugoslawiens zum Erfolg zu verhelfen. Nachdem er vor allem die vorantreibende Rolle der Bundesrepublik in den Jahren 1990 und 1991 herausarbeitet, verfolgt er die nach und nach erfolgende Einmischung der EU und dann insbesondere der USA und damit der NATO auf den von Deutschland gelegten Spuren. Er kommt dabei schon 1996 zu der bemerkenswerten These, »daß hinter der Diskreditierung der UNO durch die schrittweise Intervention in Jugoslawien Methode steckt, um den aggressiven Militärpakt NATO zu erhalten.«(S.3)

Im nachhinein ergibt sich so ein viel klareres Bild, als es damals zu sehen möglich war; besonders deutlich wird dabei, dass quasi vor jeder westlichen Eskalation ein "Massaker" wie auf Bestellung erfolgte, womit die Eskalation dann gerechtfertigt werden konnte. Die Muster, die hier zu erkennen sind, sollten sich dann im jüngsten Krieg anlässlich des Kosovo-Konflikts wiederholen. Geradezu prophetisch wirkt das Zitat eines amerikanischen Journalisten aus dem Jahre 1992(!), der über Diskussionen in Washingtoner Regierungskreisen berichtet: »In Washingtoner Regierungskreisen setzte sich die Auffassung durch, Jugoslawien nicht nur der Behandlung durch die Europäer zu überlassen, sondern diese gar in eine solche Rolle zu drängen (...) Viele (...) vertragen darüber hinaus die Auffassung, Europa werde diese Prüfung nicht bestehen und auf diese Weise schmerzhaft daran erinnert werden, daß es weiterhin auf eine starke amerikanische Präsenz angewiesen sei.«(S.39)

Diese Voraussage hat sich mittlerweile ja mehr als bestätigt, so dass der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Brzesinski jetzt unwidersprochen von Europa als einem amerikanischen »Militärprotektorat« sprechen kann, wie der Kosovo-Konflikt ja bewiesen habe.

**3) Klaus Bittermann (Hg.), Serbien muß sterben.
Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg.
Berlin , 4.Aufl. 1999**

Dieses Buch erschien zuerst Ende 1994 und versammelt Aufsätze verschiedener JournalistInnen aus dem In- und Ausland, die sich vorrangig um die Medienberichterstattung der Jahre 1990 bis 1994 zum Jugoslawienkonflikt kümmern. Fast alle Beiträge gehen von dem Standpunkt eines journalistischen Berufsethos aus, das der Wahrheit verpflichtet ist. Viele kommen dabei erschüttert zu der Schlussfolgerung, dass der Großteil der westlichen Medien sich nicht diesem Ethos verpflichtet fühlt, sondern der Parteinahme in dem Konflikt, und zwar gegen die serbische Seite. In den einzelnen Beiträgen werden z.B. die Propaganda- und Desinformationskampagnen der kroatischen und bosnischen Regierung beschrieben, die von New Yorker Werbeagenturen gesteuert wurden.

Ein anderer Schwerpunkt liegt auf konkreten Untersuchungen z.B. der berühmt-berüchtigten Meldungen über die »planmäßigen Massenvergewaltigungen« der Serben an kroatischen und muslimischen Frauen. Nachforschungen an den fraglichen Orten brachten dann zumeist das Ergebnis, dass es sich um übelste Greuelpropaganda handelte, die niemand zu hinterfragen gedachte. Ein Beispiel: »Über die Leiden von Aziza berichteten die 'Süddeutsche Zeitung' und das ZDF-Magazin 'Mona Lisa'. Aziza soll in Manjaca in einem Stadion vor 1500 Leuten vergewaltigt worden sein. Ich weiß nicht, ob Frau Welser vom ZDF oder Frau Graupner von der 'Süddeutschen' in Manjaca waren. Ich war dort und habe vieles gesehen, nur kein Stadion.«, schreibt Martin Lettmayer in seinem Beitrag: »Da wurde einfach geglaubt ohne nachzufragen.«(S.48)

Die Stärke dieses Bandes liegt zweifellos in der engagierten Recherche und Berichterstattung der beteiligten Journalisten, die sich zusammen mit anderen wenigen nicht zu Gerüchteverbeitern, Lügnern und Kriegspropagandisten machen ließen. Nützlich dürfte es vor allem in der Diskussion mit Leuten sein, die sich dieser Kriegspropaganda nicht entziehen konnten und doch auf so manches reingefallen

sind. Was angesichts der Ungeheuerlichkeit und der Dreistigkeit mancher Lügen auch nicht weiter verwunderlich ist.

4) Uli Cremer, Neue NATO – neue Kriege?

Zivile Alternativen zur Bundeswehr. Hamburg 1998

Der Autor war, als er das Buch verfasste, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden bei den Grünen. Das kann man auch vor allem an dem Teil des Buches erkennen, der sich mit den "zivilen Alternativen" zur Bundeswehr beschäftigt. Im Unterschied zu seiner eigenen Analyse der NATO wird hier so getan, als ließe sich die Bundeswehr aus "Vernunftsgründen" und »friedenspolitischen Erwägungen« heraus umstrukturieren bzw. entscheidend reduzieren.

Der Wert des Buches liegt eindeutig in seiner Aufarbeitung des Verhältnisses von UNO und NATO. Der Autor entwickelt, wie die UNO von den USA bzw. dem Westen zur Zeit des Kalten Krieges je nach Weltlage zu instrumentalisieren versucht wurde. Entscheidend war natürlich immer das Verhältnis zur Sowjetunion, mit der man sich im Zweifelsfall im Sicherheitsrat zu einigen hatte. Gewissermaßen eine Hochzeit erlebte die UNO in den 80er Jahren, als die Sowjetunion die UNO brauchte, um ihren Machtzerfall (z.B. in Afghanistan) abzufedern, was sie wiederum für den Westen attraktiv machte. Die entscheidende Veränderung erfolgte durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, der vor allem für die USA in den 90er Jahren die UNO mehr und mehr uninteressant, ja zu einem Hemmschuh für die Durchsetzung der eigenen Politik werden ließ. Als einzig übrig gebliebene Weltmacht wurde es für sie zunehmend lästig, sich in der

UNO ein Mandat geben zu lassen und das heißt, die Zustimmung von Russland und China einholen zu müssen, gegen die man ja den Kalten Krieg gewonnen hatte.

Der Autor zeichnet die Stationen der zunehmenden Ausweitung der UNO-Rolle an den Stationen: 2. Golfkrieg, Somalia-Einsatz und Jugoslawien nach. Er zeigt dabei, dass es das Ziel der USA war, an die Stelle der UNO als Instanz, die einem militärischen Eingreifen den Segen zu geben hat, die NATO treten zu lassen, was einer Selbstbeauftragung des Westens an sich selbst gleich kommt. Der Autor kommt zu der Schlussfolgerung, dass der Konflikt in Jugoslawien vom Westen bzw. den USA systematisch genutzt wurde, um die UNO als friedensstiftende Organisation scheitern zu lassen und statt dessen die NATO als Ordnungsmacht durchzusetzen.

In einer Untersuchung der neuen NATO-Strategie, die ihre Ziele jetzt bewusst vage auf Durchsetzung der Interessen des Westens weltweit formuliert, erläutert er auch die Veränderung der militärischen Kapazitäten weg von einem großen Krieg in Europa hin zu weltweit operierenden, mobilen Einsatzkräften.

In einem Punkt scheint sich der Autor aber gründlich zu irren, wenn er als langfristiges Ziel der NATO die Einbeziehung Russlands in die NATO selbst annimmt. Er begründet dies vor allem mit dem Drängen russischer Politiker nach einer engen Kooperation mit der NATO. Der jüngste Krieg gegen Jugoslawien, verbunden mit der Äußerung des US-Verteidigungsministers Cohen Ende Juli in Tiflis, wo er Georgien eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht stellte, dürfte hier für mehr Klarheit gesorgt haben. August 1999 ■

DOKUMENTIERT:

»... der Feldzug ist noch nicht zuend«

Brecht, Mutter Courage und ihre Kinder

Zur Auseinandersetzung um die Trepca-Betriebe im Kosovo

Der Krieg gegen Jugoslawien wird seit dem Waffenstillstand weitergeführt mit den Mitteln des Embargos, der einseitigen Hilfe für Kosovo-Albaner und für von der Opposition verwaltete Städte in »Rest«-Jugoslawien, der Einführung der DM als Zahlungsmittel im Kosovo, und durch den Versuch, die Öffnung des Landes für ausländische Investoren zu erzwingen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Trepca-Werke, die bis zum Beginn der Bombardierungen als »Kronjuwel« der jugoslawischen Industrie und größter Devisenbringer galten. Die Auseinandersetzung um die Wieder-

aufnahme der Produktion, von der viele Tausend Arbeitsplätze abhängen, vor allem um die Frage, ob Kosovo, wie von der UNO im Waffenstillstandsabkommen zugesichert, zu Jugoslawien gehörig bleibt und damit Trepca gesellschaftliches Eigentum Jugoslawiens, nimmt an Schärfe zu. Die Unruhen in Mitrovica sind Ausdruck dieser Tatsache. Bevor wir im nächsten Heft auf die Entwicklung in Jugoslawien, insbesondere im Kosovo eingehen, dokumentieren wir nachstehend

1. den »Aufruf zur internationalen Solidarität mit der Bergarbeitergewerkschaft 'Trepca' in Kosova« (September 1999), unterzeichnet von ihrem Präsidenten Xhafer Nuli,*)
2. den offenen Brief (Januar 2000) der Initiative »Dialog von unten! - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Krieg« an den Kollegen Xhafer Nuli und
3. ihre Anmerkungen zur Auseinandersetzung um Trepca. Die Red. ■

1. Aufruf zur internationalen Solidarität mit der Bergarbeitergewerkschaft »Trepca« in Kosovo.

In Kosovo leben wir heute in einer Nachkriegsperiode. Dennoch sind einige der paramilitärischen, militärischen und polizeilichen Einheiten, die für die Massaker an den Albanern verantwortlich waren, weiterhin in verschiedenen Gebieten Kosovos und insbesondere in der Bergarbeiterstadt Mitrovica aktiv.

Das größte Unternehmen in Kosovo ist die Trepca-Gesellschaft für die reichen Mineralminen Kosovos. Diese

Gesellschaft galt gemäß der Verfassung des ehemaligen Jugoslawiens als gesellschaftliches Eigentum – sie gehörte also ihren Arbeitern. Dennoch wurden 1990 sämtliche albanischen Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen entlassen. Während der letzten Jahre hat unsere gewerkschaft sich bemüht, das Eigentum der Bergarbeiter zu sichern und unterstützte das Recht der Bergleute, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Jahrelang richtete sich dieser Protest gegen das Milosevic-Regime, doch heute haben wir ein neues Problem:

Französische KFOR (Kosovo-Force)-Truppen haben unsere Minen und die Fabriken zur Metallverarbeitung besetzt und verweigern uns den Zugang. Während der letzten Jahre haben die Bergleute alles verloren, was wir durch unsere Arbeit geschaffen hatten. Unsere Familien besitzen heute nichts mehr. In den letzten Jahren wurden 33 Mitglieder unserer Gewerkschaft ermordet, 11 sind verschollen und viele unserer Häuser wurden zerstört.

Wir waren voller Hoffnung, dass wir nach dem Ende des Krieges, nach dem Ende der Gewalt durch das Milosevic-Regime, unsere Arbeit fortführen könnten. Wir haben Pläne zur Wiederaufnahme der Produktion erstellt, darunter auch Budgetplanungen für die notwendigen Maschinen etc., aber die internationale Gemeinschaft scheint unsere Rechte nicht anzuerkennen und behandelt uns wie Mieter an unserem eigenen Eigentum. Obwohl wir unseren Plan zur Wiederaufnahme der Produktion vorbereitet hatten, der der ganzen Gesellschaft in Kosova und vor allem den Bergarbeitern zugute käme, wurden wir von französischen KFOR-Truppen daran gehindert, das Bergwerk zu betreten, selbst, als wir sicherstellen wollten, daß es dort nicht zu Überflutungen kommt.

Wir hatten Gespräche mit der KFOR und der UNMIK (United Nations Mission in Kosova) aber wir konnten mit ihnen zu keiner Übereinkunft kommen. Deswegen führten wir am 27. Juli 1999 vor dem Bergwerk eine Protestdemonstration durch. Unser Motto lautete: *»Erlaubt uns, zu arbeiten und von unserer Arbeit zu leben. Wir sind nicht faul und wollen nicht von Hilfe von außen abhängig sein. Die Bergwerke sind unser Eigentum«*.

Trotz unserer Proteste blieben wir ausgesperrt. Daher wollen wir unsere Proteste ausweiten. Dafür sind wir auf internationale Unterstützung und Solidarität angewiesen. Wir planen weitere Protestdemonstrationen und – sollte dies nicht ausreichen – so sind wir bereit, einen Hungerstreik vor den Bergwerkstoren zu beginnen. Unsere Kampagne für die Rechte der Bergleute und anderer Arbeiter ist nicht nur eine Kampagne für die Albaner, sondern für alle Werktätigen in Trepca, außer derjenigen, die Kriegsverbrechen begangen haben. [...]

Xhafer Nuli
Präsident der Bergarbeitergewerkschaft in Mitrovica
im September 1999

2. Offener Brief an den Kollegen Nuli

Lieber Kollege Nuli,

Euer Aufruf, der uns einen Eindruck von den Problemen vermittelt, mit denen die arbeitende Bevölkerung im Kosovo durch den Krieg und die Kriegsfolgen konfrontiert ist, wirft für uns Fragen auf, deren Klärung Voraussetzung dafür ist, daß wir uns hier in den Gewerkschaften für die Forderungen, die Ihr stellt, einsetzen können.

1. Einleitend schreibt Ihr, *»dennoch sind einige der paramilitärischen, militärischen und polizeilichen Einheiten, die für die Massaker an den Albanern verantwortlich waren, weiterhin in verschiedenen Gebieten Kosovos und insbesondere in der Bergarbeiterstadt Mitrovica aktiv«*. Wer konkret? Jugoslawische Einheiten? Unter den Augen der KFOR? Soweit wir informiert sind, befinden sich drei der Trepca-Betriebe, darunter die Bergwerke, im »albanischen Teil« von Mitrovica, lediglich das Schmelzwerk und eine Raffinerie liegen im »serbischen Teil«. Kontrolliert von der KFOR werden alle Teile Kosovos. Und die Presseberichte, die uns vorliegen, berichten übereinstimmend, daß *»militärischen und polizeilichen Einheiten«* aus Jugoslawien bisher – im Widerspruch zu den mit der UNO getroffenen Vereinbarungen – der Zugang ins Kosovo verwehrt wird.

2. Ihr schreibt im 2. Absatz Eures Aufrufs über die Trepca-Betriebe, *»diese Gesellschaft galt gemäß der Verfassung des ehemaligen Jugoslawiens als gesellschaftliches Eigentum – sie gehörte also ihren Arbeitern«*. Abgesehen davon, dass die Betriebe, wie Ihr betont, *»gesellschaftliches Eigentum«* waren, also eben nicht den *»Arbeitern gehörten«*, sondern ihnen zur Selbstverwaltung übergeben wurden: gilt das *»gesellschaftliche Eigentum gemäß der jugoslawischen Verfassung«* nicht noch heute? Aufgrund der mit der UNO getroffenen Vereinbarung gehört zum einen Kosovo nach

wie vor zu Jugoslawien, zum anderen kann Euer berechtigtes Bestehen auf Arbeiterselbstverwaltung doch nichts anderes beinhalten, als die gemeinsame Zuständigkeit von albanischen, serbischen und anderen Kolleginnen und Kollegen für die Trepca-Betriebe. Gesellschaftliches Eigentum kann schließlich nicht bedeuten, dass ein grösserer oder kleinerer Teil Eigentümer ist, und schon gar nicht Individuen – beispielsweise ausländische Investoren. Das deutet Ihr ja auch im Schlußabsatz Eures Aufrufs an, wenn Ihr schreibt, Eure Kampagne sei *»nicht nur eine Kampagne für Albaner, sondern für alle Werktätigen in Trepca, außer denjenigen, die Kriegsverbrechen begangen haben«*.

3. Aus Eurer Forderung, *»das Eigentum der Bergleute zu sichern«* – sprich: die Arbeiterselbstverwaltung – ergibt sich die unserer Meinung entscheidende Frage: **habt Ihr deswegen mit den jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen der Trepca-Betriebe Kontakt aufgenommen?** Wenn ja, wären wir Euch dankbar, wenn Ihr uns darüber berichten würdet; wenn nicht – weil das aufgrund der gegebenen Bedingungen sicher schwierig ist – sind wir bereit, uns vermittelnd einzubringen, um die notwendigen Gespräche zu ermöglichen. Das wäre gleichzeitig eine Möglichkeit, Kontakt miteinander aufzunehmen – Unterschriftensammlungen und Erklärungen bringen, jedenfalls ist das unsere Erfahrung, wenig. Was erwartet Ihr konkret von uns?

4. Wie erklärt Ihr Euch die Maßnahmen der französischen KFOR und der UNMIK, Euch den Zugang zu den Minen und Fabriken zu verweigern? Seht Ihr darin einen Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Trepca-Betriebe bis 1921 in Besitz französischer Unternehmer waren (und dass es heute angeblich Beteiligungen französischer und griechischer Unternehmen an Trepca gibt)? Befürchtet Ihr eine Privatisierung der Betriebe zugunsten französischer und anderer Investoren? Daraus würde sich aus unserer Sicht erst recht die Notwendigkeit ergeben, gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen, unabhängig davon, welcher Bevölkerungs-

*) Mit dem Aufruf des Kollegen Nuli wird in verschiedenen westeuropäischen Gewerkschaften um Unterschriften geworben.

gruppe im Kosovo sie zugerechnet werden, für die Wiederaufnahme Eurer Arbeitsmöglichkeiten im Trepca-Konzern einzutreten.

5. Ihr schreibt leider nichts über die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, dass die Trepca-Betriebe einerseits durch die Trennung Mitrovicas in einen »albanischen« und einen »serbischen« Teil auseinandergerissen sind, andererseits aber durch die Produktionsabläufe und aufgrund der Besitzverhältnisse zusammengehören. Müssten nicht als Voraussetzung für das, was Ihr fordert, Regelungen getroffen werden, die erstens verhindern, dass es zu erneuten Vertreibungen kommt, und die zweitens sicherstellen, dass sich die Beschäftigten aller Bevölkerungsgruppen ungefährdet an ihre Arbeitsplätze und wieder zurück nach Hause bewegen können? Auch hier die Frage: wie kann das durchgesetzt werden, wenn nicht durch die gemeinsame Aktion aller Beschäftigten. So schwierig die Bedingungen im Kosovo auch sein mögen: ohne Verständigung unter den verschiedenen Volksgruppen werden internationale Konzerne die lachenden Dritten sein.

6. Uns liegen zahlreiche Presseberichte vor, die Auskunft geben über die Vertreibung von weit über 200.000 Bewohnern aus dem Kosovo: in der Mehrheit Serben, aber auch Roma, Mitglieder der jüdischen Gemeinde und andere Minderheiten, sogar Kosovo-Albaner, die sich nicht mit den Zielen der UCK identifizieren. Was unternimmt die Bergarbeitergewerkschaft von Mitrovica, um diese Vertreibungen zu verhindern und zu beenden? Nach unserer Auffassung müssen Gewerkschaften im Interesse der arbeitenden Bevölkerung alles in ihren Kräften stehende tun, um Widersprüche, die aus unterschiedlicher nationaler, ethnischer und religiöser Zugehörigkeit resultieren, zu überwinden.

Gemeinsamer Widerstand aller Trepca-Beschäftigten als Grundlage für internationale Solidarität!

Mit kollegialen Grüßen
Dialog von unten! – Gewerkschafterinnen und
Gewerkschafter gegen den Krieg

3. Anmerkungen zur Auseinandersetzung um Trepca

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sobald wir Antwort auf unseren Brief haben, werden wir sie Euch weitergeben. Wir möchten dazu beitragen, dass an die Stelle einseitiger Hilfe, die wie das Embargo als politisches Mittel eingesetzt wird, um die mit dem Krieg gegen Jugoslawien angestrebten Ziele der NATO durchzusetzen, unsere solidarische Unterstützung aller Opfer tritt. Wir wissen, dass das im Kosovo unter den gegebenen Bedingungen schwer zu verwirklichen ist.

Nach wie vor gehört das von der UNO verwaltete Land zu Jugoslawien. Wann über ein Autonomie-Statut und damit über friedliches und geregeltes Zusammenarbeiten und Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen

verhandelt werden kann, ist nicht absehbar. Zur Zeit ist das Land mehrfach geteilt: in die vier Sektoren der KFOR, in einen albanischen Teil und vier kleine Regionen, aus denen die serbische Bevölkerung noch nicht vertrieben ist. Zur einheimischen kosovo-albanischen Bevölkerung kommen seit der Besetzung des Kosovo durch die Truppen der K-FOR noch zahlreiche zugewanderte Albaner, vor allem im Gefolge der UCK. In den Betrieben sowie den staatlichen und sozialen Einrichtungen des albanischen Teils sind Beschäftigte serbischer Herkunft nur noch in Ausnahmefällen (in der Regel unter militärischem Schutz) anzutreffen, obwohl es an Fachkräften mangelt.

Kaum ein politisches Thema berührt die Menschen im Kosovo und in Jugoslawien mehr als die Frage nach der Zukunft der Trepca-Bergwerke (Blei, Zink, Cadmium, Silber, Gold) und Weiterverarbeitungs-Betriebe. Trepca galt früher als der größte Devisenbringer Jugoslawiens. Weder Jugoslawien noch das Kosovo sind auf Dauer ohne Trepca wirtschaftlich lebensfähig. Drei der vier großen Betriebseinheiten, darunter die Bergwerke, liegen im albanischen, das Schmelzwerk und eine Raffinerie im serbischen Teil, von den über 40 weiterverarbeitenden Betrieben befinden sich die meisten ebenfalls im albanischen Teil.

Die berechtigte Forderung nach Wiederinbetriebnahme der Gruben und Werke und nach Freigabe der Arbeitsplätze wird überlagert durch die Frage nach den Eigentumsverhältnissen – und damit der Frage nach der politischen Zukunft des Landes. Die UNO erweist sich als unfähig, ihrer selbstgestellten Aufgabe nachzukommen und das Land so zu verwalten, dass ein Miteinander der verschiedenen Bevölkerungsgruppen möglich wird. Die Gegensätze sind in Mitrovica, dem Zentrum inmitten der Trepca-Betriebe, besonders augenfällig. Nur die ständige Präsenz von Panzern und Infanterie-Einheiten der KFOR sichert das Leben im serbischen Teil.

Wie kann unter diesen Bedingungen die Arbeit in den Trepca-Betrieben wieder aufgenommen werden? Unter Ausschluß der serbischen oder der albanischen Kolleginnen und Kollegen? Oder unter neuen Besitzern? Westliche Konzerne, besonders aus Frankreich, sind in Wartestellung. Wenn sich die KFOR wie in anderen Fragen (Einführung der DM als Zahlungsmittel) auch im Fall von Trepca über die Waffenstillstandsvereinbarungen hinwegsetzt und die Privatisierung erzwingt, werden die Beschäftigten aller Bevölkerungsgruppen das Nachsehen haben. Eine Perspektive kann nur der gemeinsame Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze haben – in einem Unternehmen, daß gesellschaftliches Eigentum bleibt.

Solidarität ist nicht teilbar.

Ende Januar 2000

Dialog von unten!
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
gegen den Krieg